ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

VERBUNDEN MIT DER ZEITSCHRIFT

WELTPOLITIK & WELTWIRTSCHAFT

V. JAHRGANG / 1928

HEFT 4 APRIL

BERLIN

KURT VOWINCKEL VERLAG

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

Herausgeber *Dr. K. Haushofer*, Hon.-Prof. an der Universität, General-Major a. D., München O 27, Kolberger Str. 18, Telephon 44444, *Dr. E. Obst*, o. Prof. an der Technischen Hochschule, Hannover, Scharnhorststr. 14, Telephon Nord 8186, *Dr. H. Lautensach*, Studienrat, Hannover, Freiligrathstr. 9, Telephon West 5948, und *Dr. O. Maull*, a. o. Prof. an der Universität Frankfurt a. M., Franz-Rücker-Str. 23, Telephon Maingau 5117

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

Herausgegeben von *A. Ball*, Berlin W 9, Linkstr. 25, Tel. Nollendorf 7348, unter ständiger Mitarbeit von *Dr. Kurt Wiedenfeld*, Geh. Leg.-Rat, o. Prof. a. d. Univ., Leipzig, Kaiser-Wilhelm-Straße 80. *Schriftleitung:* Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83

V. JAHRGANG / HEFT 4 / APRIL 1928

AUFSÄTZE ZUR WELTPOLITIK:

GEOPOLITISCHE BERICHTERSTATTUNGEN:

AUS DER WELTWIRTSCHAFT:

GEOPOLITISCHE UNTERSUCHUNGEN:

LITERATURBERICHT:

EINZELHEFT RM. 2.50

VIERTELJAHR RM. 6.— / JAHRGANG GEBUNDEN RM. 30.—

POSTSCHECKKONTO: KURT VOWINCKEL VERLAG / BERLIN 18769 / WIEN 55918

MITARBEITER DIESES HEFTES:

Dr. Alois *Fischer*, Wien 16, Wilhelminenstr. 199 — Dr. Karl *Haushofer*, Gen.-Major a. D., Honorarprofessor a. d. Universität, München O 27, Kolberger Str. 18 — Diplomvolkswirt Hans *Hiß*, Kiel, Hardenbergstr. 27 — Ministerialrat E. *Kayser*, Freiburg/Br., Johann-v.-Werth-Str. 7 — Dr. Otto *Maull*, a. o. Professor an der Universität, Frankfurt a. Main, Franz-Rücker-Str. 23 — Dr. Erich *Obst*, o. Prof. a. d. Technischen Hochschule, Hannover, Scharnhorststr. 14 — Sir Georg *Paish*, London — Franz *Rassel*, Berlin — Professor Gaetano *Salvemini* — Djamal *Udin*, Würzburg, Augustinerstr. 7 — * * *, Wellington (Neuseeland)

KURT VOWINCKEL VERLAG / GMBH / BERLIN-GRUNEWALD HOHENZOLLERNDAMM 83

GEORGE PAISH:

VOR EINEM ZUSAMMENBRUCH DER WELTWIRTSCHAFT?

Befindet sich unsere Weltwirtschaft wirklich auf dem Wege der Genesung? Ist die Gefahr eines Zusammenbruches insbesondere der internationalen Kreditwirtschaft erolgreich und für immer aus dem Wege geräumt worden? Diese beiden Fragen sind ntscheidend für die Zukunft unserer Weltwirtschaft, sie sind vor allem für das heuige Europa geradezu zu Schicksalsfragen geworden.

Bevor ich versuche, diese beiden Fragen zu beantworten, scheint es mir zunächst wertvoll, darauf hinzuweisen, wie erfolgreich unser internationales Kreditsystem den ungeheuren Anforderungen widerstand, denen es seit Ausbruch des Weltkrieges vor nunmehr 14 Jahren unterworfen war. Wohl zeigte dieses Weltkreditsystem zu Kriegsanfang gefährliche Krisenerscheinungen, ein Zusammenbruch konnte jedoch vermieden werden. Als die ersten Schwierigkeiten behoben waren, reagierte es sogar überraschend schnell auf die Erfordernisse der kriegführenden Nationen. Ende 1920 und 1921 ferner, als die Warenpreise in schärfster Weise schwankten, als die Währungen der verschiedenen Kulturnationen in geradezu katastrophaler Weise desorganisiert waren und die gesamte Weltwirtschaft ungeheuere Verluste erlitt, arbeitete die internationale Kreditwirtschaft noch weiter. Sie arbeitete zwar nicht mehr mit der außergewöhnlichen Reibungslosigkeit des Jahres 1919 und der Anfangsmonate des Jahres 1920, trotzdem funktionierte das System so, daß die Lebensbedürfnisse aller Nationen befriedigt werden konnten und die Gefahr einer Hungersnot in den meisten Ländern gebannt wurde, mit Ausnahme von Rußland, wo ein reguläres Arbeiten des Kreditsystems durch politische Eingriffe unmöglich gemacht worden war.

Sind diese gewiß erstaunlichen Beweise der Leistungsfähigkeit unserer modernen Kreditorganisation indessen auch für die Zukunft überzeugend? Kann die Anspannung, der das internationale Kreditsystem im Augenblick unterworfen ist, trotz aller bisherigen Erfolge nicht doch in absehbarer Zeit zu einem Zusammenbruch führen?

Zur Zeit funktioniert die internationale Kreditmaschinerie noch ganz gut. In den Vereinigten Staaten wie in Großbritannien sind die Banken in der Lage, alle von der Wirtschaft benötigten kurzfristigen Kreditansprüche glatt zu erfüllen. Der amerikanische Kapitalist ist sogar geneigt, Investierungskredite sowohl für den heimischen Markt wie für ausländische Geldnehmer in einem Maße zur Verfügung zu stellen, wie dies früher — ausgenommen vielleicht in der Kriegszeit — nie beobachtet werden konnte. In den letzten Monaten hat sich auch das englische Kapitalistenpublikum bereit gefunden, Investierungskredite in einem weit größeren Umfang zur Verfügung zu stellen als zu irgendeiner Zeit seit dem Weltkriege. Unglücklicherweise ist aber die Tatsache, daß man Kredite großen Ausmaßes sowohl von amerikanischen wie englischen Banken und privaten Geldgebern erhalten kann, keine vollkommen sichere Gewähr gegen einen Zusammenbruch der internationalen Kreditwirtschaft. Je mehr nämlich die Nationen sich untereinander verschulden, in einem um so höheren Grade

müssen die borgenden Nationen in die Lage versetzt werden, die Rückzahlung der Zinsen und eine Amortisation des Grundkapitals ihrer Anleihen durchzuführen. Können sie ihre Verpflichtungen nicht erfüllen, entweder wegen der Unmöglichkeit, die notwendigen Waren zu produzieren, oder weil sie sich außerstande sehen, ihre Waren im Auslande abzusetzen, so muß ein wirtschaftlicher Zusammenbruch früher oder später einmal mit absoluter Notwendigkeit eintreten.

Heute sind die Schuldnerländer der ganzen Welt nicht in der Lage, ihre Warenproduktion in dem Umfange abzusetzen, der erforderlich wäre, damit sie ihren Verpflichtungen nachkommen können und gleichzeitig das für den Erlös ihrer Waren einkaufen können, was sie zur Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse brauchen. Aus diesem Grunde fahren sie fort, weiterhin große Auslandsanleihen aufzunehmen. Aber auch die ausleihenden Nationen können nicht dauernd neue Kredite in einem Umfange gewähren, wie dies in den letzten Jahren der Fall gewesen ist. Der internationale Kredit ist bereits in bedenklicher Weise überspannt worden, und es sind allerhand Anzeichen dafür vorhanden, daß wir uns einem gefährlichen Erschöpfungszustande nähern. Tritt nicht bald eine Entlastung ein, so muß das ganze System in nicht allzuferner Zukunft zusammenbrechen. Leider haben nicht nur die Vereinigten Staaten selbst in ihrer Schutzzollpolitik schier unüberwindliche Hindernisse gegen die Rückzahlung der von ihnen gewährten Kredite durch die borgenden Nationen aufgerichtet, sondern auch Großbritannien scheint ihrem Beispiel zu folgen und macht so einen völligen Zusammenbruch des Weltkreditsystems, des Welthandels und damit der Weltwirtschaft unvermeidlich.

Die Verzinsung und Rückzahlung der ungeheuren Kredite, die von fast allen Ländern aufgenommen wurden, haben zur unbedingten Voraussetzung eine Ausdehnung des Welthandels. Außer einer immer weiter verfolgten Kreditgewährungspolitik werden aber scheinbar lediglich Schritte unternommen, um eine Ausdehnung des Welthandels zu erschweren, wenn nicht ganz zu verhindern. Trotz aller Empfehlungen der Genfer Weltwirtschaftskonferenz, trotz der Entschließungen der Internationalen Handelskammer in Stockholm und trotz der warnenden Ausführungen des sogenannten Bankiermanifestes werden die Hindernisse, die sich dem Welthandel entgegenstellen, immer größer.

So scheint der Zusammenbruch des internationalen Kreditsystems in gefährliche Nähe gerückt. Dieser Zusammenbruch ist sogar unvermeidlich, wenn nicht sofort Maßnahmen in Angriff genommen werden, welche die Schuldnernationen in die Lage versetzen, ihren Verpflichtungen durch Absatz ihrer Waren und nicht mit Hilfe weiterer Kreditaufnahme nachzukommen. Krisenanzeichen sind genügend vorhanden. Sie liegen in den überlasteten Warenmärkten, in der zunehmenden Arbeitslosigkeit der Vereinigten Staaten und in dem enormen Umfang der Anleiheoperationen wichtigster Industrieländer, vor allen Dingen Deutschlands. Selbst in elfter Stunde läßt sich ein Zusammenbruch unserer Weltwirtschaft durch gemeinsame Anstrengungen aller Nationen vermeiden, wenn diese Anstrengungen wirklich einheitlich darauf hinauslaufen, die bestehenden Schwierigkeiten durch energische Maßnahmen aus dem Wege zu räumen.

GAETANO SALVEMINI:

MUSSOLINI UND DER FASCHISMUS

Prof. Gaetano Salvemini, der als einer der hervorragendsten Gelehrten Italiens gilt, wurde wegen seiner offenen Kritik an Mussolinis Politik ins Ausland verbannt.

Es gibt heute viele Leute in der Welt, die sich fragen, was würde aus Italien werden, falls Mussolini plötzlich stürbe? Hätten wir dann mit einem plötzlichen Zusammenbruch des Faschismus zu rechnen oder würde es dieser an politischer Stoßkraft gewiß eindrucksvollen Bewegung nicht viel ausmachen, wenn der Duce von der politischen Bühne abtreten würde. Die Frage ist keineswegs einfach zu beantworten. Ich bin jedoch der Überzeugung, daß der Tod Mussolinis oder sein freiwilliger Rücktritt im Augenblick wenigstens die Lage ziemlich unverändert lassen würde.

Mussolini ist nämlich nicht etwa der Schöpfer des faschistischen Systems, sondern nur sein hervorragender Propagandachef. Zweifellos würde das faschistische Regime unendlich viel entbehren, wenn es diesen seinen großen Propagandachef verlieren würde, besitzt er doch eine ungeheure Macht über seine Anhänger. Unter all den möglicherweise in Frage kommenden Nachfolgern Mussolinis befindet sich, wenn man sie der Reihe nach Revue passieren läßt, keiner, der dem Duce an theatralischer Pose, an hinreißender Beredsamkeit und dramatischem Instinkt gleichkäme. Die militärisch aufgezogene Organisation jedoch, die den Kern des faschistischen Systems bildet und die dieses System in jeder Weise beherrscht und nach ihrem Willen lenkt, wird auch ohne Mussolini weiterzuarbeiten fortfahren, da sie, wie ich schon oben erwähnte, nicht durch ihn ins Leben gerufen wurde, sondern stets automatisch arbeitete und sich nur der faszinierenden Persönlichkeit Mussolinis für ihre Propaganda bediente.

Sind aber einmal die Schwierigkeiten bei der Wahl eines Nachfolgers des Duce überwunden, so würde meiner Meinung nach das Verschwinden Mussolinis aus dem politischen Leben Italiens sogar für das faschistische Regime als solches eher ein günstiges Moment darstellen. Die Organisation des Faschismus hat ja nunmehr alle Gesetze durchgebracht, welche es ihr ermöglichen, die öffentliche Verwaltung zu kontrollieren und mit Hilfe dieser Verwaltung das Land völlig nach ihrem Willen zu leiten. Der Terror, den der Faschismus ausgeübt hat, diente lediglich dem Zwecke, die Gegner des Faschismus einzuschüchtern und im Schach zu halten. Ohne einen solchen Terror wären viele Gesetze, welche der Faschismus über Italien erlassen hat, sicherlich auf eine unüberwindbare Opposition gestoßen, wodurch natürlich die Macht der politischen Bewegung entsprechend Abbruch erfahren hätte. Nachdem aber die wichtigsten Gesetze durchgebracht worden sind, hat man sich auch hinsichtlich der terroristischen Maßnahmen etwas mehr Reserve aufgelegt.

Die Erinnerung an alle Taten des Faschismus lebt indessen im Volke fort. In den Augen vieler meiner Landsleute — und wahrlich nicht der schlechtesten — gilt Mussolini als die verantwortliche Persönlichkeit für die begangenen Brutalitäten. Er versteht es durch den Einfluß seiner zwingenden Persönlichkeit, den Fanatismus seiner Anhänger zur Siedehitze zu steigern, er hat aber auch den unstillbaren Haß seiner Feinde erregt, deren Lebenswerk er vielfach vernichtet hat.

Nach der Auffassung eines großen Teils des italienischen Volkes wird Mussolini stets der Mörder Matteottis sein. Noch schlimmer. Solange Mussolini am Staatsruder

bleibt, besteht immer die Gefahr neuer politischer Repressalien und das Damoklesschwert der Verbannung schwebt zu jeder Stunde über den zahlreichen, wenn auch meist nur geheimen persönlichen Gegnern Mussolinis. Natürlich ruft dies einen Zustand nervöser Spannung im ganzen Land hervor und führt zu einer weitgehenden Beunruhigung der öffentlichen Meinung. Ein solcher Zustand ist gefährlich für ein jedes Land, er ist in besonders hohem Grade für Italien bedenklich, dessen südliche Sonne auf das Temperament seiner Bewohner nicht ohne Einfluß ist.

Nach dieser Lage der Dinge ist Mussolini nicht länger als ein Machtfaktor für die Kombination, die augenblicklich Italien beherrscht, zu bewerten, sondern eher als ein Hemmungsfaktor. Würde der Duce verschwinden, so könnte sein Nachfolger sich mit reinen Händen vor das italienische Volk hinstellen, und er könnte auf alle Anklagen, die gegen ihn etwa erhoben werden, stets mit ruhigem Gewissen antworten: Ich bin nicht für das verantwortlich zu machen, was geschehen ist; vergessen wir das Vergangene und suchen wir allein unserem Vaterlande nach den Erfordernissen der Stunde zu dienen. Eine solche Sprache wäre von nicht zu unterschätzender Bedeutung für den Faschismus und könnte ihm ungezählte neue Anhänger zuführen.

Lebt andererseits Mussolini lange genug, so wird er früher oder später — meiner Meinung nach eher früher als später — unüberwindbaren Schwierigkeiten gegenüberstehen. Mussolinis zündende Rednergabe, sein unüberbietbares schauspielerisches Talent und sein rigoroses Draufgängertum können den Faschismus zwar noch einige Zeit am Leben erhalten, aber nicht für immer. Der Zustand hysterischer Überschwenglichkeit, in dem die Faschisten seit nunmehr 6 Jahren leben, wird einmal einem Zustande bitterer Enttäuschung weichen müssen. Sind einmal die Schwierigkeiten so groß geworden, daß Menschenmacht sie nicht mehr überwinden kann, beginnt einmal der Fanatismus der Faschisten kühler Überlegung Raum zu geben, dann wird Mussolini, sollte er noch an der Spitze der italienischen Regierung stehen, von dem hohen Piedestal, auf dem wir ihn heute noch sehen, in den Staub hinabsinken und mit ihm seine Ideale und seine Partei!

ERICH OBST:

BERICHTERSTATTUNG AUS EUROPA UND AFRIKA

Der in der vorausgegangenen Berichterstattung geäußerte Pessimismus betr. Genfer Völkerbundtagung hat sich wohl in allen Punkten als richtig erwiesen: durch Einsetzung einer Dreierkommission ist der Gegensatz zwischen Ungarn-Italien und der Kleinen Entente-Frankreich vorerst „überbrückt" worden; das Problem der ungarischen Optanten in Rumänien hat keine endgültige Lösung gefunden; die Debatten über „Sicherheit und Abrüstung" verlaufen wie das Hornberger Schießen. Das, was ursprünglich der Völkerbund leisten sollte und leisten wollte, wird nicht erreicht, weder jetzt noch voraussichtlich in absehbarer Zeit. Bleiben als wertvoll nur die regelmäßigen persönlichen Aussprachen der führenden Staatsmänner übrig; sie mögen für alle Völker des Abendlandes nützlich sein, könnten aber doch wohl wesentlich billiger bewerkstelligt werden als im Rahmen des immerhin recht kostspieligen Völkerbundes. Doch wir müssen trotz aller Enttäuschungen der Gegenwart an die Zukunft glauben, wenn das Leben überhaupt einen Sinn für uns haben soll. Die Welt kann nicht vom ausgesprochenen nationalistischen Individualismus und Egoismus über Nacht hinüberwechseln in das Fahrwasser einer aufrichtigen und uneigennützigen wirtschaftlich-politischen Zusammenarbeit der ihrer national-kulturellen Eigenart froh bewußten Völker und Staaten. Gut Ding will Weile haben! Und unsere Generation muß sich wohl oder übel damit abfinden, daß sie im wesentlichen bloß Wegbereiter zu einer neuen Menschheitsepoche sein kann, bestenfalls den „Silberstreif" am Horizont wahrnimmt, nicht aber schon die segnende Wärme einer sieghaft strahlenden neuen Sonne zu spüren bekommt. Lernen wir drum, in Generationen zu denken und für die kommenden Generationen zu schaffen, damit diese einmal Europa als Schicksalsgemeinschaft erfassen und ihre Politik entsprechend einrichten zum Segen des Ganzen, zum Segen auch jedes abendländischen Gliedstaates.

Doch nun zurück in die rauhe Wirklichkeit des Augenblicks. Die führenden Männer der chemischen Industrie treten immer bewußter für eine Zusammenarbeit ein. Wenn man bedenkt, daß z. B. die internationale Produktionskapazität für Farbstoffe heute etwa doppelt so groß ist als der Weltbedarf an diesen Erzeugnissen, so sieht man unschwer ein, daß internationale Abkommen förmlich in der Luft liegen müssen. Neuerdings scheint auch die englische chemische Industrie derartigen Plänen zuzuneigen, und Gilbert C. Layton, der Herausgeber des Londoner „Economist", sprach sich sehr nachdrücklich für eine deutsch-englische Zusammenarbeit in der chemischen Industrie aus. Aber die wirtschaftliche Vernunft wird auch hier wieder von der Politik zur Strecke gebracht. Die chemische Industrie ist dazu berufen, in Kriegszeiten eine eminent wichtige Rolle zu spielen. Da die allgemeinen Friedens- und Abrüstungspläne vorläufig in nichts zerronnen sind, fürchtet sich jeder Staat und England ganz besonders davor, seine chemische Industrie internationale Bindungen eingehen zu lassen, weil dadurch möglicherweise einmal die Landesverteidigung geschwächt werden

könnte. Wieder stehen wir an dem Punkt, wo eine wirtschaftliche Debatte den Sinn verliert, weil Europa seine politische Schicksalseinheit nicht begreift.

In Frankreich bereitet die Note Kelloggs nach wie vor rechtes Unbehagen. Der Gedanke, daß sich die Vereinigten Staaten im Bunde mit England, Frankreich, Deutschland, Italien und Japan zur Ächtung des Krieges zusammenfinden sollten, ist gewiß sehr verführerisch. Aber während es sich für Amerika mit seiner andersgearteten geopolitischen Lage mehr um Grundsätze moralischer Natur handelt, kommt es für Frankreich darauf an, seine Konzeption des Völkerbundes zu verteidigen und seine vielseitige Bündnispolitik nicht antasten zu lassen. Ja, wenn man an die Schicksalsgemeinschaft „Europa" glauben, wenn man sicher sein könnte, daß wenigstens die Hauptstaaten des Abendlandes Frieden halten und die Trabanten zur Ruhe mahnen würden! Aber das Wort „ewiger Friede" kommt z. B. im Vokabularium des Herrn Mussolini nicht vor, ganz Mittel- und Osteuropa ist immer noch im staatlichen Werden, im Orient gärt es mehr denn je, und das afrikanische Problem wird schwerlich einmal ohne neues großes Blutvergießen gelöst werden. Direkt oder indirekt hat Frankreich überall die Hände mit im Spiel. Sich von alledem zu lösen, bedeutete einen gar zu gewaltigen Prestigeverlust. Also bleibt nichts übrig, als den „ewigen Frieden" zu preisen und gleichzeitig tüchtig weiterzurüsten. Den Gegensatz zwischen Theorie und Praxis zu überbrücken und diese Gummisoße Herrn Kellogg schmackhaft zu machen, ist Sache der französischen Diplomatie. Und die Franzosen verstehen etwas von Soßen.

Die deutsch-französische Reibungszone hat an der einen Stelle Entlastung, an der anderen Verschärfung erfahren. Der Ersatz des Belgiers durch einen neutralen Finnen kann dem Wirken der „Regierungskommission" des Saargebiets nur dienlich sein. Außerdem wirkt recht entspannend, daß das neue deutsch-französische Abkommen über den Handel mit dem Saarland von beiden Regierungen genehmigt worden ist. Frankreich, das natürlich immer Rücksicht auf die elsaß-lothringische Industrie zu nehmen bemüht ist, hat sich im ganzen hier verständig gezeigt, so daß eine Reihe der tollsten wirtschaftlichen Abnormitäten immerhin gemildert werden konnte. — Recht viel Bitternis schafft die Entwicklung in Elsaß-Lothringen. Bekanntlich hat die Pariser Regierung den Gemeinderat von Hagenau wegen „autonomistisch-separatistischer" Tendenzen aufgelöst und Nachwahlen ausgeschrieben. Diese haben nun am 26. Februar stattgefunden und wieder einmal die ganze Tücke der Boches enthüllt. Standen sich im alten Gemeinderat 15 Heimatrechtler und 12 Nationalisten gegenüber, so lautet jetzt das Verhältnis 27 : 0! Der neue Gemeinderat von Hagenau wird sich lediglich aus Vertretern des heimatrechtlichen Flügels der Elsässischen Volkspartei (Zentrum) zusammensetzen! Das ist eine recht deutliche Abfuhr für Herrn Poincaré, und mit einigem Entsetzen fragt das Straßburger „Journal de l'Est", wie es nach dieser „kalten Dusche" von Hagenau weitergehen soll.

Der alte französisch-spanische Tangerstreit ist am 3. März durch Unterzeichnung eines neuen Abkommens fürs erste beendet worden. Spanien hat nur wenig von dem erreicht, was es einst leidenschaftlich begehrte; im wesentlichen muß es sich mit der Ernennung eines spanischen Offiziers als Generalinspekteur der öffentlichen Sicherheit und der Polizei begnügen. Aber Frankreich hat noch keinen Grund zum Frohlocken, denn gemäß der Vereinbarung von November 1926 müssen nun England und Italien zur weiteren Beratung zugezogen werden. Unter welchen Bedingungen wird Italien dem Tangerstatut beizutreten bereit sein? Das letzte und entscheidende Ringen um das geopolitisch so wichtige Tor von Tanger beginnt nun eigentlich erst.

Italien rüstet sich mit erstaunlicher Rührigkeit auf alle nur denkbaren Möglichkeiten inner- und außenpolitischer Art. Das neue Wahlgesetz (an Stelle des Abgeordnetenhauses die „korporative Kammer"), die straffe Einreihung der gesamten Presse in den faschistischen Apparat, Steuerbefreiung für kinderreiche Familien, die Gründung einer italienischen Universität auf der Insel Rhodos als Mittelpunkt der dort einzuleitenden Italienisierungsbestrebungen u. a. m. mögen als Proben des faschistischen Aktivismus genügen. Wir registrieren zum Schluß noch eine Auslassung des in Palermo erscheinenden faschistischen „Giornale di Sicilia", weil hier einmal von italienischer Seite begehrt wird, was Mussolini soeben in seiner aggressiven Antwort an Dr. Seipel dem Deutschtum schärfstens verwehren will. Das „Giornale di Sicilia" weist auf Malta hin, wo Tausende von Menschen lateinisch-italienischer Rasse leben, die Italien verteidigen müsse auf Grund der jahrhundertelangen Geschichte, auf Grund der gemeinsamen italienischen Sprache. Man dürfe nicht sagen, daß die Regierung auf Malta tun und lassen könne, was sie wolle, ob es Italien gefalle oder nicht. Ein solcher Einwurf sei nicht stichhaltig, denn der Schutz seiner Landsleute könne keinem Staat verwehrt werden, auch wenn, vom streng rechtlichen Standpunkt aus betrachtet, internationale Vorschriften zu ihrem Schutz nicht bestehen. Bravo, ihr Herren von Palermo! Sendet dem Duce eine Sondernummer eurer Zeitung zur gefälligen Anwendung der von euch in bezug auf Malta proklamierten Grundsätze in Südtirol.

Von geopolitisch interessanten Vorgängen erwähnen wir im Zusammenhang mit Rhodos und Malta zunächst die Haltung des griechischen Klerus in Zypern. Man lehnt jedwede Beteiligung an der Feier zum 50 jährigen Bestehen der britischen Okkupation ab und veranstaltet dafür Bittgottesdienste zur Vereinigung von Zypern mit Griechenland. Alle griechischen Deputierten von Zypern sollen an dem Festtage ostentativ nach Athen fahren und dort für die Wiedervereinigung und gegen die Herrschaft Landfremder agitieren. — In eine ähnliche Richtung stärkeren Hervortretens volkstumpolitischer Belange weist die Entwicklung in Island. Diese Insel hat bekanntlich ihr staatsrechtliches Verhältnis zu Dänemark durch den Vertrag von 1918 neu geregelt: Island ist ein selbständiges Königreich, lediglich durch Personalunion mit Dänemark verbunden; des Kostenpunktes wegen wird der außenpolitische Dienst für Island ebenso wie die Fischereiinspektion von Dänemark besorgt. Dieser dänisch-isländische Bundesvertrag läuft bis 1943 und kann erst 1940 gekündigt werden. Trotzdem haben sich schon jetzt alle Parteien Islands für Kündigung des Vertrages und Schaffung eines völlig freien und selbständigen Island ausgesprochen. — Der Vollständigkeit halber berichten wir zum Schluß kurz über den englisch-norwegischen Streit um die Bouvetinsel. Nach Mitteilung der Osloer „Aftenposten" hat die englische Regierung Norwegens Anspruch auf die Bouvetinsel in aller Form anerkannt. Die Norweger können nun also ihren Walfahrern im Südatlantik eine Heimstätte unter norwegischer Flagge bieten.

Wenden wir uns nach dem Osten, so ist hier vor allem der wider Erwarten große Erfolg Pilsudskis bei den polnischen Sejm- und Senatswahlen zu registrieren. Der Sieg des klugen und geschickten Diktators ist zugleich als ein Erfolg der Linken anzusprechen, denn es haben im Sejm die Sozialisten die Zahl ihrer Sitze von 41 auf 63, die radikalen Bauern von 26 auf 36 erhöhen können, während von den vorher vorhandenen 120 Nationaldemokraten und Christlich-Nationalen nur mehr 38, von den einst 90 Witos-Abgeordneten bloß 33 übriggeblieben sind. Vielfach wird der Meinung Ausdruck gegeben, daß Pilsudski jetzt einen weniger deutsch-

feindlichen Kurs steuern wird. Wir wagen es nicht, zu einer solchen Prophezeiung Stellung zu nehmen. Die Behandlung des „Grenzzonenproblems", der deutschen Schul- und Vereinsfrage wird uns Gelegenheit bieten, das neue Pilsudski-Regiment an seinen Früchten zu erkennen.

Polen und Litauen wollen sich demnächst auf einer Konferenz in Königsberg treffen, um über eine Lösung des Wilna-Problems zu beraten. Wir werden über den Ausgang dieser wichtigen Verhandlungen berichten.

Die Zehnjahrfeier des estländischen Staates hat leider für die den Staat ehrlich bejahenden Deutsch-Balten und für uns Reichsdeutsche dadurch einen trüben Beigeschmack erhalten, daß in der amtlichen „Botschaft" an die Bevölkerung Estlands die Tätigkeit der deutschen Okkupationsbehörden in außerordentlich scharfer Form kritisiert wurde. Der deutsche Gesandte blieb daraufhin allen Festlichkeiten fern. Es hat keinen Zweck, die häßlichen Angriffe der „Botschaft" hier im einzelnen aufzuführen. Warum müssen mühselig vernarbte Wunden durchaus wieder aufgerissen werden? Die deutschen Besatzungsbehörden mögen in der Behandlung der Esten Fehler begangen haben; aber die Esten sollten sich andererseits darüber im klaren sein, daß nur der deutsche Einmarsch vom 20. Februar 1918 die estische Republik vor gänzlicher und wahrscheinlich endgültiger Sowjetisierung bewahrt hat. Ein Staat, dessen Existenz so stark auf der Opferwilligkeit deutscher Besatzungstruppen beruht, sollte so viel Anstand besitzen, eben diese Truppen und Behörden nicht hinterher mit Schmutz zu bewerfen.

Sowjetrußland ist durch die Haltung seiner Bauernschaft in einige Verlegenheit geraten. Die Anwendung kriegskommunistischer Methoden hat die Bauern erst recht gegen die Politik der Kommunistischen Partei aufgebracht; die Getreideablieferung stockt noch immer und verhindert eine glatte Versorgung der Städte mit Lebensmitteln sowie eine dem Voranschlag einigermaßen entsprechende Getreideausfuhr. Dazu kommt wohl noch hinzu, daß die von der Trotzki-Opposition ausgestreuten Gedanken im stillen doch fortwirken und eine innerpolitische Spannung erzeugen, für die die Stalin-Gruppe ein irgendwie geartetes Ventil öffnen zu müssen glaubte. Daß neben Birmingham nun auch Liverpool und Birkenhead russisches Erdöl bestellt haben und im englischen Unterhaus immer mehr Stimmen für Wiederaufnahme der politischen Beziehungen mit Rußland laut werden, ist zwar sehr erfreulich, reicht aber nicht dazu aus, um die erhitzten Gemüter zu beruhigen. Wenn Ford und mit ihm namhafte Kreise der amerikanischen Industrie für die de jure-Anerkennung der Sowjetmacht eintreten, so verzeichnet man das gewiß als ein wichtiges Symptom, aber erstens liegt eine weitere Ausgestaltung des Konzessionswesens nicht unbedingt in der Richtung der von den radikalen Arbeitergruppen geforderten Politik, und zweitens kennt man die Stellung der um die National City Bank stehenden Kreise, die als Inhaber russischer Vorkriegspapiere durchaus gegen eine bedingungslose Anerkennung Sowjetrußlands sind. Wollte man also das versteckte Murren der Radikalen beschwichtigen, so galt es, irgendwie in derem Sinne zu handeln. Großbauer, Privathändler (Nep-Mann) und Spezi (fachlich geschulte Spezialisten) sind die Dreiheit, gegen die seit langem die Wut der radikalen städtischen Proletarier gerichtet ist. Stalin-Rykow hielten es daher augenscheinlich für angebracht, den Nachweis für ihren strammen Leninismus zu erbringen, indem sie gegen eine der drei Gruppen zum Schlage ausholten. Den Bauer noch mehr zu drangsalieren, wäre gerade im gegenwärtigen Augenblicke unklug gewesen. Bei dem nach wie vor trostlosen Zustand des staatlichen und genossenschaftlichen Handelsapparats kann auch eine allgemeine

Jagd auf den Nep-Mann ernsthaft kaum in Frage. So blieben die Spezi als allein faßbares Opfer übrig. Rykow hielt vor dem Plenum des Moskauer Sowjets eine groß-angelegte Rede, die die inzwischen vorgenommenen Verhaftungen von Spezialisten rechtfertigen sollte. Man gab vor, daß russische und ausländische Spezialisten absichtlich durch Jahre die Sowjetwirtschaft in dem so wichtigen Donjezrevier geschädigt hätten: Ausbeutung schlechter Kohle, Nichtausnutzung der guten Flöze, Schließung vorteilhafter Schächte, Ankauf unnötiger Maschinen im Ausland usw. Die verbrecherischen Spezialisten hätten bewußt die Aufwärtsentwicklung des Donjezgebietes gehindert und die dortigen Schätze den ehemaligen Besitzern erhalten wollen; einige seien als frühere Besitzer oder Aktionäre von Donjezgruben entlarvt, vielen von ihnen die Verbindung mit ausländischen Konterrevolutionären nachgewiesen worden.

Die sowjetrussische Spezi-Jagd wäre eine innerrussische Angelegenheit geblieben, wenn man nicht im Eifer des Gefechts auch gleich eine ganze Anzahl im Donezrevier tätiger deutscher Ingenieure mitverhaftet hätte. Diese Tatsache löste mit Recht in Deutschland einen Sturm der Entrüstung aus. Die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen wurden sofort offiziell unterbrochen und die Sowjetbehörden aufgefordert, den Grund für die Verhaftung der deutschen Ingenieure anzugeben sowie dahinzuwirken, daß sich der deutsche Generalkonsul in Charkow mit den Verhafteten in Verbindung setzen könnte. Tschitscherin hat sicherlich von Anfang an den von bloßer Parteitaktik diktierten Übereifer der Stalin-Rykow-Gruppe gemißbilligt. Aber als sowjetrussischer Außenminister mußte er das Gesicht wahren und hat erst nach einigem Hin und Her Entgegenkommen gezeigt. Zwei der deutschen Ingenieure sind bereits freigelassen, für die übrigen wird die Stunde der Befreiung hoffentlich auch bald schlagen.

Der Fall ist damit allerdings nicht erledigt. Rußland hat sich selbst am schwersten geschadet, als es die Parole zur Spezi-Jagd ausgab. Das Vertrauen zur Rechtssicherheit in Sowjetrußland war niemals groß; wenn aber, wie in diesem Falle, die Justiz so ersichtlich auf Order politischer Instanzen arbeitet, wird die Bereitwilligkeit von ausländischen Sachverständigen, durch werktätiges Schaffen in Rußland selbst zur wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion beizutragen, auf ein äußerstes Minimum sinken. Dann mag eben Rußland sich selbst überlassen bleiben, und was das im Ernst bedeuten würde, wissen die Bolschewisten selber am besten. Darüber hinaus war es auch außenpolitisch besonders unklug von Rykow, ohne zwingenden Grund Deutschland derartig vor den Kopf zu stoßen. Wenn etwa auch noch Deutschland, von den Bolschewisten zum Äußersten getrieben, die Beziehungen zur Sowjetmacht abbrechen müßte, würde der politische Kredit Rußlands unter allen Umständen in ganz Europa und in Amerika einen argen Stoß erleiden.

Die Verhandlungen zwischen England und Ägypten wegen einer vertragsmäßigen Regelung der Beziehungen haben in Ägypten selbst und bei allen Ägyptern im Ausland äußerste Entrüstung hervorgerufen. Vielleicht empfiehlt es sich, zur Charakterisierung der Lage und Stimmung den Wortlaut des Protestschreibens wiederzugeben, das die vor der englischen Botschaft in Berlin demonstrierenden Ägypter dem britischen Vertreter überreichten:

„Die ägyptische Kolonie in Berlin gibt allen beteiligten Stellen und vor aller Öffentlichkeit kund, daß sie den Vertragsentwurf Englands, der nichts als ein verschleiertes Protektorat ist und der von dem ganzen ägyptischen Volk geforderten Selbständigkeit widerspricht, kategorisch ablehnt.

Die ägyptische Kolonie erklärt ihre volle Anteilnahme an der berechtigten Em-

pörung, die das ägyptische Volk in allen Formen gegen die britische Kolonialpolitik zeigt, die England in Ägypten durchführen will, und die niemals zu einer Verständigung zwischen Ägypten und England führen kann.

Die ägyptische Kolonie protestiert öffentlich und energisch gegen diese politische Vergewaltigung und gegen alle Barbareien und Greuel, die England zur Durchführung dieser ungerechten und unmenschlichen Politik gegen das seiner Machtmittel beraubte Volk anwendet.

Wir Mitglieder der ägyptischen Kolonie Berlins erklären hiermit feierlichst, daß wir niemals — unter keiner Bedingung und in keiner Form — unsere heiligen und unveräußerlichen Rechte abtreten oder aufgeben werden. Bis zum letzten Blutstropfen werden wir alles bekämpfen, was der Verwirklichung unserer Rechte als Hindernis im Wege steht.

Die ganze zivilisierte Welt möge wissen, daß die grundlosen Martern, die unser entwaffnetes Ägypten jetzt erleidet, nur dazu geeignet sind, das Feuer des Hasses zu entfachen und zu schüren, bis es sich unwiderstehlich Bahn bricht.

Wir erklären weiter der ganzen Menschheit, daß England durch seine barbarischen Verbrechen, die es im Interesse seiner eigennützigen kolonialen Bedürfnisse begeht, den Frieden der Welt bedroht und allein die volle Verantwortung für jede Katastrophe trägt.

England und die ganze Welt möge wissen, daß Ägypten niemals ruhen und niemals mit England verhandeln wird, solange nicht die oberste, unantastbare Forderung des gesamten ägyptischen Volkes und der ägyptischen Kolonie in Berlin erfüllt ist,

daß nämlich England seine gesamten Streitkräfte und Truppen bis zum letzten Mann aus dem ganzen Niltal zurückzieht

und die vollständige Unabhängigkeit Ägyptens im In- und Auslande anerkennt, ohne daß England in unserer heiligen Heimat Ägypten und Sudan irgendwelches Vorrecht oder irgendwelchen Vorrang vor anderen Staaten genießt.

Es lebe das unsterbliche Ägypten!

Ägypten den Ägyptern!"

In uns leben und wirken die Märtyrer der Freiheit!"

Selbst wenn man in Betracht zieht, daß der Orientale im wortmäßigen Vertreten seines Standpunktes oftmals stärker ist als in der Tat, so bleibt dieser Protest dennoch recht beachtenswert. Nimmt man hinzu, daß die Witwe Zaghlul Paschas von den radikalen Nationalisten niedergeschrien wurde, die Nationalpartei ersichtlich die Führung in Ägypten an sich reißt, die Studentenunruhen in Kairo täglich bedrohlicheres Aussehen gewinnen, so erhält man das Gefühl, daß das Selbstbestimmungsbegehren der Ägypter für England ein recht ernstes Problem zu werden anfängt.

Die Sorgen mehren sich im Gesamtbereich des nahen Orients. Ibn Saud hat offiziell mit den Wahabitenangriffen auf irakisches Gebiet nichts zu tun; die Gerüchte von der Ausrufung des Heiligen Krieges sind offenbar grundlos. Nun aber erweist sich, daß die Araberstämme am Euphrat hinter der von den englischen Fliegern gebildeten Grenzpostenlinie in Aufruhr geraten sind. Die Engländer selbst geben zu, daß z. B. Kuweit gefährdet ist und möglicherweise den Aufständischen in die Hände fallen kann. Eine recht ungemütliche Situation für die Engländer im unterer Irak: vor sich die fanatischen, todesmutig angreifenden Wahabiten, im Rücken die aufständischen Euphrat-Araber! Offenbar kommt es den Briten jetzt darauf an, Ibn Saud unter allen Umständen günstig zu stimmen. Sir Gilbert Clayton, der demnächst in Djiddah offiziell mit Ibn Saud verhandeln wird, soll befugt sein, zur Herbei-

ihrung und Sicherung des Friedens die Rückgabe der Hedschasbahn, der Zone Maan nd Akaba und der Grenzzone zwischen Transjordanien und dem Irak an Ibn Saud inzuräumen; gleichzeitig soll Ibn Saud freie Hand im Jemen gewährt werden, offenar um seine Aktivität vom Irak und von Transjordanien abzulenken.

Die Landbrücke zwischen Mittelmeer, Rotem, Schwarzem, Kaspischem Ieer und Persischem Golf spielt in der englischen Politik der Gegenwart eine n Europa viel zu wenig beachtete Rolle. Augenscheinlich denkt man an die Möglicheit eines englisch-russischen Krieges, wenn man sich hier so fest als irgend möglich innistet und alle in Frage kommenden Straßen strategisch, verkehrstechnisch und virtschaftlich als Aufmarsch- und Nachschublinien ausgestaltet. In diesem Zusammenang sei auf einen recht lesenswerten Aufsatz von Mohammed Hassan aufmerksam emacht, den dieser unter dem Titel „Ein Singapore im nahen Osten“ kürzlich im Islam-Echo“ veröffentlichte. Der Verfasser behandelt den englischen Plan, Haifa um größten Hafen des östlichen Mittelmeerbeckens auszubauen. Daß nan das nicht um der schönen Augen der Zionisten willen tut, sollte sich für jeden üchtern Urteilenden von selbst verstehen, wenngleich Dr. Weizmann bereits über as Entstehen eines „palästinensischen Antwerpen“ frohlockt. Die Engländer wollen n Haifa einen Hafenraum von 80 ha schaffen (mit einem Tiefgang von 10 m, also ir die größten Truppentransportschiffe und Kriegsschiffe ausreichend), wollen in Iaifa die Erdölleitung aus dem Mossuler Revier enden lassen und zugleich eine Bahn on Haifa nach Bagdad anlegen. Mohammed Hassan befürchtet, daß das alles als Vorbereitung zum Aufmarsch eines motorisierten und mechanisierten Heeres gegen ußland geplant ist, wertet aber auch den eventuellen russischen Gegenstoß richtig ur als eine Vergewaltigung des Orients. Seine Schlußsätze sind so bezeichnend, daß vir es uns nicht versagen wollen, sie hier wörtlich anzuführen als Beispiel dafür, vie ein moderner Orientale die geopolitische Bedeutung seines Lebensraumes erfaßt:

„Wieder ist also die islamische Welt in Konflikte verstrickt, die nicht ihre sind. Vieder findet sie sich zwischen zwei Partnern, die schon zu oft auf ihre Kosten getritten haben. Sie weiß sehr wohl, daß ihr Kaufpreis vorübergehend gestiegen st; aber sie weiß auch, daß England wohl bereit ist, die formalen Freiheiten der slamischen Welt denkbar weit auszudehnen, wenn es dafür seine tatsächliche Macht um so mehr befestigen kann. Sie weiß ebensogut, daß die Sowjetunion, falls ie Sieger wäre, die islamische Welt als Objekt in ihr Wirtschaftssystem einbeziehen nüßte.

Ihre einzige Möglichkeit liegt darin, sich mit allergrößter Schnelligkeit zu reorganiieren, ihre Kräfte wieder zu vereinigen und als verbündeter Block freier islamischer taaten sich der verhängnisvollen Entwicklung in den Weg zu stellen. Es ist eine slamische Aufgabe, die kommende Auseinandersetzung zwischen England und der owjetunion, die unsere Welt in ein Gefängnis oder einen Friedhof verwandeln wird, nit allen Kräften aufzuhalten und diese an sich selbst zugrunde gehende „moderne“ Velt zum Frieden, zum islamischen Frieden, zu zwingen, damit sie „dar-us-salam“ — tätte des Friedens — werde.“

Es ist ungemein lehrreich, zu beobachten, wie sich das Kräfteverhältnis Englands nd Frankreichs in der verschiedenartigen Orientpolitik wiederspiegelt. England geht ielbewußt seinen Weg, die Augen fest auf das Große und Kommende gerichtet, in Kleinigkeiten großzügig, in allen wichtigen Punkten unerschütterlich fest. Frankeichs Politik im nahen Orient läßt eine große Linie kaum mehr erkennen; nan ist durch England und Italien in die Defensive gedrängt, fühlt allzu stark die

Grenzen der eigenen Macht und treibt infolgedessen in Syrien eine Zickzackpolitik, die deutlich eine gewisse Schwäche offenbart. Einst trieb man die Syrer zum Aufstand, indem man ihnen die elementarsten Rechte im Mandatsgebiet versagte. Jetzt versucht man es mit dem Zuckerbrot, indem man den nationalen Führer Tadschuddin El Hassani das Kabinett bilden läßt, den Belagerungszustand aufhebt, die Vorzensur beseitigt und eine beschränkte Amnestie verkündet. Natürlich hat man dadurch für den Augenblick eine gewisse Entspannung erreicht, aber auf die Dauer zufriedengestellt sind die Syrer damit keineswegs. Schon verlangt man kategorisch das Rückkehrrecht für alle Freiheitsführer, voran Sultan Pascha Atrasch, und am Ende steht auch hier die gleiche Forderung, die wie der Sehnsuchtsschrei eines von todschwerer Erkrankung Genesenden in Ägypten, Arabien, Persien usw. erklingt: Freiheit, vollständiges Selbstbestimmungsrecht! Der Orient den Orientalen!

K. Haushofer:

BERICHT ÜBER DEN INDO-PAZIFISCHEN RAUM

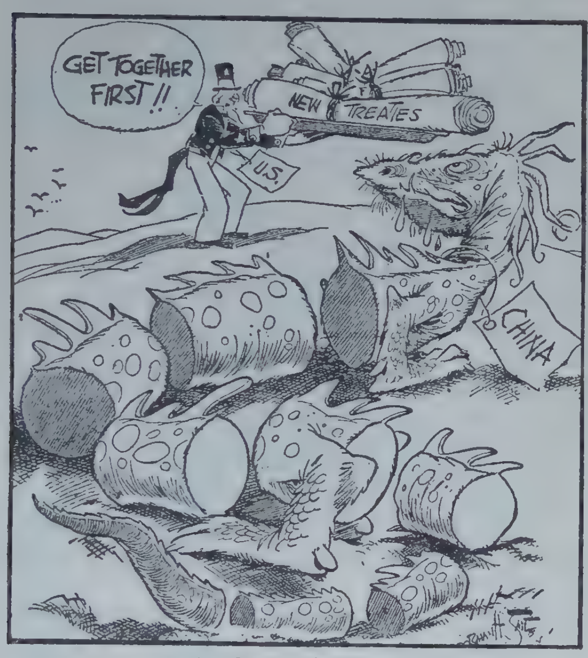
Vier Wetterzeichen des Spätwinters haben die geopolitische Prognose für das Frühjahr 1928 außerordentlich erleichtert. Der Ausgang der japanischen Wahlen, die notwendige, klare Einstellung der in Indien vorwaltenden Kräfte zu der Simon-Kommission wegen Vorbereitung der Verfassungsänderung; die ungemein belehrende China-Aufsatzreihe von Sir Frederick Whyte in den „Times" („Political China" vom 5. Juni 1907, dann namentlich 14. und 28. Januar: „The dilemma of british policy", und V. „The end of foreign tutelage"); und die Ausstrahlungen der VI. panamerikanischen Konferenz in Havana auf die pazifischen Verhältnisse.

Dabei setzt der Referent natürlich die Wetterzeichen in der Reihenfolge an, wie sie ihm selbst die tiefsten Aufschlüsse geben. Deshalb muß er die japanischen Wahlen vom 20. Februar 1928 voranstellen, die ersten asiatischen Wahlen in einem großen Volkskörper unter allgemeinem Männerwahlrecht, aus wohlgeordneten Wahlzuständen hervorgegangen, in denen nicht, wie bei den chinesischen Parlamentsanläufen, Bestechung und Gewalt eine vorherrschende Rolle spielten. Hier hatte doch nun tatsächlich der Großteil des reifen männlichen Volkskörpers zum erstenmal die Möglichkeit, zum Ausdruck zu bringen, ob er mit der Struktur des Volksbodens, dem bisherigen weltpolitischen Machteinsatz, der Wirtschaftsführung seines Staates durch eine kluge Aristokratie mit hiero-monarchischer Spitze und einem kleinen Kreis ausgewählter alter Staatsmänner auf der Kommandobrücke einverstanden sei oder nicht. Die ersten wirklichen Volkswahlen ergaben aber eine große Bestätigung der äußeren und inneren Reichspolitik seit der Reichserschließung durch die Aera Meiji von 1869—1912, und die nachfolgenden Regierungsperioden Taisho und Showa. Von 466 Abgeordneten bestätigten sicher 436 durch ihre bloße Wiederkehr im alten Parteigefüge der Seyukai und Minseito, daß der neue, breiter begründete Volkswille für die Weiterentwicklung an das bisherige Parteienschaukelspiel im Stil des britischen Parlamentarismus im achtzehnten Jahrhundert anknüpfen wolle. Auf Zukunftswege weisen die 8 Arbeitervertreter, darunter 5 Doktoren (Intellektuelle), und 6 sehr gemäßigte Staatssozialisten; unentschieden bleibt nur der kleine Rest: Splitter, Wilde,

Virtschaftsparteien, Farmer, Kakushin-Klub i. G. 22. Aber das Entscheidende ist, aß der für die bisherige staatliche Entwicklung Japans leitende evolutionäre Zug er Staatsentwicklung vorwaltend bleibt.

Im Gegensatz dazu mehren sich die Symptome dafür, daß China immer mehr an er Möglichkeit evolutionärer Entwicklung durch die zu starre Kraft der regionalen nd kontinentalen Einflüsse vorübergleitet, und daß es wahrscheinlich eben doch der erhängnisvollste Fehler der Kuo-Min-Tang war, als ihre Partei die dynamische Notendigkeit der Weiterführung des erneuernden Stoßes auf Peking 1927 aus Eifer-

Sobald China wieder verdauen kann



Smith, Manila Times

cht auf den Führererfolg Chiang-Kai-Shecks verkannte, und ähnlich wie die Deuthen 1848 glaubte, Doktrin ohne Machtrückhalt durchsetzen zu können.

Den Erfolg zeigt ein hier eingefügtes Spottbild von Dauerwert, dem wir die Kernhwierigkeit der japanischen Außenpolitik in einem gleichfalls sehr bezeichnenden ottbild gegenüberstellen. Daß beide aus den Philippinen stammen, verrät, wie fmerksam, gespannt und wohlunterrichtet deren öffentliche Meinung die Vorgänge China und Japan beobachtet, wie sehr man sich in Manila als geopolitisches anometer fühlt.

Nur eine kleine Anmerkung muß für Japan gemacht werden, mit der wir auf Present day Japan", das englische Sonderheft 1927 des „Osaka und Tokyo Asahi" fmerksam machen, das im literarischen Bericht eingehender gewürdigt wird. Dieses eft gibt einen ausgezeichneten Querschnitt — mit Licht und Schatten! — Neu-

Japans zwischen zwei Kulturen. M. Takaharas Auftakt, die kurze Schilderung der vier Labour-Parteien, Nitobes Aufsatz über die moralische Basis der Monarchie, S. Kamios „Chinapolitik“, die künstlerischen und kunstgewerblichen Beiträge, der Überblick über den III. panpazifischen wissenschaftlichen Kongreß, Flugwesen, Frauenfrage, der Geist der drei wichtigsten Städte, Alte und Neue Bühne, die vielen Sport- und Rassentypen; das alles gibt unschätzbare Einblicke. Aber das „Bevölkerungsproblem“ (S. 95) und „Süd-Sachalin“ (S. 106) tun einander in einem geopolitischen Propagandaheft gegenseitig sehr weh. Süd-Sachalin hat auf 36000 qkm wenig mehr als 200000 Menschen; von mehr als 482900 acres zu 0,40 ha liegen nur 43900 acres, d. h. ein Zehntel, unter Kultur; man treibt mit seinem Forstreichtum auf über 7046000 acres einen solchen Raubbau, daß man in 20 Jahren ohne Gegenmaßregeln den ganzen Waldreichtum der Papierindustrie geopfert haben wird. Man fischt in einem freilich stark bewucherten Betrieb an seinen Küsten jährlich für etwa 30 Mill. Goldmark Wert heraus und hat die Bodenschätze kaum angekratzt, unter denen etwa 527 Mill. t Kohlen das beste sein dürften. Dabei führt die Insel jährlich 60—70000 t Kohlen ein, und die elektrische Kraft kostet 50 Pf. bis 1 Mk. für das kW. Das heißt doch, mit einem wertvollen Stück Erdoberfläche Raubwirtschaft treiben. In Deutschland müssen bei ähnlichen Vegetationsperioden etwa 5 Mill. Menschen auf dem gleichen Raum sich fortzubringen suchen; und ein Vergleich zwischen dem japanischen Bevölkerungsüberschuß und dem im Raubbau verschwendeten Nordraum zeigt, daß hier noch 5 Jahre lang der Reichsüberschuß an Menschen untergebracht werden könnte, wenn er nicht zu wählerisch wäre, um hineinzugehen! Ein solcher Zustand ist aber ein Werturteil und kein schlüssiger Beweis für einen allseitig ausgeschöpften Lebensraum.

Da wirken die etwa 1 Mill. Shantungleute, die im Laufe von 1927 nach der Nordmandschurei abgeströmt sind, schon überzeugender. Aber auch in diesem Fall mahnt der Februar-Dammbruch des Hwangho bei Litsing, mit der Überschwemmung von mehr als 80 Dörfern eines Hungergebiets, daß der „Kummer Chinas“ mit seinen Hochwasserverwüstungen jeweils die Quittung für die schlechte Verwaltung, die Vernachlässigung seiner Dämme und innere Unordnung und Bürgerkrieg, wie Bodenverwahrlosung erteilt, nur — entsprechend den größeren kontinentalen Ausmaßen Chinas — in katastrophaler Form.

Ein uralter geopolitischer Gegensatz zwischen evolutionärer ozeanischer Inselpolitik und revolutionärer festländischer Machtverlagerung wirkt sich auch bei der fast gleichzeitigen erfolgreichen und geräuschlosen Tätigkeit der Donoghmore-Verfassungskommission in Ceylon und den schon berührten reibungsvollen Anfängen der Simon-Kommission in Indien aus, (die nur den einen großen Vorteil haben wird, Scheidungen der Geister deutlich zu machen und klare Einstellungen herbeizuführen). In dieser Richtung schärft ein Buch von Khub Dekhta Age: „India to-morrow“ (Oxford University Press, 1927) den Blick. „Die Kommission solle sich als Aufnahmeinstrument zur Entdeckung der Ideen betrachten, die sich im Unterbewußtsein Indiens entwickeln“. Sie müsse deshalb „aus Männern bestehen, die neue Ideen absorbieren können, ohne ihre intellektuelle Stabilität zu verlieren“. Das ist im Kern das Geheimnis geopolitischer Schulung!

Ungefähr gleichzeitig mit dem Eintreffen der Simon-Kommission in Indien (3. Februar 1928) hatte am Ende Januar die Donoghmore-Kommission Ceylon verlassen. Aber die kleine, in Rasse und Weltanschauung vom indischen Festland völlig abweichend eingestellte, reiche, in sich geschlossene Subtropeninsel verhielt sich gegen-

ber einer oktroyierten Verfassung, — die ihr in zwei Stadien immerhin auch eine
us Wahlen hervorgegangene Eingeborenenmehrheit brachte — ganz anders als der
roße Festlandkörper, in kleinerem Maßstab etwa ähnlich, wie Japan gegenüber
China zu parlamentarischen Formen.

„Ceylon ist der passendste Fleck im Osten, um die Saat einer verantwortlichen
Regierung darein zu pflanzen", hatte Sir Alexander Johnstone vor einem Jahrhun-

No Place to Park Him



—Cargill in the Philippines Herald

ert beim ersten Anlauf zu einer Konstitution für Ceylon gesagt. Dazwischen liegen
nanche Drangsale der Ceyloner Unabhängigkeitsbewegung, Träume und Fall der
Ceylon-National-Review" und ihres Stabes. Leidensgeschichte hatte die Insel gelehrt,
nöglichst nicht an die Gewalt zu appellieren. Sie weiß: nur eine starke Seemacht
ann sie vor der Überflutung durch die arbeitshärteren Rassen des indischen Fest-
ands schützen. Geschickte isolierte Behandlung triftet die randständige Insel immer
nehr in den ozeanischen Zusammenhang mit den anderen Inselgruppen des In-
ischen Ozeans und Malaya, aus dem eigentlichen indischen Zerrungsgebiet hinweg.
Ein wichtiger weiterer Schritt dazu ist in diesem Winter vorbereitet worden. Ein ähn-
icher ist die Zurücksetzung von Aden als Festung mit Infanteriebesatzung, seine

Überlassung an das Luftministerium, die Wertverlegung nach Perim — während Aden nur noch zum Druck auf das arabische Hinterland verwendet wird. Von Karachi aber — das Moskau ebenfalls von Indien abknöpfen möchte — wird Afghanistan trotz den etwas deutlichen Moskauer Anbiederungen noch lange als Machthaber fernbleiben müssen. Der Australienflug Bert Hinklers in 16 Tagen über Rom—Malta—Benghasi—Ramleh—Basra—Karachi—Allahabad—Kalkutta—Rangun—Singapore—Bandung—Bima—Timor nach Port Darwin, und die anglo-indische Freude an dem in so guter Form erreichten reichsverbindenden Erfolg zeigt zu deutlich, wie stark die machtverankerte Gegenwart hier fremden Zukunftswünschen entgegensteht. Der Umfang solcher Wünsche wird von der „Iswestija" deutlich genug — vielleicht zu derb — umschrieben: daß sie ein solches Farbebekennen zu künftigen Zielen in Moskau auslöste, war wohl der aufschlußreichste Teil an König Amanullas Europafahrt.

Aber immerhin ist die Möglichkeit der angebotenen Unterstützung durch Geld, Munition, Instruktionsoffiziere, Artillerie- und Flugwaffenlieferungen aus Moskau an das an sich schon wehrhafte Afghanistan eine Realität für Anglo-Indien, der wehrgeographisch angesichts der Zerrissenheit der indischen Gemeinwelt, wenn sie nicht von oben oder außen zusammengehalten wird, selbst so philosophische Beschauer wie der Verfasser von „India to-morrow" Rechnung tragen. Er sieht eine Hauptschwierigkeit des indischen Wehrproblems „in der völligen rassenmäßigen und geographischen Trennung der regierungsfähigen Klassen von den wehrbrauchbaren Klassen", ein anderes in dem Reibungssystem der „Dyarchie". „Macht ohne Verantwortung, sogar die nur negative Macht der Kritik, ist nicht zu verteidigen." —

Das ist aber einer der wundesten Punkte für alle Versuche, den beiden zahlenstärksten althistorischen Menschenansammlungen der Erde, der indischen und der chinesischen, Formen zu geben, die ihre drohenden Gefahrspannungen entladen können. Die Einstellung zur Simon-Kommission legt für Indien in diesem Spätwinter, die Aufsatzreihe von Sir Frederick Whyte für China vom britischen Standpunkt mit anerkennenswerter Offenheit eine Reihe der verworrenen Hochspannungen bloß; Ähnliches leistet für Japans Chinapolitik ein Aufsatz von Riichi Yamamori (Gaiko Jiho-Diplomatische Revue, Tokio, japanisch, englisch in Transpacific, Tokyo, 21. Januar 1928, S. 4 und 21). Der wirkliche Grad von Verständnis oder Unverständnis, den die Vereinigten Staaten in ihrem Durchschnitt der Kuo-Min-Tang-Idee entgegenbringen — die ja vielleicht auch nur 2—3% in China, einschließlich der Mitläufer erfüllt, aber doch die stärkste zur Zeit dort lebendige ist —, wird von Senator Hiram Bingham enthüllt: „New China's Political Bible" („Foreign Affairs" [die amerikanische Zeitschrift!] oder „Transpacific" vom 21. Januar 1928, S. 5ff.). Da die beiden angelsächsischen Zeugen leicht erreichbar sind, der japanische aber nicht, möchte ich als wichtig hier das Wesen von Yamamoris Enthüllungen über die sogenannte „positive Politik" Japans wiedergeben und Whyte und Bingham nur im Anschluß kurz zu Wort kommen lassen.

Yamamori glaubt den Kern der sogenannten positiven Chinapolitik Japans in folgende fünf Punkte zusammenfassen zu können:

1. China muß zur Anerkennung aller erworbenen Rechte Japans gebracht werden. 2. China muß Japan erlauben, alle diese Rechte auch praktisch auszuüben. 3. Falls sich China darin „Verfehlungen" zuschulden kommen läßt, kann Japan alle ihm gut scheinenden Schritte, d. h. „Sanktionen" ergreifen. 4. Für den Schutz seiner Rechte braucht sich Japan nicht um den Wechsel der Ideen in China zu kümmern. 5. Was auch immer Chinas internationale Bindungen und Beziehungen sein mögen,

Japan will seinen eigenen Weg gehen! Diese Punkte, die uns allerdings an Poincarés Blütezeit erinnern, scheinen Yamamori mit Recht zu „konservativ und zu militaristisch"; wenn man auch nicht vergessen darf, daß es höchst erleuchtete, demokratische Außenminister und Diplomaten waren, die seinerzeit China diese Punkte ursprünglich aufnötigten, nicht konservative oder militaristische! Im äußeren Anschein scheinen diese Gedanken positiv, in Wahrheit negativ, weil sie dem unendlichen Lagenwechsel, der Dynamik, dem Zeitenwandel zu wenig Rechnung trügen. So scheint Yamamori die sogenannte positive Chinapolitik (die vor allem Tanaka an die Rockschöße gehängt wird, im Gegensatz zu Shidehara) in Wirklichkeit eine negative Maßnahme zu sein. Sein Begriff einer positiven Chinapolitik (der nach meiner Kenntnis von der überwiegenden Mehrheit in Japan geteilt wird) ist folgender: „1. Was erworbene Rechte und vorwaltende Stellung betrifft, erkläre ich mich mit der sogenannten positiven Chinapolitik einverstanden; aber um diese Rechte zu wahren und unsre Stellungen zu halten, muß die Entwicklung gegenseitiger Beziehungen (d. h. Kooperation soweit als möglich) sorgfältig überwacht werden. 2. Der Wechsel der chinesischen Staats- und Gesellschaftsideen muß scharf geprüft werden. Es ist absolut falsch, Beobachtungen auf chinesische Empfindungen und Ideen einer langen (heute aber über Bord geworfenen) Vorzeit zu gründen! — (Wir erhalten aber in Deutschland aus edler philosophischer Neigung zu vergangenen chinesischen staatsphilosophischen Lehren häufig auch ein ganz falsches China vorgesetzt. Leute, wie Ku-Hung-Ming und andere Konfuzianer sind ganz vereinsamt! Einige der Hauptübergangsführer, wie Kang-Yu-Wei, starben mit sich und ihrer Umwelt zerfallen.) — Es ist von entscheidender Bedeutung, mit allen Mitteln Schritt mit dem Wandel der Empfindungen und Anschauungen in China zu halten. 4. Für diesen Zweck braucht es sehr viel Geduld und Wachsein gegen unerwartete Wendungen!" Geduld, Wachsein gegen unerwartete Wendungen, Warnung vor Gewalt, mit der sehr viel zu verlieren, wenig zu gewinnen ist, Anerkennung der Tatsache, daß fremde Bevormundung zu Ende sei: das sind Ausdrücke, die — je besser unterrichtet der Beobachter ist, wie Sir F. Whyte oder R. Yamamori oder Graf Goto — desto häufiger in ihren Äußerungen wiederkehren. Nur Senator Hiram Bingham weiß alles besser als Sun Yatsen und seine Erben und sagt ihnen, was wirklich gut für die Chinesen ist, wie es ja Nordamerika seit 1900 zu tun pflegt.

Es ist also eine sehr elastische, evolutionäre Politik, die auch Yamamori empfiehlt, wie sie auch Chamberlain zu führen versuchte, so bitter übel man es im hundertprozentigen Kolonialbritentum aufnahm. „Rückhaltlose Unterstützung für die Erneuerung Chinas gleichläufig mit dem Prinzip gegenseitiger Haftung ist das Gebot der Stunde."

Das ist freilich mit der Vorzugsstellung in der Mandschurei und Mongolei sehr schwer zu vereinigen, die eigentlich schon auf Vorgängen von 1894, dann 1905 beruht, 1907 erweitert und 1913 weiter ergänzt wurde. Dann wurde sie durch das Ishii-Lansing-Agreement (Übereinkommen) auch von den Vereinigten Staaten anerkannt, die ihr Wort aber 1922 in Washington zurückzogen. Yan-Yu-Ting fragte den südmandschurischen Eisenbahnpräsidenten Yamamoto jüngst etwas spöttisch, wie Japan eigentlich dazu käme, den Chinesen den Eisenbahnbau mit ihrem eigenen Geld auf ihrem eigenen Boden zu verbieten. „Das ist nicht die Stimme des Individuums Yang, sondern die eines völlig veränderten China, das nicht mehr das alte China ist. Auch wenn es noch nicht nationalistisch im Sinne des Westens ist und vielleicht nie wird, ist es zu einem brennenden Rassenstolz und sozialer Solidarität erwacht. Und zur Erkenntnis dieses wirklichen China müssen wir erwachen." So Yamamori.

Seltsam gegensätzlich zu dieser weitverbreiteten Einsicht bei Briten und Japanern ist die Seelenruhe, mit der so viele Amerikaner den Chinesen nun nachweisen, wie sehr sie auf dem Holzwege sind, darunter vor allem Senator Bingham. Diese Erkenntnis führt uns zum vierten großen pazifischen Wetterzeichen dieses Nachwinters, der amerikanischen Ausstrahlung pazifikwärts. Es ist begreiflich, daß gerade den Vereinigten Staaten der Ruf: „Unterdrückte Völker vereinigt euch", den Sun zuletzt so vernehmlich anstimmte, aufs äußerste mißfällt.

Ferner wünschen sie auch für China, wie für Deutschland, Kuba, Nikaragua, eine die Ausbeutung regelnde und sichernde, wenn auch militärisch schwache, aber die darin angelegten fremden Gelder schützende Zentralgewalt, wie es schon die Spottzeichnung der „Manila Times" verrät.

Auf der VI. panamerikanischen Konferenz dagegen ist der Gedanke einer Zusammenfügung der großen und kleinen amerikanischen Staaten unter gleichem Schutz gegen politische und wirtschaftliche Gewalt der großen, den sechs der kleinen Staaten anregten, von der Gesamtheit der 21 Staaten verworfen worden, — nicht zuletzt unter dem Druck der großen nordamerikanischen Macht; und ihr Rückhalt ist es, der den Völkerbund praktisch in allen amerikanischen Angelegenheiten so gut wie lahmlegt, in den panpazifischen ausschaltet.

Von den großen pazifischen Staaten Amerikas sind die Vereinigten Staaten und Mexiko, von den kleineren Costarica und Ecuador überhaupt nicht Mitglieder; Peru, Bolivia, Nikaragua und Honduras halten, neben China, ihre Beiträge zurück; Argentinien und Brasilien nehmen eine sehr zurückhaltende Stellung ein, und Australien, China, Japan, wie Kanada haben schon einmal mit ihrem Austritt gedroht. Aus alledem geht keine sehr überzeugende Vertrauenseinstellung hervor, und es mag verwunderlich scheinen, wenn ernste Beobachter immer wieder gerade auf den Völkerbund als übergeordnete Stelle zur heutigen Lösung der chinesischen Schwierigkeiten, zur späteren der indischen aufmerksam machen, wie für China Sir F. Whyte. Das gilt namentlich, wenn Whyte fast in einem Atemzug schreibt, daß die Chinesen, ihre Leitmotive zur Zeit von Moskau empfangend, den Völkerbund als eine Maschine des europäischen Imperalismus betrachteten, der als Philanthropie angestrichen sei, aber daß sie doch, wenn das Fieber erst vorbei sei, vielleicht selbst in Genf den rettenden Silberstreifen entdecken könnten; dann wird man wohl Fragezeichen hinter die sonst offenbar ehrlich als Ratschläge für das eigne Volk gedachten Erfahrungen des erst jüngst aus China heimgekehrten Warners setzen. Aber als Zeichen für das „Dilemma der britischen Politik", dem das Dilemma der japanischen in manchen Zügen sehr wesensverwandt ist, wird man sie werten dürfen. Zahlreiche biographische Versuche an den wenigen für Zusammenfassungen in Frage kommenden Männern in China: Chiang-Kai-Sheck, Feng-Yu-Hsiang, auch der langsam zusammenschmelzenden nordchinesischen Stellung Chang-Tso-Lins sind weitere solche Symptome der Unsicherheit.

Um so mehr ist es nötig, sie in ihrer starken regionalen Gebundenheit gegenüber dem einzigen, wenigstens die ganze Mentalität (Seelenstimmung) des chinesischen Südens umfassenden Sun-Yat-Sen zu sehen, und sich klarzumachen, daß die indische Erneuerungsbewegung unter denselben rassischen und regionalen Gebundenheiten leidet. Feng-Yu-Hsiang ist mit seinem Durchbruch an die See, mit der Besitzergreifung der Lung-Hai-Eisenbahn auf den Boden seiner Geburtslandschaft zurückgekehrt, der ihm weit mehr geläufig ist, als der Hochsteppenrand, auf den er (nach Kansu, Shensi und Westhonan) verdrängt, und wo er ganz auf Sowjethilfe angewiesen

war. Aber er schiebt sich jetzt auch als Riegel zwischen Chiang und das schwankende Shansi, zwischen Peking-Shantung und die Yangtseländer der Kuo Min Tang. Damit ist die Möglichkeit des Aufrechterhaltens seiner bisherigen Trimmer-Stellung am Wagebalken der Schaukel beendet. Es wird in China, in Indien, in Japan, im Anschluß daran in Moskau, in Vorderasien, aber auch in den großen angelsächsischen Mächten in diesem Frühjahr aus zwingenden, geopolitischen Gründen viel mehr Farbe bekannt werden müssen, als seit langer Zeit, vielleicht seit der formalen Beendigung des Weltkriegs. Darum haben wir die Wetterzeichen dieses Nachwinters begrüßt: denn alles ist für Mitteleuropa besser, als die Fortführung eines Schaukelsystems, bei dem zuletzt der am meisten Wehrlose doch immer die Kriegskosten zu tragen hat. Erst, wenn die überflüssigen Wehr- und Wirtschaftsgewichte der Kolonialmächte auf die sich vom Überdruck lüpfenden Sicherheitsventile anderwärts, im indopazifischen Raum eilends gelegt oder geworfen werden müssen, erst dann vielleicht wird der Druck Aller auf Mitteleuropa einige Stellen geringeren Widerstandes an ihren Heimatfronten erkennen lassen.

Darüber rechtzeitig im Bild zu sein, ist eine gemeinsame Aufgabe aller raumbeengten und unterdrückten Völker; und wer immer sich ihren Unterdrückern beigesellt, der hat kein Recht, sich zu beklagen, wenn die Erschütterungen auch seines Machtbereichs mit Befriedigung als Vorzeichen befreiender Ausbrüche verzeichnet werden.

OTTO MAULL:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Die Ächtung des Krieges auf der Panamerikanischen Konferenz und in der Diskussion zwischen Briand und Kellogg. — Ratifizierung des amerikanisch-französischen Schiedsgerichtsvertrags. — Amerikanisches Angebot eines Schiedsvertrags und Versöhnungsvertrags an Deutschland. — Freigabe des deutschen Eigentums. — Beschränkung der Flottenvorlage Wilburs. — Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten. — Jahreskontingent der Einwanderung in der Union. — Die Entwicklung im Ku-Klux-Klan. — Anklage gegen die amerikanische Ausbeutungspolitik auf den Philippinen. — Nicaragua. — Unruhen in Venezuela. — Präsidentenwahl in Costa Rica. — Mexiko. — Argentiniens Angriff auf die Monroedoktrin. — Brasiliens Wiedereintritt in den Völkerbund?

Eine wertende Überschau kann diesen Bericht im Vergleich mit dem letzten nur als dessen Ergänzung und Vollendung bezeichnen. Denn kaum irgendwo sind neue Linien zu erkennen. Dagegen führen die bekannten eine Strecke weiter, oder es sind inzwischen für sie irgendwelche bezeichnende Einzelheiten ihres Verlaufs bekannt geworden. So hat die Panamerikanische Konferenz ganz zuletzt die Ächtung des Krieges beschlossen. „Da die amerikanischen Republiken den Krieg als Instrument der nationalen Politik in ihren gegenseitigen Beziehungen verurteilen", wurde von ihnen vereinbart, das obligatorische Schiedsgerichtsverfahren als Mittel anzunehmen und so ihre Streitigkeiten zu schlichten. Um dieser Willensäußerung eine juristische Form zu geben, ist bis spätestens in einem Jahre die Einberufung einer Konferenz vorgesehen, die das Abkommen auszuarbeiten hat. „Die Regierungen der amerikanischen Republiken werden zu dieser Konferenz bevollmächtigte Delegierte entsenden, deren Instruktionen das Mindest- und Höchstmaß der Zugeständnisse andeuten werden, die jeder in Frage kommende Staat in der Frage des obligatorischen Schiedsgerichtsverfahrens zulassen kann." So scheint innerhalb der amerikanischen

Welt gelingen zu wollen, was zur Regelung der Beziehungen zwischen Amerika und Europa vergeblich versucht worden ist. Denn im Grunde scheint die langwierige Diskussion zwischen Kellogg und Briand über die Ächtung des Krieges recht unfruchtbar zu verlaufen. Verharrt doch Kellogg in einer weiteren Note vom 27. Februar ganz eindeutig auf seinem bisherigen Standpunkt. Recht deutlich werden dabei die selbstsüchtigen Absichten aufgedeckt, wenn es in der amerikanischen Note heißt: „Der Unterschied zwischen der zweiseitigen und der vielseitigen Form des Vertrages, der zum Ziele hat, auf den Krieg uneingeschränkt als ein Instrument nationaler Politik zu verzichten, erscheint nur als ein Unterschied dem Grade, nicht der Substanz nach. Eine Regierung, die die Möglichkeit besitzt, einen solchen zweiseitigen Vertrag zu schließen, sollte nicht weniger in der Lage sein, Teilnehmer eines identischen vielseitigen Vertrages zu werden, da kaum angenommen werden kann, daß die Mitglieder des Völkerbundes in der Lage sind, getrennt etwas zu tun, was sie gemeinsam nicht tun können." Kellogg betont ferner, daß von den 21 Staaten, die sich auf der Panamerikanischen Konferenz zur Ächtung des Krieges entschlossen hätten, 17 Mitglieder des Völkerbundes seien. Kellogg erklärt schließlich, daß seine Regierung bereit sei, mit Frankreich, England, Deutschland, Italien und Japan einen vielseitigen Vertrag zur Ächtung des Krieges zu schließen, der dem späteren Beitritt aller Regierungen offenstehen soll. In Frankreich glaubt man in dieser neuen Note keine Grundlage zu erkennen, von der aus eine aussichtsvolle Fortführung der Aussprache möglich sei. Sehr beachtenswert sind in diesem Zusammenhang die Ausführungen Senator Borahs, die er in der „New York Times" vom 5. Februar machte. Der amerikanische Friedensmann meinte dort unter manchem anderen, daß nichts so sehr dazu beitragen könne, die Sache des Friedens zu fördern, den Völkerbund und auch das Werk von Locarno zu kräftigen, als wenn die Großmächte die Verpflichtung eingingen, niemals den Krieg als Instrument zur Schlichtung internationaler Streitigkeiten zu gebrauchen und wenn sie ihre Meinungsverschiedenheiten in Übereinstimmung mit den Methoden schlichten werden, die im Völkerbund und im Werk von Locarno für eine feierliche Regelung vorgesehen sind.

Inzwischen ist Anfang März der amerikanisch-französische Schiedsgerichtsvertrag ratifiziert worden, der besagt, daß jeder Streitfall zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich, soweit er nicht eine rein innere Frage, die Interessen einer dritten Macht, die Monroedoktrin oder die Verpflichtungen Frankreichs als Mitglied des Völkerbundes in Mitleidenschaft zieht, einem Schiedsspruch unterworfen werden soll. Auch Italien sucht einen Schiedsvertrag mit der Union abzuschließen.

Mit einem amerikanischen Angebot sind die Verhandlungen über einen deutsch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrag eröffnet worden. Diesem Vertragsentwurf ist ein besonderer Versöhnungsvertrag beigefügt worden.

Dem Kapitel solcher Ausgleichsverhandlungen und -maßnahmen gehört auch die Freigabe des deutschen Eigentums an. Die Freigabebill ist von der aus Vertretern der beiden Kammern zusammengesetzten Kommission mit vielen Zusätzen genehmigt, dann vom Senat Ende Februar angenommen und vom Repräsentantenhaus bestätigt worden. Am 10. März hat Coolidge die Bill unterzeichnet, die damit rechtskräftig geworden ist. Die Vereinigten Staaten haben so in ihren Beziehungen zu Deutschland endlich den Satz der Haager Friedenskonferenz vom Jahre 1907 anerkannt, der bestimmt, daß Privateigentum nicht konfisziert werden darf.

Neben der Linie des Ausgleichs und der Kriegsächtung läuft die der Rüstung ruhig einher. Freilich schärfere Beobachtung zeigt, daß die beiden Auffassungen nicht frei

von wechselseitiger Beeinflussung geblieben sind. Unter diesem Einfluß hat der Marineausschuß des Repräsentantenhauses die Flottenvorlage Wilburs von 76 auf 16 Schiffe zusammengestrichen. Dagegen hat die außenpolitische Kommission des Repräsentantenhauses sich mit 6 gegen 5 Stimmen gegen den Vorschlag gewendet, die Unterseebootswaffe als ungesetzlich zu erklären und den Bau von U-Booten zu untersagen. Dabei wurde nachdrücklich unterstrichen, daß das Unterseeboot das einzige Verteidigungsmittel vieler kleiner Staaten sei.

Die wirtschaftliche Lage der Vereinigten Staaten wird durch eine recht merkwürdige, aufsehenerregende Arbeitslosigkeit charakterisiert. In einer Senatssitzung Anfang März wurde diese auf 4 Mill. Menschen beziffert, d. h. unter 10 Arbeitnehmern ist 1 arbeitslos. Die Zahl nehme dauernd zu. Wieweit diese Angaben den Tatsachen entsprechen, wieweit sie partei- und wahlpolitisch aufgeputzt sind, ist sehr schwer zu beurteilen.

Das Jahreskontingent der Einwanderung ist vom 1. Juli 1928 ab auf 153685 Personen festgesetzt. Die englischen, italienischen, holländischen und russischen Kontingente sind dabei gegenüber den bisherigen Zahlen erhöht worden, die von England und Ulster um 43 %; dagegen sind die deutschen, irischen, schwedischen, norwegischen und dänischen Kontingente verkleinert worden.

Schwach verbürgt ist die Notiz, daß sich der Ku-Klux-Klan aufgelöst (?), jene merkwürdige Geheimbewegung ihr Ende gefunden habe, die mit Mummenschanz und viel Grausamkeit den Kampf gegen Katholiken und Juden, Neger und Eingewanderte führte, die sich nicht genügend als Amerikaner bekannten. Sich in allen Formen anlehnend an eine ältere Bewegung aus dem Jahre 1867 ist der Ku-Klux-Klan der Gegenwart nichts anderes als der Ausfluß der Kriegspsychose gewesen und im Jahre 1915 neu gegründet worden. Er hat in den Nachkriegsjahren von 1920—1924 einen ganz gewaltigen Aufschwung erreicht; 2½ Mill. Mitglieder werden angegeben. Von 1924 ab geht es mit der Bewegung ganz rasch abwärts. Immerhin vereinigten sich noch im August 1925 50000 Klanleute zu einer Massenkundgebung vor dem Weißen Haus. Daher überrascht die Mitteilung, daß die Bewegung sich aufgelöst oder umgestellt habe, von allem Geheimnisvollen und Gewalttätigen absehen und lediglich ein Verband zur Amerikanisierung der Eingewanderten werden wolle.

In den kleinen von den Vereinigten Staaten abhängigen Ländern trifft man immer wieder auf die gleichen Erscheinungen nordamerikanischen Imperialismus und der Dollardiplomatie. So hat sich der Residentkommissar der Philippinen, Isauro Gabaldon, entschlossen, von seinem Posten zurückzutreten. In der Begründung dieses Schrittes erhebt er Anklage gegen die Ausbeutungspolitik auf den Philippinen durch das amerikanische Kapital. Die Gesetze, die jetzt im Senat beraten wurden, seien rein imperialistisch und reaktionär.

In Nicaragua ist ein Überfall auf amerikanische Truppen durch Sandino-Leute mit einem Flugzeugangriff auf die Stellung Sandinos und deren Beschießung mit Bomben und Maschinengewehren beantwortet worden. Auch sonst ist es noch nicht ruhig in Nicaragua. Ist doch auf den Eisenbahnzug, mit dem der Außenminister von der Panamerikanischen Konferenz heimkehrte, ein Anschlag verübt worden, der den Zug zum Entgleisen gebracht hat.

Neuerdings hat sich zu den Unruheherden der Länder um das amerikanische Mittelmeer auch Venezuela hinzugesellt. Es werden Unruhen aus Caracas und Puerto Cabello gemeldet, an denen sich besonders Studenten beteiligten. Bisher ist es noch nicht gelungen, eine stärkere aufständische Organisation zu erkennen.

Dagegen verliefen die Präsidentenwahlen in Costa Rica, bei denen Cleto Gonzales, ein Rechtsanwalt, der großes Ansehen im Lande genießt, mit großer Mehrheit gewählt wurde, vollkommen ruhig. Gonzales hat das Amt des Präsidenten der Republik schon einmal 1906 bis 1910 bekleidet.

Mexiko entbehrt auch weiterhin der inneren Ruhe; besonders bereitet der Widerstand klerikaler Insurgenten dauernde Schwierigkeiten. In der letzten Zeit hat dieser Kampf des mexikanischen Staates mit dem unbotmäßigen Klerikalismus Widerhall in Europa ausgelöst und zu Protestkundgebungen zugunsten des Katholizismus geführt. So wurden die kirchenpolitischen Kämpfe in Mexiko zum Gegenstand einer Debatte im belgischen Senat. Auch in einer ganzen Anzahl deutscher Städte, besonders in Köln und Mainz, haben Protestversammlungen stattgefunden, die sich unter Übermittlung ihrer Resolutionen an den päpstlichen Nuntius und an den mexikanischen Gesandten, gegen die Kirchenpolitik des Präsidenten Calles wandten.

Der Ausgleich, den Mexiko mit den Vereinigten Staaten gefunden hat, ist im Grunde wohl nichts anderes als der Ausdruck der wirtschaftlich äußerst schwierigen Lage, die verursacht wird durch den Rückgang der Petroleum- und Silberproduktion und durch die unheilvollen innerpolitischen Verhältnisse. Mexiko hat unter diesem Druck einen Teil seiner Staatsziele zunächst einmal zurückstecken und sich dem am allernächsten Liegenden zuwenden müssen. „Nur so ist der Umschwung, der sich seit kurzer Zeit allenthalben in der Mentalität gegenüber der Union bemerkbar macht, erklärbar“, schreibt mir ein Beobachter im Lande. Unendlich viel zu dieser Annäherung hat der klug und außerordentlich geschickt um die Gunst der Mexikaner werbende vereinsstaatliche Botschafter Morrow beigetragen. Der Schluß seiner Rede vor den Spitzen der amerikanischen Verbände in Mexiko: „Ihr sollt nicht nur treue Bürger eures Vaterlandes bleiben, sondern gleichzeitig auch die Gesetze des Landes respektieren, in dem ihr Gastfreundschaft genießt“, wurde begeistert zustimmend von allen mexikanischen Zeitungen in ganz großen Lettern wiedergegeben. Diese Annäherung darf aber nicht dazu verleiten, auf eine ehrliche, dauerhafte Freundschaft zwischen Mexiko und der Union zu schließen. Dafür sind die Unterschiede in den Weltanschauungen diesseits und jenseits der mexikanischen Grenze zu groß, die hier ziehenden Klüfte zu tief, als daß sie durch eine freundliche Verständigung überbrückt werden könnten. Man braucht sich aber im Augenblick gegenseitig, hat darum einen Modus vivendi gesucht und gefunden. Verdeckt, doch inoffiziell geduldet, geht unter dieser Oberfläche der Kampf gegen den „imperialismo yanki“ ruhig weiter. Dessen sind sich die Mexikaner wie die Vereinsstaatler voll bewußt.

Mein Gewährsmann schreibt mir in charakteristischer Weise: „Man hat die Hunde, die bisher den Yanki angekläfft haben, in den Stall gesperrt. Man wird sich hüten, sie umzubringen; denn sie sind ein zu wertvoller Besitz.“ Trotz aller Rücksichtnahme und heute relativ innigen, auch neuerdings immer stärkeren verkehrstechnischen Verknüpfung — das mexikanische Telephonnetz hat jetzt Anschluß an das vereinsstaatliche, kanadische und kubanische erhalten — erkennt man aber sehr deutlich die Versuche der Rückversicherung in Mexiko nach verschiedenen Seiten hin. So bedürfen z. B. die mexikanischen Bahnen einer gründlichen Reorganisation und auch eines Ausbaus. Das mexikanische Geld reicht dazu natürlich nicht aus. Man wendet sich aber nicht etwa an den reichen Nachbarn, der nur zu gern hier seine Verkehrsklammern einschlüge; sondern der gefahrlosere Geldgeber wird in Erwägung gezogen. Mr. Heny Thomton, der Präsident der kanadischen Eisenbahnen, ist darum vor kurzem etwa vierzehn Tage lang auf den verschiedensten Strecken

herumgereist, um sich ein Bild darüber zu machen, wie weit es sich lohnte, kanadisch-englisches Geld hier anzulegen. Sehr deutlich hat ferner der Besuch zweier japanischer Kreuzer in Mexiko gelehrt, daß die alten Beziehungen zu der ostasiatischen Macht aufrechterhalten werden, die ein gewisses Gegengewicht gegenüber der Union darstellen sollen. Die amerikanische Hearstpresse munkelte bei dieser Geste von einem japanisch-mexikanischen Geheimvertrag. Vielleicht tut es aber ein einfacher Handelsvertrag auch. Besonders an der gesamten Westküste ist der japanische Einfluß im Handel (Drogen, Lebensmittel) recht groß. Neben diesen japanischen Beziehungen stehen die sehr wenig durchsichtigen Verknüpfungen zum Bolschewismus, die offiziell immer geleugnet werden, aber inoffiziell doch zugegeben werden müssen. Sie sind ein stark revolutionierendes Element im ganzen Lande und in Mittelamerika, das seine Angriffsrichtung gegen die Kapitalmacht der Union wendet. Viel offensichtlicher sind die Bindungen, die Mexiko mit dem übrigen Lateinamerika und auch mit Spanien pflegt. Es ist kaum in Abrede zu stellen, daß die Aufständischen in Nicaragua die offene Sympathie der Mexikaner haben. Besonders am „dia de la Raza“, dem Nationalfeiertag der lateinamerikanischen „Rassen“, soll, wie mir mein Gewährsmann mitteilt, nichts unversucht gelassen worden sein, um die Einheit der lateinamerikanischen Menschheit so nachdrücklich wie nur möglich zu betonen. Der argentinische Gesandte in Mexiko, der besonders beliebt ist, hat an dem Tage in der Universität einen Vortrag gehalten, um danach feierlichst von der Regierung mit einem Orden ausgezeichnet zu werden.

Als Verfechter lateinamerikanischer Angelegenheiten erschien ja gerade an mehreren Stellen in der letzten Zeit Argentinien, das sich in dem Sinne in Genf in der öffentlichen Sitzung des Sicherheitsausschusses gegen die Monroedoktrin gewendet hat. Der argentinische Delegierte erklärte dabei, daß die Monroedoktrin eine politische Erklärung der Vereinigten Staaten darstelle, die in den Anfängen des amerikanischen staatlichen Lebens, als es sich um den Widerstand gegen die heilige Allianz und die Wiedereroberungstendenz von Europa aus handelte, wertvolle Dienste geleistet hat. Dagegen sind aber die Schwierigkeiten nicht zu verkennen, die durch die heutige etwas einseitige regionale Auslegung durch die Union entstehen. Sie finde niemals die ausdrückliche Billigung der anderen amerikanischen Staaten. Gerade auf dieser Basis vermag sich vielleicht auch der von Genf aus angeregte Wiedereintritt Brasiliens in den Völkerbund vollziehen, über den freilich noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

HANS HISS:

AUTARKIE UND WELTWIRTSCHAFT

Wenn wir das Wesen der Weltwirtschaft mit Gerlach*) und Harms**) darin erblicken, daß sich die wirtschaftlichen Abhängigkeitsbeziehungen der Teilgebiete der Erde und der von ihnen umschlossenen Einzelwirtschaften über die ganze Erde erstrecken, dann können wir von Autarkie dann reden, wenn die gegenseitige Abhängigkeit der Einzelwirtschaften voneinander in der Deckung lebensnotwendigen Massenbedarfs, im Zwang zum Absatz der industriellen oder agraren Überschußprodukte, in der Notwendigkeit, Menschen abzustoßen oder heranzuziehen, Kapital anzulegen oder zu erhalten, sich auf ein Teilgebiet der Erde beschränkt. Diese Teilgebiete können nach geographischen oder politischen Gesichtspunkten unterschieden werden, woraus sich von der autarken Einzelwirtschaft an und mit einigen Zwischenstufen über die autarke Volkswirtschaft bis zum selbstgenügsamen Kontinent und Weltreich und schließlich den größten denkbaren Erd-Teilen gleichsam eine Skala von „Abhängigkeitskreisen" (Gerlach) ergibt. Wir wollen diese Teilgebiete hier danach unterscheiden, ob sie eine natürliche Autarkie oder nur eine willkürliche Autarkie erlauben. Natürliche Autarkie ist vorstellbar für Erdteile und Weltreiche, die geographisch vollständig sind, d. h. alle Klimazonen umfassen und daher bei genügender Durchforschung und Entwicklung von ihren Einzelwirtschaften keinen Verzicht auf die Deckung irgendeines lebenswichtigen Bedarfs verlangen. In allen anderen Teilgebieten der Erde, insbesondere in allen Volkswirtschaften, ist nur willkürliche Autarkie erreichbar, die auf Kosten der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Gebiete den Einzelwirtschaften Beschränkungen in der Deckung ihres Bedarfs auferlegt.

Die größten Teilgebiete, in die wir die Erde geographisch einteilen können, sind:

der amerikanische Kontinent,
der Komplex Europa-Afrika
und der Erd-Teil Asien-Australien.

In ihnen lassen die geographischen Gegebenheiten natürliche Autarkie zu. Am ehesten vorstellbar ist solche räumliche Begrenzung aktiver und passiver wirtschaftlicher Abhängigkeit der Wirtschaften voneinander für den amerikanischen Kontinent. Die wirtschaftsimperialistische Durchdringung Mittel- und Südamerikas durch die U. S. A. sowie ihr wirtschaftliches Eindringen in Kanada bezeichnen diese Entwicklung. Der Austausch tropischer Nahrungsmittel und Rohstoffe des Südens gegen die Industrieerzeugnisse des Nordens, die Kapitalhingabe des Nordens an den Süden machen einen

*) „Über Begriff und Stufe der Weltwirtschaft", im Jahrb. f. Nat.-Ök. u. Stat. 1918, 56. Bd. III, S. 385 ff. (Gerlach stellt hier in Auswertung eines Gedankens von Wiedenfeld ein System wirtschaftlicher Abhängigkeitsbeziehungen in der Welt auf.)

**) Siehe Art. „Weltwirtschaft und Weltwirtschaftsrecht" im Wörterb. d. Völkerrechts und der Diplomatie.

großen Teil des Wirtschaftslebens dieses Erdteils aus, aber nicht das ganze*). Abgesehen davon, daß der weiteren Verflechtung zwischen Norden und Süden die rassenmäßig begründeten nationalen Gegensätze vielfach hemmend im Wege stehen, bestehen noch lebenswichtige Beziehungen zu den anderen Kontinenten. Die Abhängigkeit der U. S. A., in ihren auswärtigen Kapitalsanlagen auf Europa (das seinerseits zur Überwindung der Kriegsfolgen auf das U. S. A.-Kapital angewiesen ist) und Asien überzugreifen — wenigstens solange die U. S. A. die Aufrechterhaltung hoher Zollmauern und eines stabilen Preisniveaus ohne weitere Goldeinfuhr miteinander vereinbaren wollen —, der Zwang, zur Abstoßung des industriellen Überschußprodukts immer stärker auch den asiatischen und europäischen Markt aufzusuchen, die Abhängigkeit des Südens von der Einwanderung und Arbeit europäischer Menschen und dem Absatz seines Überschusses an agraren Rohstoffen und Nahrungsmitteln (einschl. agrarer „Endprodukte": Gefrierfleisch!) auch in Europa kennzeichnen die eigentlich weltwirtschaftliche Verflochtenheit des amerikanischen Kontinents. Freiwillig nehmen die U. S. A. durch die Trockenlegung verstärkte erdteilsmäßige Abhängigkeit im Bezuge von Kaffee, verstärkte „weltwirtschaftliche" Abhängigkeit im Bezuge von Tee und Kakao auf sich. Vielfach erkaufen die U. S. A. die Aufrechterhaltung der hohen Löhne durch die Einwanderungsbeschränkung mit neuer Abhängigkeit von anderen Gebieten; ein gutes Beispiel hierfür ist die Verschiebung der Rohstoffgrundlage der Aluminiumindustrie aus dem eigenen Lande zu den Bauxitlagern in Guyana.

Betrachten wir den zweiten Erd-Teil, der natürliche Autarkie ermöglicht, Europa-Afrika, so hat die koloniale Durchdringung Afrikas durch Industrieeuropa zwar zu einer überwiegenden wirtschaftlichen Abhängigkeit Afrikas von Europa geführt, ohne jedoch Europa aus seiner weltwirtschaftlichen Ost-West-Verflechtung mit dem amerikanischen Kontinent einerseits und Asien-Australien andrerseits zu befreien. Es ist besonders daran zu erinnern, daß die wirtschaftliche Entwicklung der subtropischen Gebiete Amerikas von der Einfuhr der afrikanischen Menschen (Negersklaven) und die Entwicklung des agraren und industriellen Nordamerika von der Einwanderung europäischer Menschen (und von europäischem Kapital) abhängig war; beide „Wanderungen", die erzwungene wie die freiwillige, stellen im besten Sinne des Wortes weltwirtschaftliche Vorgänge dar. Es scheint, als ob sich heute eine Parallele hierzu anbahne, indem die wirtschaftliche Entwicklung der tropischen Gebiete Lateinamerikas und, noch stärker bereits in Erscheinung tretend, Afrikas abhängig wäre von der Einwanderung tropenklimagewöhnter Südasiaten, ebenso wie umgekehrt Südasien angewiesen ist auf die Abstoßung seines Menschenüberflusses in diese Gebiete.

Während sich im Wirtschaftsleben der Erdteile Europa-Afrika und Amerika die erdteilsmäßige Verflechtung, d. h. der wirtschaftliche Verkehr in Nord-Süd- bzw. Süd-Nord-Richtung deutlich abhebt, ist wegen der geographischen Zerrissenheit und der besonderen Bevölkerungsverhältnisse in Südasien eine ähnliche Entwicklung in Asien-Australien nicht eingetreten, zumal ein Bevölkerungsausgleich von Australien verhindert ist. Während Australien und Neuseeland auf Grund ihrer Entwicklung und politischen Zugehörigkeit sowohl in bezug auf Güter wie auf Menschen und Kapital sich in überwiegender weltwirtschaftlicher Abhängigkeit von England befin-

*) Siehe Collings, „Die Kapitalexpansion der Vereinigten Staaten in Lateinamerika". Jena 1926. Etwa 22 % des gesamten Außenhandels der U. S. A. entfielen 1926 auf Lateinamerika, 50 % bis zu 80 % des Außenhandels mancher lateinamerikanischer Staaten entfielen auf die U. S. A., von deren Auslandsinvestierungen mehr als 40 % in Lateinamerika erfolgten.

den, hat die Nichtindustrialisierung der gemäßigten Klimazone Asiens die weltwirtschaftlichen Beziehungen Südasiens (wozu in diesem Sinne alle nicht der Sowjetunion gehörenden Teile Asiens einschl. Japans rechnen) in die Ost-West-Richtung gedrängt. Und die weltwirtschaftliche Verflechtung in bezug auf Kapitaleinfuhr und Austausch der Rohprodukte gegen Industrieerzeugnisse besteht heute sowohl mit Europa wie mit den U. S. A., deren Anteil besonders durch die Kriegsentwicklung gewachsen ist.

Außer für die geographisch vollständigen und geschlossenen Erd-Teile können wir uns natürliche Autarkie vorstellen für das einzige auch geographisch „vollständige", wenn auch zerrissene Weltreich, das politische Gebilde des heute sog. „Commonwealth of British Nations", und die „Empire"-Politik geht seit Anfang unseres Jahrhunderts (mit „imperial preference" usw.) auch deutlich in dieser Richtung. Dennoch hat die rasche Entwicklung der Dominions zu politischer Selbständigkeit und einheitlichen Volkswirtschaften die Bildung einer solchen „partiellen Volkswirtschaftsgemeinschaft" (Harms) verhindert, wenn auch mit allen Mitteln britischer Propaganda — man denke nur an die jährliche Veranstaltung des „Empire-day" — vom Mutterland der Weg zum sich selbst genügenden Empire gefördert wird. Auch die jüngste Befassung einer Empireorganisation mit diesem Problem, die Tagung der „Federation of the chambers of commerce of the British Empire" in Kapstadt hat sich zur Vorzugsbehandlung der Teile des Empire untereinander bekannt, ohne aber im Zweifel zu lassen, „daß ein verhältnismäßig autarkes Empire, das Ideal Chamberlains im Jahre 1903, eine ökonomische Unmöglichkeit sei" *). Aber auch für England selbst genügt das Empire noch nicht zum Absatz seines industriellen Überschußproduktes, und aus politischen Gründen will es nicht auf Kapitalanlage auch in anderen Gebieten der Weltwirtschaft verzichten.

Alle anderen Teilgebiete der Erde — seien es Kontinente wie Europa oder Afrika, seien es Volkswirtschaften vom Ausmaß der U. S. A. und der Sowjetunion oder der Kleinheit der Schweiz — lassen schon auf Grund ihrer natürlichen Gegebenheiten, erst recht aber nach ihren Bevölkerungs- und Kapitalverhältnissen nur willkürliche Autarkie zu; und das bedeutet Verzicht auf wirtschaftliche Entwicklung, auf sonst mögliche Steigerung der Lebenshaltung mit allen ihren kulturellen Folgen. Kein Volk der Erde aber, wenn es einmal in das System des Kapitalismus einbezogen ist, will, noch kann es auf wirtschaftlichen Fortschritt verzichten. Wir sehen das Wirtschaftsleben der Welt von der im kapitalistischen System arbeitenden Dynamik getrieben in unaufhörlicher und immer rascherer Entwicklung begriffen, und ein Zurückbleiben auf einer einmal erreichten Stufe würde dem eigentlichen Wesen des Kapitalismus widersprechen. Und soweit die Maßnahmen der staatlichen Wirtschaftspolitik in den einzelnen Volkswirtschaften der Entfaltung produktiver Kräfte dienen, führen sie gerade auch zu einer Intensivierung weltwirtschaftlicher Beziehungen **), denn fast nie werden alle Produktionsfaktoren, Rohstoffe, Menschen und Kapital, in einem Lande genügend vorhanden sein. So betrachtet, dient auch die „Industrialisierung der Rohstoffländer", die nur ein Teil eines die ganze Welt allmählich durchlaufenden Prozesses ist, wenn sie auch durch ihr heftiges Auftreten infolge des Krieges besonders in die Augen fiel, der Zunahme weltwirtschaftlicher Verflechtung. Wenn man sich die Aufregung der alten Industrieländer über diesen Vorgang be-

*) Siehe den Bericht Schumanns im „Wirtschaftsdienst" vom 6. 1. 1928, S. 22.

**) worauf Eulenburg (s. „Die handelspolitischen Ideen der Nachkriegszeit" im Weltwirtschaftlichen Archiv, 25. Bd. 1927, bes. S. 101/03) eindringlich hinweist.

achtet, so ist man wirklich berechtigt zu fragen: Was ist „natürlicher": die Industriali-
erung Europas und der U. S. A. auf Grund ihrer Technik, ihrer Arbeitskräfte und
res Kapitals mit fremden Rohstoffen (Frachtkosten!), oder die Industrialisierung
er Neuländer mit den eigenen Rohstoffen und teils auch Menschen, aber mit fremdem
apital? — worauf Löwe*) unter Hinweis auf die Unnatürlichkeit des früheren
nglischen „Industriemonopols" gegenüber dem europäischen Kontinent hingewiesen
at. Die fortschreitende Industrialisierung der Rohstoffländer ist an ihrer Maschinen-
nfuhr aus den alten Industriestaaten abzulesen. Für diese kann sich aus diesem
ngewiesensein der Rohstoffländer auf den Bezug von Produktionsmitteln von ihnen
ine Verflachung ihres Konjunkturzyklus als Rückwirkung ergeben. Denn wenn der
rund zur Krise heute mehr als in der Übererzeugung von Endprodukten als in der
on Produktionsmitteln liegt, und die industrielle Entwicklung anderer Länder die Ab-
toßung dieser Übererzeugung in den „nichtkapitalistischen Raum" (in neomarxistischer
erminologie, besser wäre: weniger industrialisierten Raum) ermöglicht, so ist damit
ine besonders aussichtsreiche Bedingung für Abschwächung der Konjunkturausschläge
 den hochindustriellen Ländern gegeben.

So sehen wir, daß die wirtschaftliche Entwicklung der Volkswirtschaften zwar zu
mlagerungen der weltwirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnisse: von der Ausfuhr
dustrieller Endprodukte zur Ausfuhr von Produktionsmitteln, von der Rohstoff-
usfuhr zur Produktionsmitteleinfuhr, von der Menschenhereinziehung zur Absperrung
on Einwanderung (U. S. A.), von Kapitaleinfuhr über verstärkte eigene Kapital-
ildung zur Kapitalausfuhr (wieder U. S. A.) usw. usw. führt, aber im ganzen und
uf die Dauer ein immer engeres Netz weltwirtschaftlicher Verflechtung schafft.

Alle Teilgebiete der Erde befinden sich auf einer der Stufen weltwirtschaftlicher
bhängigkeit, die sich zwischen den Extremen eines wirklich autarken Teilgebiets
nd eines solchen mit „Angelerzeugung" **) (Monokultur) denken lassen. Ein völlig
utarkes Teilgebiet würde Beschränkung der wirtschaftlichen Abhängigkeit der in
m lebenden Einzelwirtschaften auf diesen Raum erfordern und ist heute nur noch
uf einer relativ sehr niedrigen Stufe der Entwicklung möglich, wie es ja auch noch
 Innerasien und Innerafrika einige nicht an die Weltwirtschaft angeschlossene Ge-
iete gibt. (Nebenbei ermöglicht „Autarkie" das Wirtschaften in einer eigenen „Preis-
phäre"; bekanntes Beispiel dafür ist Japan bei seiner Öffnung in der Mitte des
origen Jahrhunderts. Zunehmende Verflechtung in die Weltwirtschaft zieht in die
ier herrschende Preissphäre hinein und zwingt die Volkswirtschaften zur Annahme
es in der Weltwirtschaft herrschenden Währungssystems, heute der Goldwährung).
n genauen Gegensatz zu dem Fehlen weltwirtschaftlicher Abhängigkeit beim autarken
irtschaftsgebiet steht die vollständige Abhängigkeit bei Produktionseinseitigkeit***).
bgesehen von der Abhängigkeit von dem naturgegebenen Ausfall der Ernte ihres
rodukts sind diese Gebiete mit Monokultur nämlich einerseits mit dem Absatz ihrer
anzen Erzeugung auf dem Weltmarkt und andererseits für die Deckung allen Be-
arfs auf andere Länder angewiesen. Und tatsächlich sehen wir auch das Wirtschafts-
ben einer Reihe von Teilgebieten beherrscht vom Ergebnis eines Produktions-
veiges, so sehr man auch einen solchen Zustand vielfach durch neue Produktions-

*) Siehe „Chronik der Weltwirtschaft" im Weltwirtschaftlichen Archiv, 22. Bd. 1925, S. 1ff.
**) Siehe Harms, „Strukturwandlungen der Weltwirtschaft", im Weltwirtschaftlichen Archiv
27. 1. S. 39/40.
***) Siehe Kuske, „Die Bedeutung Europas für die Entwicklung der Weltwirtschaft". Köln 1924,
s. S. 37ff.

vielseitigkeit zu überwinden sucht. Andererseits sind gerade diese Produkte häufig Gegenstand einer neueren weltwirtschaftlichen Erscheinung geworden, die mit dem Schlagwort „Ausnutzung der Rohstoffmonopole“ gekennzeichnet wird, und die zu einer Verschärfung der weltwirtschaftlichen Abhängigkeit der Bezieher durch die Maßnahmen der Produzenten führt. Aber gerade der hierdurch bewirkte weltwirtschaftliche Druck wird bei dem Versuch zu seiner Überwindung ein starker Antrieb zur weltwirtschaftlichen Entwicklung neuer Wirtschaftsgebiete, wofür die Anlage von Kautschukplantagen durch die U. S. A. in Liberia und Lateinamerika in Abwehr des britisch-holländischen Kautschukmonopols das bekannteste Beispiel ist.

Entsprechend den hier vorgenommenen Unterscheidungen müßte man die wirtschaftlichen Beziehungen über die Grenzen der einzelnen Teilgebiete hinaus sinngemäß so trennen: innervolkswirtschftliche Abhängigkeitsbeziehungen von zwischenvolkswirtschaftlichen, diese wieder in innerkontinentale Beziehungen mit den Nachbarländern und den anderen Volkswirtschaften des Kontinents. Interkontinentale Beziehungen wären dann in der wirtschaftlichen Verflechtung mit dem geographisch als Ergänzung dienenden „Kontinent“: Europa-Afrika, Nordamerika-Südamerika zu sehen, die ihrerseits als innererdteilsmäßige zu charakterisieren wären. Und erst die wirtschaftliche Verflechtung zwischen den einzelnen Erdteilen würde eigentlich weltwirtschaftliche Beziehungen darstellen. Der Sprachgebrauch hat sich aber dahin entwickelt, das ganze System wichtiger wirtschaftlicher Beziehungen der Einzelwirtschaften, soweit sie über die Grenzen der Volkswirtschaften hinausgehen, als „weltwirtschaftliche“ zu bezeichnen.

Voll ausgebildete Weltwirtschaft wird dann bestehen, wenn die Einzelwirtschaften aller Teilgebiete der Erde in ihren wirtschaftlichen Beziehungen in eine derartige wechselseitige Abhängigkeit voneinander geraten sind, daß kein Teil ohne Verzicht auf Behauptung der einmal erreichten Stufe wirtschaftlicher Entwicklung und ohne Verzicht auf weiteren wirtschaftlichen Fortschritt diese Verbindung wieder aufgeben kann. Und wenn die Frage gestellt wird: Führt die Entwicklung des Wirtschaftslebens in der Welt zu „Autarkie“ der Teilgebiete oder zu „Weltwirtschaft“? — so lautet die Antwort: Wir meinen, daß des Weg zur Weltwirtschaft führt.

Franz Rassel:

GEOPOLITISCHE BINDUNGEN UND KRAFTQUELLEN DES FASCHISTISCHEN ITALIEN I

Die Wissenschaft bedient sich der Geopolitik zur Aufzeigung der geographischen Bedingtheiten staatlicher Entwicklung. Die Politik als „Kunst des Möglichen“ kann bei zielbewußter Führung auch diese Erkenntnisse fruchtbringend in ihren Dienst stellen.

Die geopolitischen Gegebenheiten Italiens sind in ihren Grundlinien allbekannt. Sie sind begründet in der Verteilung von Wasser und Land: Die langgestreckte Halbinsel mit ihrer unverhältnismäßig ausgedehnten Küstenentwicklung zwingt zur Berührung mit dem Meer und zum Wunsch nach seiner Beherrschung. Jene Gegebenheiten fußen weiter auf der Verteilung von Hoch und Niedrig in der Formengestaltung des Landes und im Grundplan des geologischen Baues: Das Rückgrat der Halbinsel ist der Kalkapennin, eine überwiegend unfruchtbare und unwohnliche Landscheide, in die die Kammern fruchtbarer Niederungen oft zusammenhanglos eingefügt sind. Endlich ist das Gesetz der Geopolitik hier in schärfstem Maße beherrscht vom Klima, das im alpennahen Norden die Entwicklung physiologischer Energien mitteleuropäischer Intensität gestattet und sich nach Süden hin immer stärker den lähmenden Einwirkungen des Orients nähert.

Auf diesen Grundlagen beruht die geschichtliche Entwicklung des Landes. Sie hat das Erbe hinterlassen, dessen Verwaltung den Lebenden obliegt. Zahlreiche verschieden geartete Volksstämme haben das reichgekammerte Land von Anbeginn an bevölkert. Die Ausbreitung der römischen Macht war zunächst gleichbedeutend mit dem Zusammenschluß der indogermanischen italischen Stämme in der Mitte des Landes; noch um 300 v. Chr. trennte der Tiber das lateinische Gebiet vom etruskischen Toskana, und erst mit dem zweiten punischen Kriege wurde die Poebene angegliedert und der Alpensaum erreicht. Die rücksichtslose Durchdringung der unterworfenen italienischen Gebiete durch Anlage von lateinischen bzw. später militärischen Kolonien gewährleistete den unaufhaltsamen nationalen Zusammenschluß des Landes.

Die Italiener teilen ihre Geschichte gern ein in die Zeiten des „ersten“, „zweiten“, „dritten“ und neuerdings sogar „vierten“ Rom. Das erste Rom ist das Imperium Romanum. Das zweite Rom ist die geistige und politische Vorherrschaft des päpstlichen Stuhles im Mittelalter. Das dritte Rom ist Neuitalien seit seiner „Auf-

erstehung“ (risorgimento) um 1860. Das vierte Rom tritt wieder mit den Zie
setzungen des Imperium auf: es ist das faschistische Italien.

Es ist hier nicht der Ort geschichtlicher Erwägungen. Aber auf den erste
Blick ist zu erkennen, daß jedem dieser vier Reiche von Rom ein besondere
unterscheidendes Merkmal anhaftet. Das antike Rom verdankte seine Macht de
ungeheuren Kraftentfaltung indogermanischer Einwanderer über ältere Völke
erst der Halbinsel, dann im ganzen mittelmeerischen Umkreis. Aber der dam
verbundene gewaltige Zustrom fremder Volksteile aus allen Teilen des Reiches ha
zuletzt den inneren Zusammenhalt unterhöhlt; und nachdem Meder und Ägypte
Gallier und Germanen die Civitas romana erwerben konnten, ist das weite Reic
gleichsam von den Randgebieten her aufgelockert und schließlich zerstört worden
Diokletian war ein Illyrer, Septimius Severus sogar ein Punier; aber nicht ers
die Militärkaiser haben durch die Heranziehung volksfremder Elemente in größ
tem Maßstabe das völkische Gefüge des Reichs und seine eigentlichsten Grund
lagen untergraben. Einheitlich legte sich eine großartige Zivilisation über ei
buntes Bevölkerungsmosaik. Noch heute ist der Begriff der razza italiana gleich
bedeutend mit dem „genio latino“ und steht den völkischen Fragestellunger
anderer Länder asymptotisch gegenüber.

Aus dem ersten Rom mußte das zweite notgedrungen hervorgehen. Dem An
sturm unverbrauchter germanischer Völker erlag der politische Zusammenhal
des Imperium Romanum. Aber die überlegene Zivilisation, befruchtet von grie
chischer Kultur und den neuen Kraftströmen des Christentums, unterjochte nich
nur die politischen Eroberer, sondern bediente sich ihrer zu einer gewaltige
geistigen Expansion weit über die Grenzen des alten Imperium hinaus. Hier, a
der Grenze zwischen Mitteleuropa und dem Orient, ist das päpstliche Rom noc
jahrhundertelang der Mittelpunkt der Welt geblieben.

Dann aber ist die Kontinuität unterbrochen. Geistig brach die lutherische Refor
mation die Alleinherrschaft der Kirche. Und zur gleichen Zeit verlor das Mittel
meer durch die großen Entdeckungsfahrten und die durch diese eingeleitete
weltpolitischen Umlagerungen seine Mittelpunktslage. Es wurde ein toter Winkel
und in den Duodezstaaten des italienischen Landraumes, die teilweise als Sekundo
genituren den neuen Großstaaten verbunden waren, teilweise in örtlich beschränk
tem Provinzialismus erstarrten, kam keinem Teilgebiet, auch nicht dem „ewigen“
Rom besondere Bedeutung zu.

Und doch ist das alte lateinische oder großrömische, eigentlich italienisch
Zusammengehörigkeitsgefühl zu elementarem Durchbruch gelangt, als die fran
zösische Revolution das Ideal der Völkerbefreiung erweckt hatte. Das deutsch
Sehnen nach staatlicher Einheit „soweit die deutsche Zunge klingt“ findet gleich
zeitig sein Gegenstück im Befreiungskampf Griechenlands wie in dem unaufhalt
samen Einigungsdrang der Italiener. Das System der Sekundogenituren hatte i

Italien nicht zur Entstehung volkstümlicher dynastischer Überlieferung geführt; Bourbonen und Habsburger waren als fremde Unterdrücker gleichermaßen verhaßt. Nur so erklärt sich der wunderbare Siegeszug des bodenständigen Hauses Savoyen, während es in Deutschland zunächst nicht zu mehr als einem bundesmäßigen Zusammenschluß souveräner Einzelstaaten kam.

Mit der staatlichen Einigung hatte das dritte Rom freilich sein Ziel und seinen Inhalt erreicht. Ein Imperium im alten Sinne kam weder politisch noch geistig mehr in Betracht. Es entstand so eine Art von politischem Sättigungszustand, wobei eine zufriedene Selbstüberschätzung doch immer mit einem gewissen unsicheren Unselbständigkeitsgefühl verbunden blieb, eingedenk der mächtigeren Nachbarn und der entscheidenden Rolle, die fremde Einwirkungen auch bei der Entwicklung der italienischen Einigung gerade in kritischen Augenblicken gespielt hatten. Man bedurfte der politischen Anlehnung und fand sie, nachdem die Freundschaft mit Frankreich durch die schmerzlichen Verstümmelungen der Westgrenze wie durch die Wegnahme des „italienischen“ Tunis erkaltet war, bei dem östlichen Nachbarn. Es war eine Vernunftehe, bei der die innige gegenseitige Abneigung gefühlsmäßig nie erloschen ist. So wirkte die Tat, welche das dritte Rom erstehen ließ, gleichzeitig sich dahin aus, daß eben diesem dritten Rom ein wesentliches staatserhaltendes Moment fehlte: selbstsichere und zukunftsfreudige Tatkraft.

Aus diesem Zusammenhang heraus ist die „Treulosigkeit“ zu beurteilen, die Italien beim Ausbruch des Weltkrieges zum Abfall von seinen Verbündeten bewog. Auch in der Politik kann Zu- und Abneigung spontan über die klügsten Vernunftgründe entscheiden, wenn Fragen des Zusammengehörigkeitsgefühls auf dem Spiele stehen. Es fehlt auch in Italien nicht an Leuten, die die Politik von 1915 als unmoralisch empfunden haben. Aber Politik und Moral wird außerhalb von Deutschland selten in ursächlichen Zusammenhang gebracht: der Erfolg entscheidet. Er hat in der italienischen Frage entschieden, und es wird keinen verantwortungsbewußten italienischen Politiker geben, der den „unmoralischen“ Akt von 1915 heute auch nur bedauern wird. Wollte sich Deutschland demgegenüber in den Schmollwinkel stellen, so würde es von italienischer Seite wohl nie daraus hervorgeholt werden.

Der Schützengrabengeist hat den Faschismus erzeugt. Man sah plötzlich ein neues, großes Ziel in erreichbarer Nähe: die Vereinigung der „unerlösten“ Brüder jenseits der alten österreichischen Grenze mit dem eigenen Staat. Die Idee erzeugte neue Energien. Der Ausgang des Krieges zeigte Italien freilich noch einmal drastisch in seiner unselbständigen und innerlich unfreien Lage. Der Mohr hatte seine Schuldigkeit getan und konnte gehen; von getreuer Erfüllung aller schönen Versprechungen war keine Rede. Wohl kam Südtirol und Istrien zu Italien, nicht aber Fiume, nicht das ganze italienische Gestade von Dalmatien,

Albanien mußte geräumt werden, und aus der Erbmasse der Türkei fiel statt dem verheißenen Gefilde von Pamphylien nur das ganz wertlose Inselchen Castellorizzo den Italienern zu. Und zu allem erklärte man plötzlich in Nordamerika, wohin vordem Hunderttausende von Italienern ausgewandert waren, diese Einwanderung für unerwünscht und schlug dem übervölkerten Lande rücksichtslos die Tür vor der Nase zu*). Der Rückschlag in der allgemeinen Volksstimmung wurde von dem kommunistischen Propaganda geschickt und mit Erfolg ausgenutzt, und die liberale Vorkriegspolitik Giolittis erlitt mit ihrem Grundsatz des Laisser-aller endgültig Schiffbruch. Aus den Wirbeln, die das dritte Rom in den Abgrund des Bolschewismus zu reißen drohten, erstand der Faschismus.

Das vierte Italien steht erst am Anfang. Man kann darüber noch kein abschließendes Urteil abgeben. Parteidoktrin und ideologische Schwärmerei in einer oder der andern Richtung trübt den meisten Beobachtern des Auslandes den Blick. Von der Parteien Gunst und Haß verwirrt, schwankt das Bild des Faschismus wie seines Führers im zeitgenössischen Urteil. Hier soll keine Stellung genommen und keine Partei ergriffen, sondern nur versucht werden, der grundsätzlichen Einstellung und Zielsetzung des vierten Rom gerecht zu werden, soweit das aus eigenster Erfahrung im Lande selbst möglich ist. Die Wahrheit gilt niemand zuliebe und niemand zuleide.

Über die innenpolitischen, tiefgreifenden Umwälzungen, die der Faschismus für Italien mit sich gebracht hat, ist an anderer Stelle gesprochen worden**). Hier sei nur zum Verständnis der Gesamtlage betont, daß der tiefste Beweggrund ursprünglich war, die Opfer des Krieges nicht umsonst sein zu lassen und sich endgültig zu befreien von jener unwürdigen Abhängigkeit von anderen Mächten, die für das dritte Italien so bezeichnend war. Italien soll sich nicht damit begnügen, ein Museum für die Fremden zu sein; es soll Großmacht aus eigener Kraft werden; es soll sein Geschick selbst in Händen haben und, anstatt von anderen beherrscht zu werden, selber über andere Einfluß zu gewinnen suchen. An Stelle der politisch kannegießernden Eigenbrötelei und unsicherer Zerfahrenheit tritt die Unterordnung des einzelnen wie der Gesamtheit unter den Willen der Regierung, die durch Mussolini persönlich verkörpert ist. Die leitende Idee ist diejenige eines neuen Imperialismus durch die Vormachtstellung Italiens im Mittelmeer. Bewußt knüpft man an die Überlieferung des ersten Rom wieder an. Dem Temperament des Südländers entspricht es dabei, mit starken Worten sich selber von Zeit zu Zeit Mut zu machen und die Begeisterung stets neu anzufachen; und wenn im Ausland solche bombastischen Töne gern als bramarbasierend lächerlich gemacht werden, so weiß der Kenner, wie sehr gerade diese Äußerlichkeiten den Instinkten

*) Die heutige Jahresquote der italienischen Einwanderung nach den Vereinigten Staaten beträgt nur rund 6000 Personen!

**) Fr. Rassel, Zur Innenpolitik des faschistischen Italien. Preuß. Jahrb. CCX/3, 1927, S. 289.

er Masse zutiefst nahekommen. Das gleiche gilt von theatralischen Anordnungen vie jener Umtaufe verschiedener Städte, die den bisherigen, seit Jahrhunderten ingebürgerten Namen mit einer der antiken angenäherten Bezeichnung verauschen müssen (Fidenza für bisher Borgo San Donnino, Agrigento für bisher Girgenti usw.). Es gilt ja auch von der Einführung des „römischen" Grußes und enem angeblich antiken Heilruf des „eia alalà", über das der Ausländer meist erständnislos den Kopf schüttelt.

Das „l'Italia farà da se", vor dem Kriege allzu leicht mit dem Fluch des Lächerlichen behaftet, soll nunmehr Wirklichkeit werden. Der neue Imperialismus hat sich keine Grenzen gesteckt und ist gern geneigt, seine Mission dahin u erweitern, daß „am faschistischen Wesen die Welt genesen" soll.

Der Wille und die Energie des Führers sorgt dafür, daß es nicht bei den Redensarten bleibt. Der rücksichtslos durchgeführte Grundsatz der Disziplin und Unterordnung verbürgt dafür, daß die von oben gegebenen Befehle auch ausgeführt werden. Zwischen Theorie und Praxis klafft nicht mehr der in Italien cheinbar nicht zu überbrückende Gegensatz von ehedem. Das System der „uniarischen und autoritativen Konzentration" gibt der von keinen parlamentarischen Zufälligkeiten und keiner Parteigunst mehr abhängigen Regierung die Möglicheit, ein Programm auf weite Sicht aufzustellen und beharrlich durchzuführen. Bleibt das System, so ist kein Zweifel, daß seine Ziele in absehbarer Zukunft wangsläufig und weitgehend erreicht werden.

Auch das faschistische Italien kann die geopolitischen Gegebenheiten nicht ndern. Aber im Gegensatz zu der bisherigen Übung findet es sich nicht resigniert ls mit etwas Unvermeidlichem damit ab, sondern sucht sie produktiv in den Rahmen seiner imperialistischen Bestrebungen einzuspannen.

Es ist bekannt, daß das außenpolitische Programm des Faschismus im Laufe ler Jahre erheblich bescheidener geworden ist. Zuerst war von Nizza und Malta, on Tunis und Korsika, vom Tessin und Dalmatien die Rede. Man mußte sich rst verschiedene recht eindeutige Aufklärungen von den beteiligten ausländischen Staaten sagen lassen, ehe man lernte, daß die innenpolitisch unentbehrlichen großen Worte dem Ausland gegenüber vollkommen verfehlt waren. Daß man ber die Ziele nicht aus dem Auge verlor, wenn man auch nicht mehr öffentlich lavon redete, kann nicht zweifelhaft sein. Nur sah man ein, daß mit der Methode ler Einschüchterungsversuche nichts zu erreichen, ja sogar vieles zu verderben var; und man war ja ungebunden genug, um sich methodisch gründlich umtellen zu können.

Das faschistische Italien fand ein recht schwieriges Erbe vor. Die geopolitischen Bindungen konnten nicht ohne weiteres geändert werden; gegenüber der Vorkriegszeit befand man sich nur insofern im Vorteil, als der neue jugoslawische Nachbar an der Ostgrenze bei aller leidenschaftlichen Feindschaft doch als mili-

tärischer und politischer Gegner erheblich weniger gefährlich war als die einstig
österreichisch-ungarische Großmacht. Dagegen mußten sich die Beziehungen z
Frankreich notwendigerweise in dem Augenblick verschlechtern, als das Problem de
einstigen österreichischen Irredenta gelöst war. Die nordamerikanische Einwande
rungssperre gestaltete das Bevölkerungsproblem besonders schwierig. Die Wirt
schaftslage ließ angesichts der Kriegsverschuldung, bei der die Amerikaner alle
noch so beweglichen Überredungsversuchen zu einer „moralischen“ gegenseitige
Aufrechnung ein taubes Ohr entgegensetzten, den Wunsch nach einer Befreiun
von ausländischen Fesseln mehr als je zuvor fast aussichtslos erscheinen.

Die faschistische Politik hat das Übel bei der Wurzel gefaßt und eine Heilun
von derjenigen Seite her versucht, die gerade in Italien die dauerhafteste Grund
lage zu bieten versprach. Was war doch der Anlaß, warum das unbegreiflich
Deutschland, das man doch überwiegend nur aus Furcht haßte und heimlich s
sehr bewunderte, trotz des Verlustes eines Krieges gegen die ganze Welt sich s
erstaunlich rasch wieder zu einem maßgebenden Faktor des europäischen Ge
schehens entwickelte? Worin lag die offensichtliche innere Schwäche Frankreichs
das einen nur mit fremder Hilfe errungenen Sieg mit krampfhaft überspannten
Militarismus aufrechtzuerhalten suchte und bei jeder Gelegenheit seine Angst um
die eigene Sicherheit bekundete? Warum war es für Spanien nur mit französische
Hilfe möglich, auch nur das schmale marokkanische Gegengestade zu halten?

Der Sinn für die nüchterne Wirklichkeit der Tatsachen, der den Italienern vo
jeher eigen war, ließ den Leiter des vierten Rom erkennen, wie sehr auch im
Leben der Völker die Gesetze der Schwerkraft eine unabänderliche Geltung haben
Jeder große und schwere Körper wirkt automatisch anziehend auf seine kleineren
und schwächeren Nachbarn. Der Leiter der italienischen Politik hat das dyna
mische Grundprinzip eines erfolgreichen neuen Imperialismus klar erkannt.

Wenn Italien als selbständige Großmacht Geltung erlangen will, muß es vo
allem danach trachten, erst einmal selber die nötige „Schwerkraft“ zu erlangen
Langsam, aber unaufhaltsam ist die italienische Politik dahin gelangt, den Fragen
der Bevölkerungspolitik das Primat zu geben und ihr ganzes Programm auf di
sozialpolitische Dynamik abzustellen. War die Auswanderung verstopft — um s
besser. Man löste das bisherige Auswanderungskommissariat auf und stellte den
aller bisherigen Übung entgegengesetzten Grundsatz auf: nur nach jenen Gebieten
sollen die Italiener künftig auswandern, die auch politisch zu Italien gehören
damit sie dem Staat erhalten bleiben. Das war schon deswegen notwendig, wei
die recht starke Auswanderung nach Südamerika in großem Umfange zu eine
Assimilation der Auswanderer mit der artverwandten spanischen oder portu
giesischen Kolonialbevölkerung geführt hatte. Durch Erteilung oder Verweigerun
der Pässe und Ausreiseerlaubnis ist man jederzeit in der Lage, den Strom de
Auswanderer einzudämmen oder wenigstens in die gewünschten Bahnen zu lenken

enn wenn die Auswanderung nach Übersee unterbunden oder jedenfalls äußerst ngeschränkt ist, so liegen doch für die Randgebiete des Mittelmeeres die Verältnisse anders.

Die Folgen dieser Entwicklung liegen insofern schon klar zutage, als Italien in en letzten Jahren jährlich einen reinen Bevölkerungszuwachs von fast $^1/_2$ Million ufweist und als Staat die Gesamtzahl von 40 Mill. längst überschritten hat. ahlenmäßig hat es also Frankreich bereits überflügelt; aber noch ist dessen ynamischer Druck überlegen durch die Kräfte seines gewaltigen Kolonialreiches. ber man sieht, wohin die Entwicklung zielt.

* * *

IE NEUE HEBRIDEN-INSELGRUPPE IM STILLEN OZEAN I

und ihr britisch-französisches „Kondominium"

Ihr Entdecker, der spanische Erdumsegler de Quiros, der im Jahre 1606 auf er größten Insel der Gruppe landete, nannte sie im Glauben der Auffindung ines großen, damals schon vermuteten Festlandes, des später entdeckten Austraens, Tierra Australe del Espiritu Santo. Eine Ersatzexpedition zur Ablösung der uf Santo zurückgelassenen Kolonne soll bei der Umseglung Südamerikas zurunde gegangen sein. Erst 162 Jahre später taucht der Name in der Forschungseschichte wieder auf, als der Franzose de Bougainville im Jahre 1768 die Inselruppe durchkreuzte. Näher bekannt jedoch wurden die Inseln erst um 1773 bis 776, nachdem Kapitän Cook von Australien aus auf seiner dritten Südseefahrt ine Vermessung ausgeführt hatte und die zahlreichen größeren und kleineren nseln als Gruppe unter dem Namen „Neue Hebriden" zusammenfaßte.

Sowohl de Bougainville als auch Cook gaben den Inseln unter dem Eindruck er Massenerkrankungen ihrer Besatzungen und wegen der Feindlichkeit der tark vertretenen Kannibalenstämme, einen schlechten Ruf, zumal die Eingeborenen us Melanesiern bestehend, jedoch auf verschiedenen Inseln von polynesischen und ersprengten malayischen Mischlingen abstammend, ihrer ausgeprägten Rassennterschiede halber auch untereinander häufig in Fehde lagen und besonders zu eiten schwacher Taro- und Brotfruchternten in ständiger Beunruhigung der nseln ihre Einfallkriege führten. So kam es, daß sowohl Franzosen wie Enginder fast ein Jahrhundert lang kein Interesse für Kolonisierung oder Besitzrgreifung bekundeten, obschon sich inzwischen die Franzosen im benachbarten, limatisch günstigeren Neu-Kaledonien und die Engländer in Fiji niedergelassen atten. Statt dessen wurden die idyllischen Inseln in ihrer schutzlosen Abgelegeneit der unbehinderte Jagdgrund des Abschaums weißer Abenteurer, bis sie endch wegen der Ausschreitungen jener Elemente, die sich unter den Sandelholz-

suchern und Arbeiterwerbern für Queensland breitmachten, unter die Lupe der Missionsgesellschaften gerieten.

Die ersten Missionare, vom benachbarten Neu-Kaledonien entsandt, waren französische Katholiken, etwa um 1840, denen fast unmittelbar die englischen Missionare der Presbyterianer und Melanesier folgten; später erst die der Kirche Christi, der Adventisten und der Heilsarmee. Wohl in keinem anderen Kolonialgebiet haben die Missionen derart tatkräftig wirken können und müssen, als gerade hier, doch es ist eine beschämende Ironie des Schicksals, daß ihre Tätigkeit in Bekämpfung des Kannibalismus und Unglaubens jahrzehntelang zurücktreten mußte hinter die dringlicheren Maßnahmen zum Schutze der Wilden wider die Ausschreitungen der eignen weißen Rasse. Da somit von Anbeginn an, den unbotmäßigen Verhältnissen entsprechend, den Missionen eine mehr weltliche Ordnungsrolle als Betätigung zufiel, so ist es begreiflich, daß sie sich schnell als ungewünschte Beobachter ihrer Exzesse mit den allzu vielen Minderwertigen der Weißen in Gegensatz brachten. Jene Elemente rekrutierten sich zumeist aus der benachbarten Sträflingskolonie Neu-Kaledonien, sodaß den englischen Missionen, die den Ordnungskampf am radikalsten führten, weniger eigene Landsleute als besonders Franzosen gegenübertraten. So brachten sich nicht allein Recht und Schlecht in Widerstreit, sondern auch im wechselseitigen Nichtverstehenkönnen ihrer Psychologie die ausgeprägten Gegensätze beider Nationalitäten. Die ebenso trennenden Gegensätze der englisch-presbyterianischen und französisch-katholischen Missionen untereinander in konfessioneller Beziehung vermochten im Zeitalter des Puritanismus, des Dogmas und der Intoleranz den parallellaufenden nationalen Kampf nicht zu neutralisieren. Und so wurde schon damals, weit zurückliegend, der Keim der nationalen Kontraverse gesät, die heute bereits in beiden Lagern zur Überlieferung geworden ist. Daran hat auch die Waffenbrüderschaft der Neuzeit nichts ändern können, höchstens im Sinne neidischer Verschärfung. Hie französich, hie englisch! war schon deutlich die Parole in den achtziger Jahren, besonders, seit den Missionen immer mehr Kolonisten als Pflanzer oder Händler gefolgt waren. Daß jene national antagonistische Propaganda auch die Gemüter der Eingeborenen in Verwirrung brachte und ihre Sympathien in feindliche Lager teilte, war unvermeidlich. Verspätete persönliche Dämpfungsversuche auf beiden Seiten der Missionen verfehlten die Wirkung ihrer Aufrichtigkeit; außerdem dürfte die Ansicht, daß die Presbyterianer dieser Versöhnung mit rhetorischer Kühle gegenüberstanden, wohl zutreffen. Ungeachtet der Verbrüderungspredigten beschuldigten sie in ihrem Bemühen, die englische Regierung zum Einschreiten zu bewegen, die Katholiken, daß sie das Treiben der französischen Abenteurerelemente mit der Beschönigung ignoriert hätten, ihre Mission gelte lediglich der Bekehrung der Eingeborenen selbst. Es dürfte wohl eher zutreffen, daß die geistig internationaler eingestellten

atholischen Missionare zur Vermeidung weiterer Verschärfung der nationalen Gegensätze ihre Einmischung auf das Mindestmaß zurückschraubten, allerdings ehr im Gegensatz zu den heftig propagierenden französischen Kolonisten. Auch varnte die katholische Mission nach wie vor die französische Regierung, daß die Bevormundung seitens der Presbyterianer ein offenkundiger Versuch politischer Durchsetzung sei; ihre ganze Tätigkeit dokumentiere sie als Vermittler des poliischen Endzweckes, indem sie sich durch starke finanzielle Förderung mißorauchen ließen, als religiös verkappte Pioniere englisch-wirtschaftlicher und nationaler Vorarbeit aufzutreten. Wie auch immer, die äußerst segensreiche Führung ler Presbyterianer in Bekämpfung der weißen Schmach, damals so gut wie ieute, macht diese Bevormundung verständlich, ohne dadurch den Vorwurf ihres politischen Endzweckes aufzuheben; derselbe ist offenkundig. Offenkundig jedoch nicht minder ist, damals so gut wie heute, daß trotz ihrer numerischen Überegenheit die Franzosen nicht der geeignete Anwalt dieser Inseln sind ınd sein können. Die Kolonialgeschichte beweist, ähnlich wie bei Portugiesen ınd Spaniern, daß die Franzosen nicht Kolonialwirtschaft, sondern Kolonialluxus ohne Berücksichtigung der individuellen Landes- und Lebensinteressen seiner Einwohner betreiben, während die Engländer, wenn nicht aus kulturellen Bedürfnissen, so doch aus kulturell wirtschaftlichen Erwägungen ihre eigenen Auswertungsbestrebungen mit den Existenzforderungen der Einheimischen in Einklang zu bringen versuchen und dort, wo sie säen und ernten, auch düngen.

Die vorerwähnten Reibereien während der achtziger Jahre erheischten und eitigten schließlich eine Verständigung zwischen England und Frankeich zum Schutze ihrer wachsenden Interessen und zur Vermeidung von Zwischenfällen, indem im Jahre 1888 das Inselgebiet unter die Aufsicht einer gemeinsamen Marinekommission gestellt wurde. Der Einwirkung beider Kommissare gelang es, zuerst einmal die konkurrierenden Missionen zu einer vereinbarten Abgrenzung ihrer Wirkungsfelder zu bestimmen. Dies hatte auch zum Frieden der Eingeborenen seinen Segen. Indessen die Kontrolle konnte in Anbetracht der weiten Verstreuung der vielen Inseln nur oberflächlich und unregelmäßig ausgeführt werden. Zudem vereitelte die gegenseitige Rücksichtnahme der Kommissionsmitglieder untereinander in Fragen der Jurisdiktion manches notwendige Einschreiten, was um so dringlicher wurde, je mehr neue Kolonisten ins Land kamen. Das Verhalten derselben in Angelegenheiten des Landerwerbs und der Rekrutierung eingeborener Arbeiter, besonders für die neu angelegten französischen Kaffee- und Kakaoplantagen, war immer eigenmächtiger geworden. Besonders zweifelhaft sollen die Landerwerbsmanipulationen der französischen Neuen Hebriden-Gesellschaft gewesen sein, die die besten Inselgebiete ihr Eigen nennt, selbst aber so gut wie nichts unternahm, sie auszuwerten. Diese und ähnliche Transaktionen verursachten dann zahlreiche und eindringliche

Beschwerden bei der Marinekommission, die sich, ohne in das nationale Wespen-nest zu stechen, natürlich außerstande sah, Genugtuung zu geben. Prüfungen jedoch ergaben, daß von der Gesamtfläche der etwa 3 1/2 Mill. Acker Landes die wenigen Dutzend Pflanzer und Plantagengesellschaften 2 1/2 Mill. des besten Gebietes ohne Grundbuchunterlagen für sich reklamierten, während den damals noch lebenden 70 000 Eingeborenen kaum eine Million für ihre Siedlungen und Gärten verblieb, von der mehr als die Hälfte wegen zu niedriger Humusschichten und da an steilen, exponierten Küstenhängen gelegen, als wertlos gelten mußte. Die presbyterianische Mission machte sich zum Vermittler dieser und manch anderer nur zu berechtigter Reklamationen der Eingeborenen. Daß sich diese Klagen fast ausschließlich gegen die Franzosen richteten, entsprach durchaus der Wirklichkeitslage. Die Ausnutzung, Mißhandlung und verkappte Versklavung der Eingeborenen ist bis in die neuere Zeit eine den Eingeweihten unleugbare Tatsache, die in ihrer Auswirkung um so schmachvoller ist, da sie von den französischen Beamten mehr zugedeckt als bekämpft worden ist. Daß dies natürlich nicht die bewußte Sanktion des französischen Volkes und seiner leitenden Regierungsstellen selbst besaß, dürfte zur Ehre der französischen Nation als selbstverständlich vorauszusetzen sein. Die eigentliche Schuld trifft die Verantwortungslosigkeit und Indifferenz zum Teil völlig ungeeigneter und fragwürdiger Beamter, in ihren unteren Chargen aus dem nicht gerade rühmlichen Neu-Kaledonien selbst bezogen, während die oberen Beamten, sich stets in kurzer Folge ablösend, kaum Zeit finden konnten, den Abgrund der Mißstände abzumessen. Außerdem hütete man sich, einen Zolatyp mit dem Mut des j'accuse zu deligieren. Als Karriere-Übergangsstadium entsandte man nach Port Vila Herren ausgesprochener Gesellschaftsbürokratie mit dem Bedürfnis und dem Weisungsprogramm der Wahrung des französischen Prestiges um jeden Preis. Den Augiasstall reinigen zu wollen, hieße vor der Welt die antifranzösischen Angriffe unterstützen und das moralische Vorrecht auf die Inseln preisgeben. Daß den französischen Beamten ihre Arbeit wiederum ungemein von den Presbyterianern erschwert wurde, ist zu berücksichtigen. Letztere benutzten, wennschon sie es energisch ableugneten, immer wieder ihre Vormundschaftsstelle bei den Eingeborenen, diese von Arbeitskontrakten bei französischen Pflanzern fernzuhalten, so daß dieselben im Durchschnitt kaum ein Drittel der benötigten Arbeitskräfte erhielten. Auf diese Weise gingen große, wertvolle Erntebestände verloren und viele Plantagen allmählich ganz zugrunde. Dieser Notstand ihrer Landsleute war freilich angetan, den französischen Beamten den objektiven Blick zu trüben. Durch nationale und menschliche Sympathien mit den Notleidenden verbunden, hielten sie die englischen Beschwerden für Verleumdungen und, wo sie dennoch zu deutlich bewiesen waren, für Ausbrüche der Existenzverzweiflung ihrer durch den Boykott der Schwarzen an den Rand des Bankrotts gebrachten Brüder. Dies

llein dürfte den Anspruch erheben, im Bemühen Ursache und Wirkung psycho-
ogisch zu verbinden, die französische Schuld und die sentimentale Mitschuld
hrer Regierungsvertreter und Beamten gefühlsmäßig ihrer Brutalität zu entklei-
en. Alles verstehen, heißt alles verzeihen, erzeugte somit jene typisch französische
ndifferenz in Dingen eigener Schwäche und Minderwertigkeit.

Djamal Udin:

ZUR KULTURPOLITIK INDONESIENS II

Der Islam

Die Ausbreitungszüge des Islams in dem malaiischen Archipel verquicken sich
m Anfang in gewissem Umfang mit der Handelspolitik der schon mohammedani-
erten Vorderindier, erst später kamen die hadramautschen Araber.

Die islamitische Kultur ist in ihrem Wesen gar nicht östlich, denn ihre Wurzel
t ungefähr dieselbe wie die des Christentums. Ernst Troeltsch betont, daß die
rundlagen der islamitischen Kultur aus den folgenden Urgewalten bestehen:

1. Der alte Orient.
   a) Semitischer Prophetismus,
   b) jüdische Gesetze,
   c) persischer Dualismus und Eschatologie,
   d) babylonisch-magische Weltanschauung und bürokratisch-absolutistische Staatsform.
2. Hellenismus.
3. Christentum.

Der Koran und die Fikhscholastik ist eine wunderbare Verknüpfung von Hu-
nanismus und Rationalismus und steht dem Westen näher als dem Osten,
wenigstens seine exoterische Seite.

Groß sind die Einflüsse griechischer und römischer Kulturelemente in byzan-
nischer Gestaltung auf die Ausbildung der mohammedanischen Geisteswissenschaft
Fikh). Gewiß hat die aristotelische und sokratische Philosophie eine nicht geringe
eltung für die Entwicklung der islamitischen Philosophie und Dogmatik.

Die Askese lehnt der Islam entschieden ab, und im Pantheismus und der
leiligenverehrung hat er immer eine arge Ketzerei erblickt. Im Gegensatz zu
er Kastenauffassung der Hindus predigt Mohammed die Gleichheit aller Recht-
läubigen ohne Unterschied des Standes, Stammes und der Rasse...

Es ist deshalb nicht zu verwundern, daß mit der Einwanderung der Araber
uch „eine Umwertung aller Werte“ stattfand, weil der Islam Träger eines ganz
usgesprochen demokratischen rationalistischen Geistes ist. Das Auftreten der

Araber bedeutet also eine soziale Revolution, welche später mehr genährt wurde und heute noch wird, durch einen anderen Kulturstrom, nämlich die west-europäische Zivilisation.

Freilich entstanden durch die scharfen Gegensätze zwischen Hindu und Islam unvermeidlich Zusammenstöße der alten und neuen Ideen. Der Untergang des mächtigen hindu-buddhistischen Reiches Madjapait fällt zusammen mit dem Emporwachsen des islamitischen Staates Mataram (1600 n. Chr.).

Offenbar als Reaktion auf den bahnbrechenden rationalistischen Geist des Islams fand die Mystik sicherlich das überreiche Verständnis der tiefsinnigen religiösen Hindus große Verbreitung in Indonesien, ähnlich wie ja auch in Indien in gleicher Zeit.

Die alten Religionsvorstellungen und Gebräuche haben sich einerseits durch den Islam umgebildet, anderseits sind in dieser Umgestaltung aber auch wichtige Bestandteile des volkstümlichen Islams geworden.

Die ursprüngliche starr monotheistische Lehre des Islams nimmt hindu-indonesische volkstümliche Festgebräuche in sich auf. Diese Tatsachen kann man überall im Archipel wahrnehmen. Aus heiligen Orten wurden Heiligengräben und die Reste des alten animistischen Stein- und Baumkultus des Malaio-polynesiers haben sich im Hinduismus und Islam erhalten.

Der Prozeß der Nivellierung, des Utilitarismus beginnt etwa 1200 n. Chr. Der große Erfolg des Islams läßt sich dadurch erklären, daß der Indonesier ursprünglich keine Kasteneinteilung gekannt hat und deshalb instinktiv neue soziale Bildungen suchte, wenigstens soweit es den schrankenlosen Bedürfnissen im sozialen Leben entgegenkam.

Die früheste oben erwähnte soziale Gliederung weist ja schon in diese Richtung.

Mit einem Streich wurde das Kastenwesen vernichtet und der Mensch individuell gegenüber Gott gestellt. Sehr rasch hat der Islam in Indonesien Fortschritte gemacht: als Marco Polo im Jahre 1292 Sumatra bei seiner Rückkehr besuchte, berichtete er, daß Nordsumatra noch heidnisch sei, aber bereits im Jahre 1297 wurden dort die ersten Grabdenkmale für die ersten islamitischen Fürsten errichtet. Gerade dieser starke islamitische Einschlag im Charakter der Nordsumatranen (Atjeher) machte die Überwältigung Nordsumatras zur schwersten Aufgabe der holländischen Kolonialpolitik und hat der Regierung Millionen Gulden gekostet, dazu Tausende von Menschenleben, die in den unzähligen Expeditionen verlorengegangen sind. Jahrhundertelang haben die Holländer Schwierigkeiten gehabt. Von 1700 bis in unsere Tage haben die Atjeher durch ihren Widerstand erwiesen, daß man nicht ungestraft ein Volk in seinem eigenen, natürlichen Lebensraum überwältigen kann. Nicht unverdient hat der General van Heutz bei den Indonesiern den Beinamen „des Henkers Atjehs" bekommen.

Einen Einheitsstaat, wie das alte Criwidjaja oder Madjapait, hatte der Islam nicht bilden können.

Das Imperium Madjapait zerfiel nun in zahlreiche kleinere Staaten. So ent-tanden auf Sumatra: Pasei, Djambi, Minangkabau, Palembang, und auf ava: Bantam, Demak und Mataram. Diese durch Zersplitterung geschwächten olitischen Verhältnisse traf der Einbruch der weißen Rasse. Überall war das Land zudem durch innere Streitigkeiten heimgesucht.

Es war ein Unglück für Indonesien, daß die Berührung mit dem modernen vest-europäischen Imperialismus gerade in diese traurige Zeit fiel.

Der Imperialismus, gleichgültig von welcher Gestaltung, hat immer verderb-ichen Einfluß auf die materielle und psychische Entwicklung eines Volkes. Er emmt das Auswirken des Schicksals des Volkes nach eigenem und innerem Recht, das bestimmt wird von den Naturgesetzen seines Lebensraums, aber er uft auch wieder „Antistoffe“ hervor und weckt schlummernde Kräfte.

Er beschleunigt den Pulsschlag des Lebens im fernen Osten. Die moderne ochnationalistische Ära beginnt um 1900 und wurde dann noch genährt, als ach dem Weltkrieg das Anglosachsentum versuchte, die Idee des Selbstbestim-nungsrechts zu verbreiten, um Deutschland damit schachmatt zu setzen.

Es gibt naive holländische Kolonialpolitiker und Tintenkuli, die unsere Natio-alität bisher für einen „geographischen Ausdruck“ gehalten haben, und die Geschichte Indonesiens anfangen lassen mit dem Jahre 1596, als der holländische eefahrer Houtman zum ersten Male auf der Reede von Bantam (West-Java) rschien. Diese Behauptung entbehrt aber jeglichen tatsächlichen Grundes.

Analysieren wir die modernen Erscheinungen in indonesischer Gefühls- und Denkweise, welche ihren Kulminationspunkt im Nationalismus findet, dann sehen vir, daß sie entstanden als ein Produkt der Wechselwirkung endogener und xogener Faktoren. Die endogenen umfassen Demokratie, Rationalismus (Islam, Christentum) einerseits und ältere Ideen wie: Pantheismus, Hierarchie, Theo-ratie, Absolutismus, geschlossenen kommunalen Dorfhaushalt und Feudalismus ndererseits, die exogene dagegen: intensive Kolonisation und Exploitation, Auf-ahme Indonesiens in Weltverkehr und Weltwirtschaft. Dieser in allen äußeren Kulturerscheinungen sich offenbarenden Strömung, in Indonesien von Holland ertreten, wirkt ähnlich wie in Indien, China und den Philippinen eine andere trömung entgegen, national-egozentrisch orientiert mit orientalischen Geistes-ichtungen als Unterbau.

Und je mehr Jungasien bzw. Jungindonesien mit den Idealen der westlichen, orwiegend materialistisch-naturwissenschaftlich gestimmten Welt- und Lebens-nschauung vertraut wurde, desto drückender wird die Kolonialpolitik Hollands mpfunden.

Seit dem Weltkrieg, mit seinen für das Angelsachsentum so gefährlichen deellen Konsequenzen, ist der Drang nach Selbstbestimmung stärker und stärker eworden.

Wichtig ist es aber noch, in diesem Zusammenhang auf die „wilde Ehe“ zwischen Islam-Nationalismus und Kommunismus aus Moskow hinzuweisen, ein Kompromiß komischer Art, denn der Bolschewismus ist religionsfeindlich, und das Zusammengehen beruht lediglich auf Utilitätsgründen.

Die Agitation des Bolschewismus, der auf seiner Fahne das verheißungsvolle Bild eines besseren Diesseits trägt, wenn auch in der Gestalt des für uns nicht geeigneten sozialistischen Zukunftsstaates, öffnet doch gewisse Perspektiven für ein freies Indonesien. Haben doch die moskovitischen Brüder in unseren Tagen immer ausdrücklich das Evangelium „des Mühseligen und Beladenen“ verkündet!

Tan Malakka, der Verfasser des Buches: Menoedjoe Repoeblik Indonesia (Deutsch: Zur Republik Indonesia), der im innersten auch zugleich Pan Malaie ist, ist weitgehend von diesen Gedankengängen beeinflußt.

*

Das Verhältnis Hollands zum Islam gehört daher zu den wichtigsten Problemen der gesamten holländischen Kolonialpolitik. Mehr als 90% der Bevölkerung Indonesiens (51 014 000) sind heute Bekenner des mohammedanischen Glaubens. Eine relativ ungeheure Zahl Pilger besucht Jahr für Jahr Mekka. Folgende statistische Übersicht lehrt uns die Verhältnisse besser begreifen:

Länder	Bevölkerung (1926)	Anzahl Pilger (1927)
Indonesien	51 014 000 (95% Moh.)	64 133
Indien	319 293 000 (22% Moh.)	24 777
Ägypten	14 226 000	14 782
Afghanistan	10 000 000	4 836
Persien	9 000 000	1 093
Türkei	13 242 000	1 499

Wenn man bedenkt, daß nicht bloß durch das religöse Band, sondern auch durch die biologische Einheit das Verlangen nach Selbstbestimmungsrecht begründet und so die Masse zusammengeführt wird, dann kann man erfassen, wie sehr die Zukunft des holländischen Kolonialbesitzes davon abhängt, wie Holland zwar politisch die Mohammedaner mit seiner Regierung in Einklang bringen, wirtschaftlich aber den Zielen seiner Kolonialausnutzung dienstbar machen kann.

In den Novemberunruhen auf Java und Sumatra (1926) diesmal vorerst ein „Tropfen Fegefeuer“ haben sich viele islamitische Geistliche beteiligt.

Hunderte von Eingeborenen aus Java und Sumatra wurden seitdem nach Neu-Guinea verbannt, und auch heute noch ist die holländisch-indische Regierung der Ansicht, daß die Strafkolonie Boven Digul noch nicht überfüllt sei.

Geopolitisch betrachtet, hat diese Handlungsweise für die zukünftige indonesische Staatseinheit günstige Bedingungen geschaffen, da Neu-Guinea dadurch

ıit hineingezogen wird in die starke nationalistische Geistesströmung der West-
ıdonesier.

Die religiösen Strömungen in Indonesien werden aus Kairo und Mekka stark
eeinflußt. In Kairo studieren viele indonesische Studenten an der Al-Azhar-
Jniversität, und nach Mekka fahren jährlich Tausende von Pilgern.

Der Panislamismus in alter Gestalt mittelalterlicher dogmatischer Form ist
icht mehr vorhanden, aber er lebt weiter in ganz Asien wie ein Gedanke, ein
laube, enthaltend das Verlangen nach Befreiung und Vereinigung aller mo-
ammedanischen Völker.

Der Nationalismus im größten Teile des Archipels kleidet sich in das Kleid
er Moslems, das allerdings wie in der Türkei modern gefärbt ist.

Den Sarikat-Islam (stärkster politischer Verein Indonesiens) kann man auf-
ıssen als ein Massenreservoir einerseits für den Panislamismus im Sinne Djalal-
Jddin El Afghanis, andererseits für die nationalen Unabhängigkeitsimpulse. Er
nüpft auch ein interinsulares Band über ganz Indonesien.

Die islamitische Bewegung Indonesiens verlangt unsere stärkste Beachtung. Sie
t ein Teil einer in der ganzen islamitischen Welt verbreiteten Erscheinung.
Dieser islamitische Regenerationsprozeß verläuft in drei Hauptlinien:

1. die kulturelle Bewegung in Nordindien, Mutazillabewegung genannt
ıd geleitet von dem indischen Jurist Sayd Ameer Ali. In Indonesien entsprechen
ır: Mohammadyah, Ahmadyah, Al Irssjad usw.,

2. die theologische Bewegung, geleitet von dem verstorbenen Professor an der
l-Azhar-Universität zu Kairo, Sjech Abdoeh. (Vgl. Manar Reform in Stoddard:
'he New World of Islam). Eine ähnliche Bestrebung in Indonesien ist die
Kaum-Muda-Bewegung", geleitet von Dr. Hadji Abdoellah, Padang, Su-
ıatra,

3. die politische Bewegung, geleitet von Sjech Djalal-Uddin el Afghani,
ıodern panislamitisch und nationalistisch. Vertreter in Indonesien sind die beiden
edeutenden Führer aus dem Sarikat-Islam: Kyai Hadji Agoes Salim und
'jokro Aminoto.

Als eigenartiger und stärkster Träger der zentripetalen Kräfte der Neuzeit tritt
ns seit Beginn dieses Jahrhunderts die malaiische Presse entgegen. Dadurch
nd wir für diese Zeit, in der der Aufschwung des nationalen Denkens sich voll-
og, nicht auf einseitige holländische Quellen angewiesen. Denn die holländische
resse ist zumeist, da sie begreiflicherweise andere Ansichten in der Beurteilung
ieser Fragen zu Wort kommen läßt, nur mit einer gewissen Reserve heranzu-
ehen, wenn man ein objektives Bild dieser Entwicklung gewinnen will.

Eine günstige Ausnahme macht wohl der „Nieuwe Rotterdamsche Courant",
essen Mitarbeiter (A. Lievegoed) gerade auf diesem Gebiete höhere Sicherheit
etet für die Zuverlässigkeit und Aufrichtigkeit seiner Darstellung.

Die größten führenden malaiischen Zeitungen erscheinen in größeren Orten wie Batavia, Soerabaia. Semarang, Bandoeng, Djokja, kleinere in allen Residenz-plätzen der Außenbesitzungen.

In diesen Zusammenhang gehört auch die holländische Presse in Indien (Batavia, Bandoeng, Semarang, Soerabaia), die wir in unserer kulturpolitischen Entwicklung ebenfalls als zentripetale Kraft buchen müssen, da sie praktisch vielfach das Umgekehrte dessen erreichte, was sie wollte.

Der indonesische Nachrichtendienst liegt ausschließlich in den Händen des Pressebureaus Aneta, welches mit Subsidien der niederländisch-indischen Regierung arbeitet und deshalb die Objektivität der Berichterstattung nicht immer wahren kann. Das muß bei allen von diesem Nachrichtendienst aus Batavia kommenden Nachrichten wohl beachtet werden.

Man braucht sich daher auch nicht zu wundern, daß damals der Hauptleiter des Anetapressebureaus mit dem Ritterzeichen der „Oranje Nassau Orde“ ausgezeichnet wurde, wie dies Mr. L. J. Plemp van Duiveland, der Ehrenvorstand des niederländischen Journalistenvereins tut. Er schreibt nämlich darüber wie folgt:

> „Eine sonderbare Wahl der Regierung fürwahr, die
> Ihre Auszeichnungen wohl besser vergeben konnte.“
> (Journalistiek in Nederland: pag. 51.)

Wie weit aber eine solche kontrollierende Tätigkeit eines Nachrichtendienstes führen kann, lehrt uns das Verhalten Englands Indien gegenüber. Am aufreizendsten zeigte sich diese Zensur bei dem furchtbaren Blutbade und den folgenden Greueltaten zu Amritsar, die der Welt acht Monate lang verschwiegen wurden.

Von der Regierung ins Leben gerufen ist auch Pandji Poestaka, die zweimal in der Woche erscheint und wie eine „Acta Diurna“ aus Cäsars Zeit auf die malaiische Presse in ihrem Sinn einwirken will.

In einer kulturpolitischen Betrachtung muß auch das Schulwesen in Indonesien wenigstens mit einigen Worten Erwähnung finden. Die Schule bringt Jung-Indonesien in Berührung mit dem naturwissenschaftlichen, individualistischen Geist des Westens und wirkt so in gleicher Richtung als eine zentripetale Kraft für den Einigkeitswillen.

Während Japan in kaum einem halben Jahrhundert 50 Universitäten eröffnen konnte, ist in dieser Hinsicht in Niederländisch-Indien noch sehr wenig geschehen. Die holländische Regierung hat bisher während ihres 300jährigen Daseins in Indonesien nicht eine Universität errichtet. Batavia hat jetzt eine medizinische und eine juristische Hochschule und Bandung eine technische Hochschule.

Genau so rückständig ist die Regierung in der Errichtung von Elementar- und Mittelschulen. Schulzwang ist nicht vorhanden, und man schätzt die Anzahl der Analphabeten denn auch auf über 90 % der Bevölkerung.

Professor Labberton hat in einer Rede im Haag über diesen ernstlichen Rück-
and gesprochen und die holländische Regierung auf ihre ethischen Pflichten ver-
iesen, der Millionenbevölkerung bei ihrem Höherstreben entgegenzukommen.

Aber das ist gerade eine prekäre Sache. Denn gerade aus den Bildungsstätten,
B. der medizinischen Hochschule in Batavia und den holländischen Universitäten,
ehen zahlreiche „extremistische“ Führer hervor. Außerdem wurde und wird
eute noch durch die Berührung mit anderen Studenten aus Indien, Indo-China,
orea und Japan während der Ferien, internationalen Kongressen usw. der Grund
elegt für ein enges südostasiatisches Zusammenwirken.

*

Es bestehen heute in Indonesien drei Arten von nationalistischen Parteien: eine
it islamitischem Unterbau, die zweite mit überwiegend hindu-javanischem Ein-
hlag, und die dritte mit ausgesprochen westlich demokratischer Unterlage.

Islamitisch-politische Parteien sind also:

A der Sarikat-Islam. Hauptführer sind Kyai Hadji Agus Salim und Tjokro
minoto. Ihre führende Zeitung ist Fadjar Asia (letzteres übersetzt, bedeutet
Das Erwachen Asiens“). Erscheinungsort: Batavia.

B Jung-Islamiten-Bund.

C Mehr kulturell gefärbt und vorwiegend in sozialer Richtung arbeitend, die
ohammadyah.

Die bedeutendste Partei, mit hindujavanischem Einschlag ist Budi Utómo.

Westlich demokratisch orientiert sind:

A Indonesischer Studienklub.

B Sumatranen-Bund.

C Perhimpúnan Nasional Indonesia.

*

Daß man mit der Tatsache des erwachenden Asien am Anfang dieses Jahr-
underts in Europa sich nur sporadisch beschäftigte, und daß es auffallend lange
ährte, bis das Abendland sich „Aufnahme und Vermittlungsorgane für die neu-
eitliche Literatur der Monsunländer schuf“, ist schon bekannt.

Offenbar will man, wenigstens in Westeuropa, nichts oder so wenig wie mög-
ch davon hören und sehen; aber das bedeutet selbstverständlich wenig gegen-
ber der Tatsache des Vorhandenseins der zähen Unabhängigkeitsbestrebungen.

Wir im Osten begreifen diese „totschweigende Mentalität“, weil man in West-
uropa ausschließlich die Zustände im Osten von rein wirtschaftlichem Stand-
unkte sehen will und befangen ist im dollarimperialistischen Denken.

*

China, Indien und Indonesien sind heute die entscheidenden Faktoren der Welt-
olitik.

Die Rolle, die Indien spielt im Gefüge des britischen Weltreichs, und die de
Philippinen im Rahmen der amerikanischen Hegemonie im pazifischen Lebens-
raum, erleichtert die schwierige Lage Hollands in Beziehung auf die indonesisch
Bewegung gegen „the white man's burden".

Als ich von Indonesien nach Europa reiste, lag hinter mir Indonesien in Krisen-
stimmung; diese gespannte Atmosphäre brach sich inzwischen in den November-
unruhen auf Java und Sumatra Bahn.

Aber in Europa traf ich es nicht besser (Rheinlandbesetzung, die Fortdauer de
Rüstungswahnsinns usw.).

Weltwende!

Und die Parole der Zukunft muß sein: Selbstbestimmungsrecht, wahrhaft
Freiheit.

Man erinnert sich eines Graaf Van Limburg-Stirum und einer neuen Ära in
der holländischen Kolonialpolitik, die viel versprach, aber während der Period
des folgenden Gouverneur-Generals (Fock) wenig hielt. Ähnlich war ja auch die
Handlungsweise Präsident Wilsons gegenüber den Philippinen; die im Jahre 1913
gemachten Versprechungen sind noch nicht erfüllt.

Die Fockperiode wurde gekennzeichnet durch Herauswirtschaften großer finan-
zieller Überschüsse, untergrub aber zugleich den letzten Rest des Vertrauens der
Bevölkerung in die Regierung. Selbstverständlich kann es hier nicht der Zweck
sein, ein Phantasiegebild des künftigen Indonesien zu entwerfen. Ich hatte nur
die Absicht, dem aufmerksamen Beobachter der Vorgänge in Süd-Ost-Asien, in
gedrängter Form die kulturellen Grundlagen der gegenwärtigen Neuordnung
Indonesiens verständlich zu machen, also einen Versuch zu geben, die dort sich
drängenden Ereignisse in den großen Gang der geschichtlichen Entwicklung ein-
zuordnen, soweit es eben möglich ist.

Würzburg, Dezember 1927.

LITERATURANGABE: Geopolitisch. K. Haushofer, Geopolitik des Pazifischen Ozeans. II. Aufl. Berlin 1927. Zum Freiheitskampf in Süd-Ost-Asien. Berlin 1923. — Kjellen, Der Staat als Lebensform. Berlin 1924. System der Politik. Geographisch. Meyer, Niederländisch-Ost-Indien. Historisch. W. P. Groenneveldt, Notes on the Malay archipelago and Malakka. Compiled from Chinese sources. Verhandelingen Bataviaasch Genootschap van Kunsten en Wetenschappen Vol. XXXIX 1880. — N. J. Krom, De Sumatraansche Periode der javaansche Geschiedenis. Inaugureele Rede. Leiden 1919. — G. Coedes, Le Royaume de Criwidjaja. Bulletin de l'Ecole française d'extrême Orient 1928. — Gabriel Ferrand, L'empire Sumatranais de Criwidjaja. Paris. — L. C. Westenenk, Uit het Land Bittertong in Djawa Ino I 1921. — Maleisch, Sedjarah Melajoe (Malaiische Geschichte). — Prapanca Negara Kertagama (javanisches Heldengedicht). — C. Van Vollenhoven, Het adatrecht van Madagaskar. Mededeelingen Kon. Akademie von Wetenschappen Afd. Letterkunde Dl 54 Serie B. Amsterdam 1920. — Fruin Mees, Geschiedenis Van Java 2 Bände. — L. Van Vuuren, Het wereldrythme in Oost Azie en het aangrypingspunt van het Communisme in West Java. Utrecht, A. Oosthoek 1927. Kultur und Religion. Koran. Goldziher, Die Richtungen der Koranauslegung. — Ernst Troeltsch, Der Aufbau der europäischen Kultur

schichte. — Herman Keyserling, Reisetagebuch eines Philosophen, 2 Bände. — C. H. Becker, eden, 30. September 1921, Hamburg. — Dr. B. Schrieke, Het boek van Bonang. Leiden 1916. ssertatie. Prolegomena tot een sociologische Studie der Sumatraansche Volkeren. — Stoddard, The ew World of Islam 1925. — Kurt von Boekmann, Vom Kulturreich des Meeres. — Krom, et oude Java en zyn Kunst. Hindoe-Javaansche Geschiedenis. Haag, Martinus Nyhof 1926. — Richter, Die indischen Religionen. Philosophisch. R. Casimir, Beknopte Geschiedenis der hilosophie. — Tj. De Boer, Wysbegeerte in den Islam. — Bhagavad Gita (Das Lied der Gottheit).

Emil Kayser:

GEOPOLITISCHE BETRACHTUNGEN ALEXANDER VON HUMBOLDTS ÜBER AMERIKA

Alexander von Humboldts „Versuch über den politischen Zustand des Königeichs Neu-Spanien" enthält im zweiten Kapitel „allgemeine Betrachtungen über ie Möglichkeit, das stille Meer mit dem atlantischen Ozean zu verbinden", deren eopolitische Bedeutung auch heute noch (oder heute erst recht) Interesse er-eckt.

Der „Versuch" ist im Jahre 1809 erschienen, er verwertet somit die Ergebnisse er Forschungsreisen, welche Humboldt in den Jahren 1799—1804 ausgeführt atte; die „allgemeinen Betrachtungen" beschränken sich aber nicht auf die 'eile des amerikanischen Kontinents, die er auf seinen Reisen berührt hatte, son-ern erfassen die Gesamtheit der die großen Zusammenhänge erkennenden Iöglichkeiten, trotz des Festlandes und mit Hilfe des Festlandes die beiden Ieere oder sogar den Pazifik mit dem Nördlichen Eismeer in Verbindung zu bringen. Daß Humboldt erklärt, die neun von ihm erörterten Punkte hätten bereits vor im „sowohl die Aufmerksamkeit der Staatsmänner als der in den Kolonien vohnenden Kaufleute auf sich gezogen", vermag das Verdienst, sie wirksam in en Vordergrund wissenschaftlicher und praktischer Behandlung gerückt zu aben, nicht zu schmälern.

Wir folgen Humboldt in der von ihm gewählten Reihenfolge von Norden nach üden:

1. Unter Benutzung des Columbia oder des Lachsflusses*) (Salmon River) auf er einen Seite (Stiller Ozean), des Stromgebiets des Mackenzie**) (Nördliches Eis-

*) Der Lachsfluß ergießt sich in den 70 Meilen langen Dean-Channel. Mit letzterem in Verbindung eht durch eine die King-Insel vom Festland trennende Fahrrinne der 65 Meilen lange Burke-Channel, er den Bella-Coola aufnimmt. Hier erreichte am 17. Juli 1793 auf seiner zweiten Forschungsreise Iackenzie den Stillen Ozean.

**) Es mag hierbei der Kuriosität halber erwähnt werden, daß Zeitungsmitteilungen zufolge dem ölkerbund seitens eines rumänischen Ingenieurs eine Denkschrift unterbreitet worden ist, die in em Vorschlag gipfelt, die Aleuten in die Luft zu sprengen. Der Verfasser geht davon aus, daß die

meer), des Stromgebiets des Nelson (Hudsonbai) sowie des Stromgebiets des Missis-sippi (Meerbusen von Mexiko) auf der andern Seite ergibt sich eine Reihe von Möglichkeiten, den nordamerikanischen Halbkontinent zu durchqueren. Die Schwierigkeiten, die das Gelände dem Verkehr entgegensetzt, überwindet Hum-boldt mittels des Systems des Portage, eines „schmalen Landstrichs zwischen zwei nahen Flüssen, über welchen die Boote und andere Lasten durch Menschenhände oder auf Walzen fortgeschafft werden". Wenn Humboldt Mackenzie darin Recht gibt, daß „ein Gouvernement, welches durch diese Straße — zwischen Lachsfluß und Friedensfluß — beide Meere — den Pacifik und das nördliche Eismeer — mit einander verbände und zugleich bestimmte Niederlassungen im Innern des Landes und an beiden Mündungen der Flüsse errichtete, durch dieses Unternehmen un-fehlbar den ganzen nordamerikanischen Pelzhandel an sich reißen würde", so hat die Hudsonbai-Kompagnie freilich ihr großartiges Monopol auf dem Gebiet des Pelzhandels ausbilden können, ohne daß die Verbindung von Meer zu Meer eine große Rolle dabei gespielt hätte. Aber die Bedeutung der Tragstelle (Portage) ist geblieben, wenn auch nicht allein für den Verkehr zwischen verschiedenen Fluß-gebieten, so doch auch zur Überwindung der unzähligen Stromschnellen, die für Nordamerika charakteristisch sind. Die hydrographischen Verhältnisse in den Quell-gebieten des Friedensflusses und des Columbia waren Humboldt „nur wenig bekannt", und es besteht Grund zu der Annahme, daß es sich bei ihm nicht um die Quellen des Columbia, sondern um diejenigen des Fraser-Flusses handelt. Der eine von dessen Zweigströmen, der North-Fork, entspringt nach Hamilton (Kanada, Perthes, Gotha 1921, S. 63) dicht an der westlich der Rocky Mountains liegen-den Quelle des Procupine-Flusses, eines Oberlaufs des Friedensflusses, der andere, der South-Fork, im Moose-See unweit des Athabasca, eines Nebenflusses des Frie-densflusses*). Der Columbia wie der Fraser bieten der Schiffahrt große Schwierig-keiten. Abgesehen von den vom Columbia durchströmten Arrow-Seen, welche zusammen 125 Meilen (1 Meile = 1,709 km) lang sind und von Dampfern befahren werden, kommt für die unbehinderte Schiffahrt auf diesem Fluß nur die 180 km messende Strecke von den Cascades bis zur Mündung in Betracht. Die Schiffbarkeit des Fraser beschränkt sich auf 100 Meilen von der Mündung einwärts und 154 Meilen

---

Inseln den warmen Strömungen des Stillen Ozeans den Eintritt in das Nördliche Eismeer versperren und so die Schiffbarkeit der Gewässer an der Nordküste von Kanada behindern. Er behauptet, daß ohne das Hindernis der Aleuten das Eismeer im Sommer und der Mackenzie das ganze Jahr hin-durch schiffbar sein werden. Wir glauben, daß die Welt nicht in die Lage kommen wird, die Ver-wirklichung dieses Gedankens zu sehen.

*) Von einer anderen Möglichkeit, eine Verbindung zwischen dem Friedensfluß und dem Fraser herzustellen, spricht de Trémaudan:

„A small portage of 817 paces was sufficient to take the party from the source of the Parsnip — einem Quellfluß des Friedensflusses — to the Fraser River: this was the „great divide" between the two river systems of the Arctic and the Pacific." (The Hudson Bay Road S. 35.)

berhalb Soda Creek. Für eine andere transkontinentale Verbindung spielt der
mstand eine Rolle, daß die Quelle des Missouri derjenigen des Columbia sehr
ahe ist, die Entfernung beträgt etwa eine geographische Meile. Und es besteht
eiterhin die Möglichkeit, vom St. Lorenz bis zum Golf von Mexiko zu fahren.
ach Hamilton (a. a. O. S. 40) ist nur ein Portage von ungefähr 10 Meilen, und
var von der Stelle aus, welche heute Chicago einnimmt, bis zum nördlichen
lußlauf des Illinois; es gebe auch weitere Verbindungen durch Portages vom
uperior und vom Erie-See. „So ziehen durch das amerikanische Festland zwei
ewaltige Wasserbogen, der eine nach Norden zum Arktischen Meer, der andere
ach Süden zum Golf von Mexiko."

Was die Schiffahrtsverhältnisse des Mackenzie-Systems angeht, so sagt Hamil-
on (a. a. O. S. 61 u. 62).

„Der Athabasca selbst ist fahrbar für Dampfer (mit Unterbrechungen) bis zum
thabasca-See (437 Meilen); von dort bis Smit's Landing (102 Meilen), von wo
us bis Fort Smith (16 Meilen) Stromschnellen den Weg sperren. Von hier aus
hren Dampfer ohne Hindernisse über den Great Slave bis zum Mackenzie-Delta
830 Meilen von Athabasca-Landing aus) und biegen dann in den Peel-Fluß,
elcher von Süden her in den Mackenzie läuft. Hier liegt Fort Mac Pherson.
er Peace-Fluß (Friedensfluß) ist fahrbar von seiner Mündung bis zum Chutes
72 Meilen) für Dampfer mit niedrigem Tiefgang. Alle Dampfer, welche auf dem
nteren Athabasca, dem Athabasca-See und dem oberen Slave-Fluß verkehren,
efahren auch den Peace-Fluß. Er ist ferner fahrbar von den Chutes bis zur Hud-
on's Hope, also weitere 660 Meilen. Der Peace-Fluß ist besonders wichtig wegen
er an seinen Ufern befindlichen neubesiedelten Präriegegend, welche die Auf-
erksamkeit stark auf sich lenkt und die Siedlung bis über den 56. Grad n. Br.
ägt. So wird er später ein bedeutender nordischer Wasserweg werden."

Der leitende Gedanke, der Humboldts Betrachtungen zugrunde lag, die Ver-
indung der atlantischen und der pazifischen Küste des amerikanischen Konti-
ents, hat für Nordamerika vorerst in den transkontinentalen Schienenwegen Ge-
alt gewonnen. Zu den sieben Bahnlinien, welche die Vereinigten Staaten durch-
ueren, haben sich in Kanada die Canadian Pacific Railway und die Great Trunk
acific gesellt, von denen die erstere zwischen St. John in Neu-Braunschweig bis
ancouver in Britisch-Columbia 3366 Meilen, die letztere von Moncton in Neu-
raunschweig bis Prince Rupert in Britisch-Columbia 3551 Meilen mißt. Kanada
at weiterhin das kühne Unternehmen in Angriff genommen, die Hudsonbai
urch eine Linie, die in Hudsonbai-Junction (Etoimani) von der Canadian Nor-
ern Railway abzweigt, um in Port Nelson die Hudsonbai zu erreichen, mit
inem Bahnsystem und dadurch mit dem Stillen Meere zu verbinden. Daß die
Iündung des Nelson-Flusses den Ausgangspunkt dieser neuen Bahnlinie bildet,
irft ein reizvolles Licht auf den intuitiven Blick Alexander von Humboldts, für

dessen Zukunftsbilder der Nelson ebenfalls als das Vermittlungsglied mit dem Atlantischen Ozean eine Rolle spielte.

Wird es aber für Nordamerika bei transkontinentalen Schienenwegen sein Bewenden haben? Oder wird menschlicher Unternehmungsgeist sich an die Aufgabe wagen, dem durchgehenden Schiffsverkehr eine Straße zu schaffen? Wenn man von dem Plan hört, einen Kanal von Edmonton am Nordsaskatschewan nach Winnipeg zu bauen, so darf man das Netz wohl weiterspinnen und mit ziemlicher Gewißheit annehmen, daß die östliche Fortsetzung an den St. Lorenz nicht ausbleiben wird, und darf um so mehr an die weitere Möglichkeit denken, daß trotz des Felsengebirgs — die Höhe des Yellow-Head-Passes, die auch die Grand Trunk Railway benutzt, beträgt 1134 m — der Anschluß an das westliche Weltmeer gefunden werden wird.

2. Humboldt erörtert die Möglichkeit, die Quellgebiete des Rio Grande del Norte und des Rio Colorado mit Verbindungsstraßen zu versehen. Er schätzt die Entfernung zwischen diesen Gebieten auf 7—8 geographische Meilen. Zu der praktischen Verwertung dieses Gedankens scheint er aber selbst kein großes Vertrauen zu haben, denn er spricht zugleich das Bedenken aus, daß trotz der Wichtigkeit, welche die Stromgebiete des Rio Colorado und des Rio del Norte für den Handel haben könnten, und trotz der Leichtigkeit, mit der Lasten über die trennenden Gebirge fortzuschaffen wären, die Straßen nie die Vorteile eines Kanals gewähren würden, der von einem Meere zum andern führte. Wenn es sich nur um die Verhältnisse in den Quellgebieten handelte, so müßten dieselben auch nach dem heutigen Stande der Forschung als günstig angesehen werden. Die Quellen der beiden Flüsse (und des Arkansas!) liegen ganz nahe beieinander und „sind nur durch einfache Gebirgsketten von einander geschieden" (s. Ratzel, Vereinigte Staaten v. Amerika I, S. 215)*). Die Schwierigkeiten der Schiffahrt sind indessen auch hier groß. Und abgesehen von allen Schwierigkeiten und Bedenken geographischer, wirtschaftlicher und politischer Natur läßt der Westausgang dieser Verbindung im Golf von Kalifornien sie in den Hintergrund treten. Zum offenen Weltmeer würde die Schiffahrt, wenn ihr nicht ein künstlicher Weg durch die niederkalifornische Halbinsel geschaffen würde, nur auf langem Weg (1100 km) gelangen können.

3. Eine Verbindung des Rio Coatzacoalcos**) und des Rio Chimalapa vermittels

---

*) Neuerdings hat sich der Sekretär des Handelsamts der Vereinigten Staaten Hoover für eine Kanalverbindung der großen Seen mit dem Atlantischen Ozean unter Benutzung des St.-Lorenz-Stroms (an Stelle der Linie Ontariosee-Hudson) ausgesprochen. Es mag dahingestellt bleiben, ob durch diese Beteiligung der Vereinigten Staaten an der Herstellung eines Großschiffahrtswegs von den Seen nach dem Atlantischen Ozean die transkontinentalen Kanalpläne Kanadas gefördert werden.

**) Über die Schiffbarkeit des Coatzacoalcos sagt Sapper (Das nördliche Mittelamerika, S. 23): „Wir fuhren den mächtigen Coatzacoalcos-Fluß hinauf an ansehnlichen Inseln und einzelnen

nes 3—4 Meilen langen Kanals durch die Wälder von Taifa würde einen Was-
rweg zwischen dem am mexikanischen Meerbusen gelegenen Hafen Coatzacoalcos
d dem Stillen Ozean (Barra de San Francisco) über den Isthmus von Tehuan-
pek ermöglichen. Eine den Isthmus durchschneidende Bahn Coatzacoalcos—Salina
uz trägt dem Gedanken Humboldts Rechnung, und wie der Bau dieser Bahn
ine Geländeschwierigkeiten zu überwinden hatte, so würde in der Tat die
9 m erreichende Senke zwischen den Kordilleren von Mittelamerika und
m Hochland von Mexiko das naturgegebene Bett für eine künstliche Wasser-
aße bilden. Ob es zu diesem rein mexikanischen Kanal noch einmal kommen wird,
ngt mehr vom großen Bruder jenseits des Rio Grande als von Mexiko selbst ab.
4. Nach Humboldt gewähren der Nicaragua-See und sein östlicher Abfluß, der
o San Juan, zwei Möglichkeiten einer interozeanischen Verbindung: einmal
rch Herstellung eines Kanals unmittelbar zwischen dem Nicaragua-See und
m Stillen Ozean, sei es, daß derselbe in die Papagayo-Bai, sei es, daß er in die
coya-Bai geleitet wird, ferner durch Benutzung des Managua-Sees. Die heute
kannten Geländeverhältnisse sind für beide Linien günstig, da die Wasser-
heide zwischen der Fonseca-Bai und dem Managua-See sich nur bis 62 m
hebt, und ein Durchstich des Landstreifens zwischen See und Meer nur mit
ner Erhebung von 46 m zu rechnen haben würde. Schon Humboldt erwähnt,
ß die Archive von Madrid mehrere, teils von Franzosen, teils von Engländern
rfaßte Aufsätze über die Möglichkeit enthalten, den See von Nicaragua mit dem
roßen Ozean zu verbinden.

In den Jahren 1897—99 hat eine Vereinigte-Staaten-Kommission eine Unter-
chung aller in Betracht kommenden Verhältnisse bewerkstelligt und ein Projekt*)
reyton-Brito ausgearbeitet, welches mit einem Gesamtkostenbetrag von 118113790 $
schließt. Die Vereinigten Staaten haben sich durch Vertrag mit der Republik
caragua das Recht vorbehalten, diesen Kanal auszuführen, und so liegt schon
m Standpunkt des internationalen Rechts die Entscheidung darüber, ob, wann
d wie der Nicaraguakanal gebaut werden wird, in der Hand der Vereinigten Staaten.
sie auch — die Ereignisse der letzten Zeit haben dies aufs neue bestätigt —
wohl den Willen haben, die eigenen Staatsnotwendigkeiten rücksichtslos zur
ltung zu bringen, als auch die Machtmittel besitzen, ihrem Willen gemäß zu
ndeln, so werden in dieser Frage die wirtschaftlichen und militärischen Be-
nge der Vereinigten Staaten ausschließlich den Ausschlag geben.

---

inen Ortschaften vorbei, vorbei an der Einmündung beträchtlicher Nebenflüsse bis zu dem an-
nlichen Orte Minatikan."

*) Wie Sapper (Petermanns M. 1900, Nr. 723) ausführt, sind die in der vulkanischen Natur des
biets um Nicaragua- und Managua-See liegenden Gefahren geeignet, das Projekt in Frage zu stellen,
hrend die Niveauschwankungen des Nicaragua-Sees sowohl wie die Veränderlichkeit der Küsten-
en durch geeignete Vorkehrungen zu überwinden sind.

5. „Seitdem Vasco Nuñez de Balboa im Jahre 1513 über die Landenge von Panama bis zum Stillen Meer vordrang," sagt Humboldt (S. 20), „hat das Projekt eines Kanals oder Öffnung des Isthmus die einsichtsvollsten Köpfe in Europa beschäftigt."

Aber schließlich hat nicht das alte, bedächtige Europa, sondern das junge kühne Amerika die Tat vollbracht. Der Rio Chagres und der Rio Grande, die schon in den frühesten Plänen eine Rolle spielen, sind auch wichtige Hilfsmittel bei der tatsächlichen Ausführung geworden. Die schon von Humboldt erörterte Frage, ob der Kanal nach dem Seehöhen- oder dem Schleusensystem zu bauen sei, ist erst nach dem Übergang aus französischen in amerikanische Hände endgültig zugunsten des letzteren gelöst worden, und der große Herrscher auf allen Gebieten der Naturerkenntnis würde wahrlich staunen, wenn er mit eigenen Augen sehen könnte, daß die Technik unserer Zeit es verstanden hat, einen Kanal zu bauen, der nicht bei 7—8 m Tiefe und 22—23 m Breite — wie Humboldt annimmt — sondern bei über 13 m Tiefe und 34,5 m (in den Schleusen) oder 91 bis 156 m (im Kanal selbst) Breite „gleich einer Meerenge sich von einem Ozean zum anderen erstreckt und dieselben Schiffe aufnimmt, die von Europa nach Ostindien bestimmt sind". Von der Voraussetzung ausgehend, daß bei einem Schleusensystem die Waren in offene, für die See unhaltbare Fahrzeuge umgeladen werden müßten, daß Niederlagen in Panama und Portobello erforderlich seien und alle Nationen, um diesen Handelsweg zu benutzen, von demjenigen Volke abhängig würden, welches Herr des Isthmus und des Kanals wäre, glaubt Humboldt, daß die meisten handeltreibenden Nationen den Kanal nicht benutzen, sondern nach wie vor das Kap Horn umsegeln würden.

Zwar ist, da der am 15. August 1914 — also vierhundert Jahre nach der romantischen Begegnung des Spaniers Balboa mit dem großen Südmeer — eröffnete Kanal den größten Seeschiffen die Durchfahrt ermöglicht, eine Umladung nicht erforderlich, aber andere Umstände machen die Benutzung des Kanals von dem Willen der Vereinigten Staaten abhängig, welche heute den Isthmus und den Kanal beherrschen, und deren staatliche Kraft und Entwickelung nunmehr auf Gedeih und Verderb mit der Herrschaft über Isthmus und Kanal verbunden sind. Aber die Vermutung, daß diese Abhängigkeit sich als verkehrshemmend erweisen würde, ist von den Tatsachen widerlegt worden. Sie hat die Entwickelung der Kanalschiffahrt nicht aufzuhalten vermocht, die im Betriebsjahr 1926 mit 26,8 Mill. Tonnen den Suezkanal mit rund 26 Mill. Tonnen geschlagen hat.

Wie schon zu Humboldts Zeiten haben bis zur tatsächlichen Inangriffnahme des Projekts Zweifel obgewaltet, ob mit einem Unterschied der Meereshöhe an den beiden Mündungsöffnungen des Kanals gerechnet werden müsse, aber es steht heute fest, daß die von Humboldt erwähnte Meinung der Bevölkerung des Isthmus, die Südsee habe einen höheren Spiegel als das antillische Meer, wie er

klärt, auf einem Trugschluß beruht, daß aber die verschiedene Stärke von Ebbe nd Flut auf den beiden Seiten Bedeutung für den Kanalbau besitzt. Begreiflicher-eise fiel die Gestaltung der Erdoberfläche zwischen den beiden Meeren bei allen rojekten ebenfalls schwer ins Gewicht, aber auch in diesem Punkt hat Humboldt e damals noch unbekannten Verhältnisse richtig beurteilt, als er in der Höhe es zwischen Cruces und Panama liegenden Gebirgszuges kein Hindernis erblickte. ie Behauptung von Reisenden, daß man von einem Punkte zwischen Cruces und anama beide Meere zugleich erblicken könne, gibt Humbold zu der Annahme nlaß, daß es sich um eine Höhe von 290 m handeln könne; er erwähnt ferner en in der Nähe von Panama gelegenen Berg Ancon von 196 m Höhe. Die zwi-chen Bas Obispo und etwas südlich von Culebra sich erhebende Bergkette, die ch als die bedeutendste Schwierigkeit bei der Ausführung des Kanalbaus erwies, reicht in Wirklichkeit eine Höhe von 206 m.

6. Die von Humboldt auf 5—6 Seemeilen geschätzte — sie ist tatsächlich noch was geringer — Entfernung zwischen Hafen und Bai von Cupica im pazifischen Vestkolumbien einerseits und dem Embarcadero des Rio Naipi läßt ihn eine Vasserverbindung zwischen der genannten Bai und dem Golf von Uraba (am ntillenmeer) mittelst des Rio Naipi und dem diesen aufnehmenden „äußerst asserreichen"*) Rio Atrato ins Auge fassen. Da die Entfernung von der pazi-schen Küste bis zum Anfang der Schiffbarkeit des Rio Naipi nur 3 Seemeilen eträgt, so ist nicht zu leugnen, daß auch vom Standpunkt neuzeitlicher For-chung hier eine Möglichkeit besteht, die beiden Meere durch eine Wasserstraße iteinander zu verbinden.

7. Dasselbe gilt von dem schon im Jahre 1788 von dem Pfarrer des Dorfes ovita gebauten Kanal de la Raspadura, der durch den in den Busen von Choro azifische Küste von Kolumbien) mündenden Rio San Juan eine Verbindung mit em Quellgebiet des Rio Atrato und dadurch die erste geschichtlich bekundete Vasserstraße zwischen dem pazifischen und dem atlantischen Meere herstellt.

8. So einladend die weite Westerstreckung des Amazonasgebiets für die Aus-ndigmachung einer Verbindung mit dem Pazifik ist, Humboldt verwirft den edanken eines Kanals „wegen der Höhe der Cordilleren", „aber", fährt er fort, eine bequeme Landstraße von der peruanischen Hauptstadt bis an den Rio uanaco würde allein schon hinreichen, den Transport der Kolonialwaren nach uropa zu erleichtern". Humboldt liebäugelt mit den geringen Entfernungen wischen den in die „Südsee" fließenden Rio Huanra und Rio Rimac (an dem ima liegt) einerseits und dem zum Gebiet des Amazonenstroms gehörenden Rio uanaco, Rio Apurimac und Rio Ucayali. Die freie Schiffahrt auf dem Amazonen-rom betrachtet er als die Voraussetzung der Kultur, des Wohlstands und des eichtums „der herrlichen Landstriche, die am östlichen Abhange der Anden-

*) Guthe-Wagner, Lehrbuch der Geographie I., S. 232.

kette liegen", und bedauert, daß Spanien sich die von Portugal verweigerte Freiheit nicht zu verschaffen gewußt hätte. Es hat noch lange gedauert, bis das durch die politische Grenze errichtete Hindernis beseitigt wurde; erst ein Dekret des Kaisers von Brasilien vom 7. Dezember 1866 öffnete die Schiffahrt auf dem Amazonas bis zur peruanischen Grenze den Handelsschiffen aller Nationen.

9. Eine interozeanische Verbindung, die vom Meerbusen von San George (im Argentinien) nach dem Kanal von Aysen (in Chile) gedacht war, erscheint Humboldt bei einer dazwischenliegenden Landstrecke von 53 geogr. Meilen offenbar problematisch. Eine weitere Verbindung von der an der atlantischen Küste noch südlicher gelegenen St. Juliansbai „nach dem großen Weltmeere" wird nur in der Form erwähnt, daß im Jahre 1796 mehrere Geographen daran glaubten; man darf wohl annehmen, daß Humboldt nicht zu diesen Geographen gehörte.

Der mächtigen Entwicklung des transkontinentalen Eisenbahnsystems in Nordamerika vermag Südamerika nichts Gleichwertiges an die Seite zu stellen. Zu der Andenbahn Buenos Aires—Valparaiso gesellt sich nach Herstellung der bolivianischen Strecke Atocha—Villazon eine Verbindung zwischen Buenos Aires und den pazifischen Häfen Antofagasta, Arica und Mollendo. Wie sich diese und etwaige zukünftige weitere die beiden Meere miteinander verbindende Schienenwege in den Weltverkehr eingliedern und auf ihn Einfluß gewinnen werden, läßt sich noch nicht übersehen. Beim Vergleich mit Nordamerika darf aber nicht außer acht gelassen werden, daß in jedem Falle verschiedene Staaten in Frage kommen, und daß die Solidaritätsidee des lateinischen Amerika noch nicht zu einer dem Selbstbewußtsein, dem Selbstvertrauen und dem Zukunftsglauben der angelsächsischen Großstaaten von Nordamerika gleichkommenden Stärke angewachsen ist.

In einer Zusammenfassung hebt Humboldt aus „den neun Punkten, in denen es möglich scheint, beide Meere, sei es durch Vereinigung benachbarter Ströme oder durch Kanäle oder durch Straßen, die an schiffbare Flüsse führen, miteinander zu verbinden", die Landwege von Guasacualco (Tehuantepek), den Nicaraguakanal, den Panamakanal und die Verbindung zwischen Cupica und dem Rio Naipi hervor. Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß, abgesehen von dem schon in glänzender Bewährung zur Wirklichkeit gewordenen Panamakanal die übrigen genannten Verbindungen — der Kanal von Raspadura ist als eingeschlossen sicherlich anzunehmen — auch nach dem heutigen Stande der geographischen Forschung und der technischen Wissenschaften die größte Aussicht auf Verwirklichung haben. Wir erwähnten schon, daß uns der Kanal von Tehuantepek trotz seines ausschließlichen Verlaufs auf mexikanischem Gebiet in politischer Beziehung von den Vereinigten Staaten abhängig zu sein schiene. Dieselben Erwägungen greifen um so mehr den rein kolumbischen Projekten zwischen Cupica und Choko-Bai einerseits und Golf von Uraba anderseits gegenüber Platz, als die

ereinigten Staaten bereits ihre Erfahrungen mit der beschränkten Widerstands-
aft von Kolumbien gemacht haben.

Humboldt beendigt seine Übersicht mit folgender Schlußbetrachtung:

„Existierte ein Kanal, der beide Meere vereinigte, so wären Europa und den
ereinigten Staaten von Nordamerika die Produkte vom Nootka-Sund und China
n mehr als tausend Meilen näher gerückt. Große Veränderungen würden sich
nn in dem politischen Zustande des östlichen Asiens ereignen, denn die schmale
dzunge, an der sich die Fluten des Atlantischen Ozeans brechen, ist seit Jahr-
underten eine Schutzmauer für die Unabhängigkeit von China und des japa-
schen Reichs."

Wenn wir den Nootka-Sund der Vancouwer-Insel gewissermaßen als den Ex-
nenten von Britisch-Columbia oder ausgreifender als denjenigen der ganzen
zifischen Küste von Nordamerika ansehen, so ist die Voraussage Humboldts
nsichtlich der wirtschaftlichen Bedeutung des Panamakanals in Zusammenhang
it dem nordamerikanischen Westen schon jetzt in glänzende Erfüllung gegangen.
e über vier Jahrzehnte vorhergegangene Fertigstellung des Suezkanals hat zwar
e von Humboldt verkündigte Verkürzung des Seewegs nach China durch den
namakanal in ihrer ursprünglichen Bedeutung geschmälert, aber der Panama-
nal hat dennoch für den Verkehr zwischen der atlantischen Küste der Vereinig-
n Staaten und Europa einerseits nnd dem fernen Osten anderseits gewaltige
opolitische Wirkungen ausgelöst. Die Schutzmauer, die Humboldt in der Land-
ge von Panama für die Unabhängigkeit von China und Japan erblickte, hat
cht verhindert, daß China zum Frieden von Nanking gezwungen wurde und
r amerikanische Admiral Perry die Öffnung japanischer Häfen durchsetzte.
ber der immer wache japanische Nationalstolz und der unter europäisch-ameri-
nischem Druck seines selbständigen Kulturwerts wieder machtvoll bewußt ge-
ordene Eigengeist des Chinesentums sind nunmehr Schutz und Schirm der
iden großen ostasiatischen Völker geworden und werden sich, wenn nicht alle
eichen trügen, stärker erweisen als der amerikanische Kontinent.

Wir erwähnten schon, daß die von Humboldt neben dem Panamakanal in den
ordergrund gestellten Wasserverbindungen das Tehuantepek-, des Nicaragua-
d des Atratokanals als geographische und technische Möglichkeiten in Betracht
men, und daß eine transkanadische Schiffahrtstraße, die vom Pazifik durch
e Rocky Mountains bis Edmonton am Nord-Saskatschewan geführt werde, und
hließlich mittels des St. Lorenzstroms den Atlantik erreiche, trotz der durch
e Bodengestaltung gegebenen Schwierigkeiten nicht aussichtslos sei. Wir möch-
n diesen Zukunftsblicken noch die Betrachtung anschließen, daß die geringe
ntfernung der Amazonasquellen von der pazifischen Küste einem Lande und
nem Volke, zu deren erprobten Eigentümlichkeiten die Verwirklichung un-
egrenzter Möglichkeiten gehört, einen besonderen Anreiz bieten würde, die Kor-

dilleren in den Dienst eines großen Gedankens zu stellen; aber in dieser Frage entscheidet heute (noch?) nicht der einheitliche Machtgedanke der Vereinigten Staaten von Amerika, sondern die von partikularem Eigenwillen getragenen und geleiteten Staatsregierungen des hispanischen Peru und des lusitanischen Brasilien.

Die über Erwarten großartige Entwicklung des Verkehrs im Panamakanal legt den Gedanken nahe, daß die Vereinigten Staaten die Ausführung weiterer interozeanischer Wasserstraßen schon jetzt ins Auge fassen, und in dieser Hinsicht ist das Vorgehen der Vereinigten Staaten, die vom Standpunkt der eigenen Sicherheit genötigt sind, der Ausgestaltung militärischer Gegenwirkung im gesamten mittelamerikanischen Bereich von Mexiko bis Kolumbien vorzubeugen, wohl begreiflich. Ebenso ist die Sicherung der atlantischen Aufmarschlinie*) durch die fährenverbundenen Bahnlinien Florida, Key-West, Guantanamo, Haiti, Portorico, San Thoma mit den Kriegshäfen Key-West und Guantanamo sowie durch die Erwerbung der an der atlantischen Küste von Nicaragua gelegene Inselgruppe der Little und Great Corn Islands, Serranes und Quita Sueño Banks und Roncador Cay in demselben Maße ein Gebot der Selbsterhaltung wie der Schutz des Kanals gegen Bedrohung von Westen her durch militärische Stützpunkte am Golfo Dulce (Costarica) und an der Fonsecabucht (Nicaragua). In den Rahmen der Verteidigung gegen einen Angriff auf der pazifischen Seite gehört ebenfalls die Frage, ob die Vereinigten Staaten dem Naturfrieden der Galapagos-Inseln ein Ende machen und sich außerdem auf den mexikanischen Revilla-Gigedo-Inseln festsetzen werden, um im Norden und Süden des westlichen Kanalaustritts Flankensicherungen einzurichten.

Wenn so weit die Rücksichten auf das Staatswohl ein entscheidendes Wort sprechen, so kann die Festsetzung der Vereinigten Staaten auf Hawai und auf den Philippinen nicht wohl anders beurteilt werden als der Versuch zur Gewinnung eines Sprungbretts nach der westlichen Küste des Pazifik. China und Japan, deren Unabhängigkeit — vom Standpunkt seiner Zeit wohl vornehmlich von Europa aus — Humboldt durch den ununterbrochenen amerikanischen Festlandwall gesichert sah, sind heute der beständigen Gefahr eines Angriffs der Vereinigten Staaten von der Ostseite her ausgesetzt. Wird die Monroe-Doktrin der Ausgangspunkt eines ungezügelten Imperialismus werden und den Stillen Ozean zum Kriegsschauplatz der Zukunft werden lassen oder wird sie neben dem berechtigten Anspruch auf ein amerikanisches Amerika auch die entsprechende Verpflichtung zur Anerkennung eines asiatischen Asien gelten lassen? Wir wissen es nicht, aber wir glauben an die immanente Gerechtigkeit der Weltgeschichte und glauben insbesondere mit Humboldt an das Recht Chinas (wie Japans) auf Unabhängigkeit. Das Siegel der Panamakommission trägt die Worte: The Land Divided — The World United

*) Siehe Dr. Otto Lutz, Verkehrsprobleme der Vereinigten Staaten (Nr. 4261 der Hl. Z. v. 1926).

öchten sie der geopolitischen Entwicklung unseres Jahrhunderts als Wahl- und
ahrspruch dienen im Sinne eines allgemein anerkannten und heilig gehaltenen
lbstbestimmungsrechts der Völker, ob sie nun zum Wirtschafts- und Kultur-
biet des Atlantischen oder des Stillen Ozeans gehören.

Alois Fischer:

DIE BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG 1925—1928

Die Bevölkerungsentwicklung weist im letzten Triennium in den meisten Län-
rn ähnliche Züge auf wie in den Jahren 1923 und 1924, in denen, wie der Be-
chterstatter in Z. f. G. 1925, S. 777, ausführte, das für die Nachkriegszeit typi-
he Entwicklungsbild zum erstenmal klar in Erscheinung tritt. Neue Momente
ssen sich nur in wenigen Ländern feststellen, darunter allerdings mehrere von
heblicher Wichtigkeit.

Zuerst sei einiges über die (zum vorliegenden Gegenstand überwiegend amtliche)
erichterstattung gesagt, wobei sich leider eine größere Breite und ein stärker
itisierender Charakter der Darstellung nicht vermeiden läßt. Da es sich im Zu-
mmenhang als zweckmäßig erweist, wird in diese Darlegungen gleich die An-
hrung der Ergebnisse der wichtigsten in der Berichtszeit stattgefundenen Volks-
hlungen verflochten. Die Berichterstattung läßt seit neuestem nicht nur, wie
ch schon früher, bei Asien, Afrika und Lateinamerika, sondern auch bei einigen
ropäischen Ländern erstaunlich viel zu wünschen übrig. Man sollte doch end-
h einmal zumindest von Staats wegen mit dem Unfug aufräumen, die Statistik
r Zwecke der Politik zu mißbrauchen, nicht minder aber auch die leider recht
ufigen unbeabsichtigten amtlichen Fehlschätzungen verhüten, indem man auf-
ört, mit wichtigen Aufgaben, wie z. B. mit der Berechnung des Bevölkerungs-
andes zwischen zwei Zählungen, auch solche Beamte zu betrauen, die mit der zu
handelnden Materie nicht vertraut sind oder für sie nicht den nötigen Ernst auf-
ingen. Leider wird allerdings von verschiedenen Staatsverwaltungen ungeachtet
r zunehmenden Erkenntnis von der Bedeutung der Statistik noch immer die
ewohnheit praktiziert, ausgerechnet die statistischen Ämter mit Minderbefähigten
sonders reichlich zu bedenken. Die unmöglichsten Bevölkerungsangaben leistet
ch in letzter Zeit Italien, wobei insbesondere eine Ziffer 42 115 606 für Ende 1925,
e in der Regel noch durch die irrige Behauptung ergänzt wird, daß die Bevölke-
ng Italiens in 4 Jahren um 3 Millionen zugenommen habe, in der einschlägigen
teratur Unheil angerichtet hat und noch anrichtet. Leider ist von der erwähnten
ystifikation auch die Z. f. G. nicht verschont geblieben (vgl. Castellani-
verhof, Italien in Afrika, 1927, S. 871, oder Dresler, Italienische Probleme,
27, S. 879), was aber angesichts der Tatsache, daß die angefochtene Ziffer seit

Anfang 1926 an allen Ecken und Enden auftaucht, daß sie einmal von Arnaldo Mussolini, dem Bruder des Duce, und einmal sogar in einer Rede im Senat vom Finanzminister Grafen Volpi zitiert wurde, gewiß nicht ganz unentschuldbar ist. Im übrigen hat der offizielle „Bollettino Mensile di statistica" im November 1926 eine sich gleichfalls auf Ende 1925 beziehende neue Ziffer publiziert, 40 548 666, die also wesentlich niedriger ist. Dazu wird noch ausdrücklich gesagt, daß es sich um die ortsanwesende Bevölkerung handelt, während dies bei der obenwähnten Ziffer nur daraus hervorzugehen scheint, daß sie von allen ihren Verbreitern mit der ortsanwesenden Bevölkerung nach Zensus 1921 verglichen wird. Aber auch diese neue Ziffer ist noch zu hoch. Eine Durchrechnung der offiziellen Geburten-, Sterbe- und Wanderungsziffern ergibt die nicht nur statistisch, sondern auch geopolitisch bedeutsame Tatsache, daß die Bevölkerung Italiens in der Zeit vom 1. Dezember 1921 bis Ende 1925 nicht um fast 1 800 000 und schon gar nicht um 3 000 000, sondern höchstens um 1 100 000 zugenommen hat. Benito Mussolini hatte also alle Ursache, bei der Eröffnung des „Istituto centrale di statistica" am 20. Dezember 1926 von einer „crisi della statistica italiana" zu sprechen und zu verkünden: „La statistica italiana deve ritrovare la gloria dei suoi primi tempi". Schließlich ist auch die in aller Welt verbreitete und selbst in Frankreich geglaubte Behauptung falsch, daß die ortsanwesende Bevölkerung Italiens schon größer sei als die Frankreichs. Die Bevölkerung Frankreichs stellt sich für Anfang 1928 noch um über eine halbe Million höher als die Italiens, wobei sich allerdings wegen des großen Unterschiedes in der natürlichen Bevölkerungsentwicklung trotz der starken Auswanderung aus Italien und der erheblichen Einwanderung nach Frankreich die Spannung zwischen den beiden Bevölkerungsziffern immer mehr verringert. Im Gegensatz zu Italien hat es mit Politik offensichtlich nichts zu tun, wenn man im Irischen Freistaat, wie das Resultat des Zensus vom 18. April 1926 (2 972 802) erwies, mit der amtlichen Fortschreibung der Bevölkerung um nahezu 200 000 zu hoch gekommen oder in Bulgarien, wie das Zählungsergebnis vom 31. Dezember 1926 (5 483 125) zeigte, um fast 300 000 zurückgeblieben war. Ein erheblich, und zwar um fast 3 Millionen höheres Ergebnis, als man erwartet hatte, zeitigte auch die Zählung vom 17. Dezember 1926 in der Sowjetunion (146 220 000), während das französische Zählungsergebnis vom 7. März 1926 (40 743 851) nur um weniges höher als die Ziffer ist, die man für den gleichen Stichtag auf Grund des Zensusergebnisses von 1921 und der offiziellen Angaben über die Bevölkerungsentwicklung in der Zwischenzeit errechnen konnte. Bedeutend und in ihren Ursachen nur zum kleinen Teil ergründlich sind die Schwankungen in den amtlichen Angaben über die asiatischen, afrikanischen und südamerikanischen Länder. So ist es zum Beispiel ausgeschlossen, sich den für die Zeit Ende 1920 bis 1. Oktober 1925 amtlich festgestellten Bevölkerungszuwachs in Korea von 2 231 000 zur Gänze zu erklären, wenn das

nd, wie gleichfalls amtlich nachgewiesen wird, im Durchschnitt der in Frage
mmenden Jahre einen Geburtenüberschuß von nur etwa 200 000 hatte und die
hl der Nichtkorreaner in der gleichen Zeit nur auf etwa eine halbe Million ge-
egen ist. Umgekehrt mutet das Ergebnis der neuen amtlichen Berechnung der
völkerung Niederländisch-Indiens für 31. Dezember 1925 (51 013 878) nach dem
s Zensus vom November 1920 (49 350 834) auffallend niedrig an, wenn man be-
nkt, daß der zensusmäßig erwiesene Jahreszuwachs im Durchschnitt 1905—1920
5 563 betrug und daß von sanitätsbehördlicher Seite keine Nachricht vorliegt,
ß sich die Bevölkerungsbewegung, die leider nicht direkt statistisch erfaßt wird,
der in Frage kommenden Zeit gegenüber früher einschneidend verändert hätte.
gegen vermeldet Britisch-Indien sehr im nachhinein für die Zeit 1922—1924
nen größeren Bevölkerungszuwachs, als er nach der schwachen Steigerung in
r Zeit bis einschließlich 1921 zu erwarten war.

Aus dem Niedergeschriebenen geht wohl deutlich hervor, welchen Schwierig-
iten der Statistiker begegnet, der bei einer länder- und jahrweisen Erfassung
s Bevölkerungsstandes die Fehler auf das kleinste, das ist das durch die Lücken
d unsichtbaren Mängel des Berichtsmaterials gegebene Maß beschränken will.
sonders im Auge zu behalten ist dabei die unbequeme Notwendigkeit, im Falle
r Akzeptierung von neuem Berichtsmaterial, das mit früheren Angaben nicht
Einklang zu bringen ist, dieses auch rückwirkend zu verwenden. Dabei läßt
sich zwar nicht vermeiden, daß oft große Teile einer schon vorhandenen Auf-
llung abgeändert werden müssen (vgl. z. B. die Unterschiede zwischen der auf
ite 344 folgenden Übersicht über den Bevölkerungsstand mit der in Z. f. G.
25, S. 766—769), die neue Übersicht repräsentiert jedoch dafür in allen ihren
ilen den jeweils bestenfalls erreichbaren Grad an Genauigkeit. Derartige Am-
ionen hat man allerdings weder im Internationalen Statistischen In-
itut im Haag, noch im Statistischen Amt des Völkerbundes in Genf, wo
n nach alter Manier noch immer Angaben, die sich auf sehr verschiedene
itpunkte beziehen, zusammenaddiert und zu den Endsummen die Jahreszahl
zt, die bei den Summanden am häufigsten vorkommt. Daneben hat übrigens
le der neuesten Berechnungen der beiden internationalen Institute noch ihre
sonderen Schwächen. Die im „Aperçu de la Démographie des divers Pays
Monde 1925“ publizierte vergleichende Berechnung der Erdbevölkerung des
ffice permanent“ des Haager Instituts für 1910, 1920 und 1924 verwendet
China für 1910 die Ziffer des „Board of Interior Census“, also über 331 Mil-
nen, während bei 1920 und 1924 die von ganz anderen Voraussetzungen aus-
henden späteren offiziellen Berechnungen, welche die Bevölkerung Chinas
ischen 428 und 443 Millionen annehmen, eingesetzt werden. Durch diesen Ver-
eich von gänzlich Unvergleichbarem erscheinen die mehr als 100 Millionen, um
lche die verschiedenen amtlichen und halbamtlichen Angaben über die Be-

völkerung Chinas differieren (vgl. Z. f. G. 1925, S. 763), bei diesem, bei Asien und bei der Erdbevölkerung als Zuwachs. In der im „Annuaire Statistique International 1926" veröffentlichten Berechnung des Statistischen Amts des Völkerbundes ist es dagegen (vgl. S. 12 dieses Werkes) passiert, daß eine Areal-ziffer in die Einwohnerrubrik gerutscht ist und der Fehler durch die ganze Berechnung weitergeschleppt wurde, ferner weiß man an besagter Stelle nicht, wann die letzte französische Volkszählung durchgeführt wurde, schließlich verwendet man für einzelne Gebiete mit nicht oder nur teilweise zensusmäßig erfaßter Bevölkerung ungewöhnlich hohe Schätzungsziffern, die sich nirgends in der einschlägigen Literatur finden oder überholt sind, so für die unabhängigen Staaten von Arabien 10 Millionen (statt 3 Millionen), für Afghanistan 12 Millionen (statt 6 bis 8 Millionen), für den Belgischen Kongo 15 Millionen (im Belgischen Kongo wurden am 31. Dezember 1921 7 153 000 Bewohner gezählt und die restliche Bevölkerung auf 1 1/4 Millionen geschätzt, so daß wir selbst einschließlich der etwa 3 Millionen Einwohner von Ruanda-Urundi nur auf 11 Millionen kommen) usw. Die Übersicht 1 auf Seite 344 beginnt mit Anfang 1920, da sich der verändernde Einfluß des in den letzten Jahren herausgekommenen neuen Materials gegenüber der Aufstellung in Z. f. G. 1925, S. 766—769, die für die Entwicklung in der Zeit 1800—1920 auch weiterhin maßgebend bleibt, bis zu diesem Zeitpunkt erstreckt. An manchen der Ziffern für 1926 und 1927 dürfte, wie die bisherigen Erfahrungen zeigen, bei rückwirkender Verwendung von in den nächsten Jahren erscheinendem Berichtsmaterial noch etwas gefeilt werden müssen, Veränderungen größeren Ausmaßes sind jedoch nicht zu erwarten. Die Angaben für Anfang 1928 sind als Provisorium zu werten. Die Übersichten 2 und 3 auf Seite 346 und 347 bringen die neuesten Daten über die natürliche Bevölkerungsentwicklung und über die Wanderbewegung. Die Prozentsätze in Übersicht 2 sind im Gegensatz zum unrichtigen Gebrauch mancher statistischer Ämter, solche Berechnungen auf der letzten Zensusbevölkerung zu basieren, durchweg von der mittleren Jahresbevölkerung berechnet.

Wir verzeichnen in den letzten drei Jahren eine Zunahme der Erdbevölkerung um 45 Millionen oder um 15 Millionen = fast 8 ‰ im Jahr (gegenüber 16 Millionen = rund 9 ‰ in den letzten Vorkriegsjahren). Davon entfallen 13 Millionen oder 4 1/3 Millionen = über 9 ‰ im Jahr auf Europa (gegenüber 6 Millionen = rund 13 ‰ knapp vor dem Kriege). Die Bevölkerung der Erde stellt sich für Anfang 1928 um 112 Millionen = 6,2 % höher als für Mitte 1914 oder für Anfang 1920, für welche zwei Zeitpunkte sich bekanntlich die gleiche Ziffer ergibt, während wir in Europa einen Bevölkerungsstand antreffen, der zwar erst um 13 Millionen = 2,8 % höher als derjenige von 1914, aber schon wieder um 34 Millionen = 7,6 % größer als derjenige von 1920 ist. Es gibt jedoch trotz diesem Zuwachs noch immer Gebiete, in denen die durch den Weltkrieg und seine Folgen her-

rgerufenen Bevölkerungsverluste noch nicht zu Gänze wettgemacht sind. An r Spitze dieser Länder steht Lettland, dessen Bevölkerung noch um über 0000 hinter der des gleichen Gebietes im Jahre 1914 zurückbleibt, so daß wir genblicklich noch nicht einmal volle drei Viertel des damaligen Bevölkerungsandes vorfinden. In Frankreich gegenwärtigen Umfanges wohnen derzeit noch n etwa 600000 und im jetzigen Österreich noch um fast 250000 Menschen eniger als in den gleichen Gebieten um Mitte 1914. Dagegen haben die Sowjetnion und Polen, wo wir seinerzeit für Anfang 1925 noch einen erheblichen bgang von Bevölkerung gegenüber 1914 feststellten, ihre Bevölkerungsverluste urch die hohen Geburtenüberschüsse der drei letzten Jahre etwa wieder hereinebracht, obwohl in einem breiten Streifen beiderseits der gemeinsamen Grenze ich jetzt noch weniger Menschen sitzen als um Mitte 1914; dafür beherbergen erzeit andere, vor allem die zentral gelegenen Landschaften der beiden Staaten, ne größere Bewohnerschaft als damals. In allen anderen europäischen Ländern t die Bevölkerung größer als um Mitte 1914, und zwar im Deutschen Reich eutigen Umfanges um fast 3 1/2 Millionen, auf dem Gebiet des gegenwärtigen alien um über 3 Millionen, auf den Britischen Inseln und in Spanien um je fast Millionen, in den Niederlanden um 1 1/3 Million (21 %! Größtes relatives Belkerungswachstum der letzten Zeit in Europa!), in Griechenland gegenwärtigen mfanges (Rückwanderung aus der Türkei!) um 1 1/4 Million usw. Die Spannung vischen den Bevölkerungsziffern Belgiens und der Niederlande hat sich von 1900 s jetzt von 1 1/2 Millionen auf 300000 verengt.

Die am meisten hervorstechende Erscheinung in der natürlichen Bevölkeungsentwicklung der drei letzten Jahre ist ein weiteres Abbröckeln der Geurtenziffern in den Kerngebieten der abendländischen Kultur. Die Promillsätze reichen dabei verschiedenenorts neue, noch nie dagewesene Tiefpunkte. Intersant ist aber, daß die Reihe der Geburtenrückgangsländer nicht mehr von rankreich geführt wird, sondern daß dem klassischen Land des Geburtenrückanges im Laufe der Berichtszeit gleich vier Länder seinen durch ein Jahrhundert ehaupteten Rang als Land mit dem am weitesten fortgeschrittenen Geburtenickgang abgelaufen haben. Während Frankreich 1926 noch eine Geburtenrate on 18,8 ‰ behauptet, weisen in diesem Jahr Großbritannien nur noch 18,3 ‰, e Schweiz nur noch 18,2 ‰, Estland (!) nur noch 17,7 ‰ und Schweden gar ır noch 16,9 ‰ Geburten nach (ein Vergleich mit den Angaben über Albanien i hier besser unterlassen, weil diese vermutlich unvollständig sind, so daß die romillsätze zu niedrig sein dürften). Außerdem folgen Frankreich einige Länder art auf dem Fuße, Österreich und Belgien mit 19,1 ‰, das Deutsche Reich mit),5 ‰ und Norwegen mit 19,7 ‰ Geburten (Belgien 1925, die übrigen Länder)26). Allerdings haben die erwähnten Länder mit Ausnahme von Estland beeutend niedrigere Sterberaten als Frankreich, so daß sich noch immer Geburten-

überschüsse von 5,1 $^0/_{00}$ p. a. (Schweden!) aufwärts ergeben. Über die Sterblichke
in der Berichtszeit ist im allgemeinen zu sagen, daß sich die Promillsätze in de
Jahren 1925 und 1926 fast überall weiter gesenkt haben, während für 1927, fü
welches Jahr noch keine vollständigen Angaben vorliegen, wegen der Influenza
epidemie im ersten Quartal für einige Länder höhere Sätze zu erwarten sind
Dies gilt besonders von Westeuropa, wo Frankreich und Großbritannien für das
erwähnte Quartal sogar eine Negativität der Bilanz der natürlichen Bevölkerungs
bewegung, und zwar um 32 000 bzw. um 2 000 vermelden. Schließlich sei noch de
zwei wichtigsten populationistischen Ereignisse der Berichtszeit in Außereuropa
gedacht, des schon erwähnten Wiedereinsetzens stärkerer Volksvermehrung in
Britisch-Indien und des Emporschnellens der japanischen Geburtenüberschußziffer
von 744 000 im Jahre 1924 auf 943 000 im Jahre 1926. Beide Vorgänge sind
vor allem auf das Konto Sterblichkeitsabnahme zu setzen.

Die Tatsache, daß die Geburtenrate Frankreichs von einigen Ländern unterboten wurde, nimmt ihr die Rolle des allein in Betracht zu ziehenden Faktors, die sie bei allen bisherigen Disputen über das Bevölkerungsproblem dieses Landes gespielt hat, und zwingt, nicht zuletzt wegen der Möglichkeit von Rückschlüssen auf andere Länder, sich auch mit der französischen Sterbeziffer näher zu befassen. Die französische Sterbeziffer ist um fast volle 50 $^0/_0$ höher als die des Deutschen Reiches oder Großbritanniens. Mit der beliebten Erklärung Dekadenz und niedriger hygienischer Standard können wir dabei nur sehr wenig anfangen. Eine die Sterblichkeit beeinflussende Dekadenz dürfen wir doch kaum anderswo als in den Großstädten suchen. Während aber in Großbritannien (1921) 39 $^0/_0$ und im Deutschen Reich (1925) 27 $^0/_0$ der Gesamtbevölkerung in Großstädten siedelten, hatte Frankreich, auch wenn man in Verbesserung der offiziellen Angabe die Bevölkerung des ganzen Département Seine dazurechnet, 1921 nur 19 $^0/_0$ Großstadtbevölkerung. Seither haben sich die Verhältnisse kaum geändert. Schließlich dürfen wir auch nicht außer Betracht lassen, daß der Pariser Vergnügungsbetrieb, den man so gern als eines der Hauptsymptome der französischen Dekadenz ansieht, in erster Linie den Fremden dient und zu einem großen Teil auch von Fremden unterhalten wird. Der eingesessene Pariser nimmt an den Vergnügungen seiner Stadt weit weniger Anteil als beispielsweise der Wiener oder gar der Berliner. Der stärker biedermännische Zug des Parisers von heute kommt im übrigen auch bei einer Gegenüberstellung der Geburtenziffern der drei Metropolen zum Ausdruck, die sich für 1927 (bis jetzt liegen die Daten bis Oktober vor) für Paris noch auf etwa 15 $^0/_{00}$, für Wien aber nur auf etwa 11 $^0/_{00}$ und für Berlin gar nur noch auf etwa 9 $^0/_{00}$ stellen dürften. Aber auch im hygienischen Standard dürfen wir nicht die Hauptursache der hohen Sterblichkeit der französischen Bevölkerung suchen. Die diesbezüglichen Verhältnisse liegen doch auch, objektiv betrachtet, nur in einigen Gegenden des Südens auffallend unter dem deutschen oder dem

glischen Durchschnitt. Schließlich müßte sich ein niedriger hygienischer Stan-
rd, zumal bei einer teilweise dekadenten Bevölkerung, doch auch in der Säug-
gssterblichkeit zu erkennen geben; diese betrug aber 1925 nur 8,9% (gegen
erdings 7% 1926 in Großbritannien, aber 10,1% 1926 im Deutschen Reich).
Hauptursache der hohen Sterblichkeit in Frankreich kann darum nur die
tersstruktur seiner Bevölkerung in Betracht kommen. Der Altersaufbau einer
völkerung unterliegt hauptsächlich durch die wechselnde absolute Stärke der
burtenziffern, dann aber auch durch alle Faktoren, welche in bezug auf das
ter ungleich verteilte Auswirkungen auf die Bevölkerungsgröße zeitigen, wie
rch Kriegsverluste, Krankheiten, Wanderungen, beständigen Veränderungen.
e Bevölkerungen der europäischen Länder weisen im gegenwärtigen Entwick-
ngsstadium in erster Linie durch den Umstand, daß die analogen Phasen des
burtenrückganges in verschiedenen Ländern in verschiedene Zeiten fielen, er-
bliche Unterschiede in der Alterszusammensetzung auf, die es verbieten, daß
nge, für die das Lebensalter von ausschlaggebender Bedeutung ist, wie z. B.
ehrhaftigkeit, Berufsanwartschaft, Sterblichkeit usw., kommentarlos nach dem
völkerungsschlüssel verglichen werden. So befinden sich, um wieder zu unserem
spiel zurückzukehren, derzeit die Überlebenden der stärksten französischen
burtsjahrgänge (1861—1870) schon in Lebensaltern mit hoher, die der stärk-
n Geburtsjahrgänge des Deutschen Reiches und Großbritanniens (1901—1905)
r noch in solchen mit niedriger Sterblichkeit. Die französische Bevölkerung
derzeit die relativ älteste unter allen Staatsbevölkerungen der Erde. Der Anteil
Über-40jährigen an der Gesamtbevölkerung betrug (1921) 39% (gegen 32%
21 in Großbritannien und 30% 1919 im Deutschen Reich), der Anteil der
er-60jährigen (1921) 13,7% (gegen 9,4% 1921 in Großbritannien und 8,6%
9 im Deutschen Reich).

Bevölkerungsfragen bilden immer häufiger den Gegenstand wissenschaftlicher
l politischer Erörterungen, was als Zeichen der zunehmenden Erkenntnis von
er Bedeutung zu begrüßen ist. Leider krankt aber die Mehrzahl der dies-
üglichen Darstellungen noch immer an einer die Dinge allzu tendenziös ent-
lenden Betrachtungsweise, wozu häufig auch noch ein erstaunlicher Mangel
geopolitischem Einfühlungsvermögen tritt. So stand beispielsweise der haupt-
hlich von u.-s.-amerikanischer Seite finanzierte und von u.-s.-amerikanischen
l englischen Naturwissenschaftlern geleitete Weltbevölkerungskongreß in
nf (31. August bis 3. September 1927), über den schon Professor Haushofer
ichtet hat (Z. f. G. 1927, S. 841), deutlich im Zeichen neomalthusianistischer
warzmalereien und provozierte deshalb die Gründung eines „Comité Inter-
ional pour la défense de la vie et de la famille". Die geopolitischen
ange meistert aber selbst ein Benito Mussolini nicht, wenn er (er tat dies
26. Mai 1927) bedenkenlos ausspricht, daß Italien, falls es in der Welt etwas

gelten wolle, in die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts mit einer Bevölkerung von nicht weniger als 60 Millionen eintreten müsse. Es gibt zwar auch im deutschen Volk Leute, die nicht minder leichtfertig von einer künftigen 100-Millionen-Bevölkerung des Deutschen Reiches reden, wie z. B. der Rassenforscher K. F. Wolff. Hat man sich aber auch nur annähernd eine Vorstellung darüber gemacht, welche ungeheuren Hemmnisse einer Absicht, den italienischen Lebensraum mit 60 oder den deutschen mit 100 Mill. Menschen zu belasten, entgegenstehen? Dazu setzt Mussolini seiner Aufgabe, die er mit der von ihm propagierten „Schlacht der Geburten" bewerkstelligen will, auch noch eine Frist. Bis jetzt funktioniert die Geburtenschlacht als nicht schlecht angelegte Defensive mit geringen Terrainverlusten in den kulturell höchststehenden Landschaften, in denen übrigens der Geburtenrückgang im Gegensatz zum Süden mit seiner unverändert hohen Geburtlichkeit schon eine tief eingewurzelte Erscheinung ist. Die Geburtenziffer von Ligurien ist heute schon so niedrig wie die Schwedens und die von Piemont entspricht etwa der des Deutschen Reiches. Im November 1927 gab es auch eine bemerkenswerte Debatte über das Bevölkerungsproblem im ungarischen Abgeordnetenhaus, in der der gewesene Ministerpräsident Karl Huszar ausführte, daß in Ungarn das Einkindersystem schon zur Regel geworden sei (so schlimm ist es doch noch nicht!), und dies als eine Folge der Bolschewisierung des Familienlebens hinstellte, obwohl doch der Geburtenrückgang — bei aller Abneigung gegen den Bolschewismus — eine typisch westeuropäische Erscheinung ist. Groteskerweise empfahl dann Huszar als Mittel gegen den Geburtenrückgang die Einschränkung des Erbrechtes, also eine bolschewistische Maßnahme. Nicht im selben Maße anfechtbar, aber auch nicht gerade glücklich ist die Entgegnung des Ministerpräsidenten Grafen Bethlen, der erklärte, daß er die Ansicht Huszars über die Krise der Familie teile, da Ungarn vor dem Kriege 34 ‰ Geburten gehabt habe, jetzt aber deren nur noch 26 ‰ aufweise. Dabei wird aber übersehen, daß sich die 34 ‰ auf Vorkriegs-Ungarn beziehen. Auf dem Gebiet des gegenwärtigen Ungarn war die Geburtenrate erheblich niedriger. Schließlich meinte Graf Bethlen, offenbar zu sehr in der Balance of Power-Idee befangen, daß der Weltkrieg hätte vermieden werden können, wenn Frankreich mit der Vermehrung der anderen Völker Schritt gehalten hätte. Viel wahrscheinlicher ist, daß er dann früher ausgebrochen wäre, wenn auch wahrscheinlich mit anderer Mächtegruppierung (England!), ja möglicherweise sogar mit anderem Ausgang für uns Deutsche.

Die Zunahme der Bevölkerung der Erde füllt gegenwärtig in etwa 4 Jahren 1 % ihrer maximalen Tragfähigkeit bei Anwendung vollkommenster gegenwärtiger technischer Mittel (vgl. Z. f. G. 1925, S. 848). Der Grad der Inanspruchnahme der letzteren beträgt derzeit 31 % (gegen 29 % im Jahre 1920). Dieser noch geringe Satz deklariert zwar die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwiegend als solche der Bevölkerungsverteilung, man möge jedoch, ganz abgesehen davon, daß

ch einer so gekennzeichneten Krise nur durch Mobilisierung großer Mittel
geholfen werden kann, bedenken, daß die noch wenig erschlossenen Lebens-
ıme für die Angehörigen der derzeit herrschenden Nationen aus klimatischen
ünden nur in beschränktem Maße in Betracht kommen, um deren Bestreben,
h für die Zukunft soviel Lebensraum als nur möglich zu sichern, zu verstehen.
s solchen Erwägungen entspringt nicht nur die neue Einwanderergesetzgebung
r U.S.A., sondern auch ihr Versuch auf dem jüngsten Weltbevölkerungskon-
eß, Europa in sozialtheoretischem Gewande die Geburtenkontrolle aufzudrängen.
r Endkampt um die Großräume der Erde hat begonnen. Achte dabei Europa
rauf, nicht ins Hintertreffen zu geraten, wenn es, nachdem es schon nicht
ehr wirtschaftlicher Mittelpunkt der Erde ist, wenigstens noch kultureller
ttelpunkt bleiben will. Hüte man sich aber auch in Deutschland, wenn
an schon aus Rücksicht auf die asiatischen Altkulturvölker dem Ruf „Asien
n Asiaten!“ eine gewisse Berechtigung nicht absprechen will, streng vor einer
nerkennung der Devise „Afrika den Afrikanern!“ Denn es ist doch nichts
deres als selbstmörderischer Wahnsinn, den überwiegend hochstehenden Rassen
rneuropas (300 Millionen) die Bescheidung mit 5 Mill. qkm zu predigen, aber
n 140 Mill. Afrikanern das Recht zuzugestehen, sich auf 30 Mill. qkm Fläche
f 1650 Millionen vermehren zu dürfen, ganz abgesehen, daß Europa, wie man
den Beispielen Haiti und Liberia leicht voraussehen kann, zum Schluß noch
erdies die Erkenntnis passieren könnte, daß „Afrika den Afrikanern!“ wirt-
aaftlich soviel wie „Afrika den Amerikanern!“ bedeutet hat.

Übersicht 1:

Entwicklung des Bevölkerungsstandes 1920—1928

in Tausenden

Der Begriff „Europa“ wird entsprechend der gegenwärtig häufigsten Auffassung im Osten bis zu[r] Westgrenze der Kreise Tobolsk, Tjumen und Kurgan und der Republik Kasakstan und im Südoste[n] bis zum Kaukasus angenommen.

	Anfang 1920	Anfang 1921	Anfang 1922	Anfang 1923	Anfang 1924	Anfang 1925	Anfang 1926	Anfang 1927
I. Europa	*450,000*	*451,000*	*455,000*	*460,000*	*466,000*	*471,000*	*476,000*	*480,000*
Union der Sowjetrepubliken (europäisches Gebiet)	106,000	104,000	105,000	106,500	108,500	110,500	112,500	114,400
Deutsches Reich (mit Saargebiet)	60,000	61,000	61,800	62,300	62,650	63,100	63,650	64,100
Großbritannien und Irland	46,900	47,150	47,500	47,750	47,950	48,150	48,350	48,500
Frankreich	39,000	39,380	39,550	39,800	40,150	40,500	40,720	40,900
Italien	38,250	38,500	38,780	39,060	39,250	39,470	39,830	40,180
Polen	27,500	27,300	27,400	28,000	28,480	28,880	29,250	29,630
Spanien (ohne Kanar. Inseln)	20,700	20,860	21,050	21,175	21,300	21,470	21,630	21,780
Rumänien	15,900	16,000	16,250	16,500	16,735	16,975	17,200	17,400
Tschechoslowakei	13,500	13,600	13,730	13,850	13,990	14,120	14,245	14,355
Jugoslawien	11,800	12,000	12,150	12,310	12,480	12,650	12,810	12,970
Ungarn	7,920	7,980	8,040	8,120	8,220	8,275	8,365	8,455
Belgien	7,400	7,465	7,530	7,600	7,670	7,745	7,810	7,875
Niederlande	6,750	6,865	6,980	7,085	7,215	7,315	7,415	7,525
Österreich	6,425	6,460	6,500	6,530	6,565	6,605	6,645	6,665
Schweden	5,850	5,905	5,955	5,990	6,005	6,035	6,055	6,075
Portugal (ohne Azoren und Madeira)	5,590	5,625	5,700	5,770	5,825	5,885	5,950	6,000
Griechenland (europäisches Gebiet)	4,750	4,770	4,800	4,800	5,750	5,800	5,850	5,900
Bulgarien	4,800	4,845	4,950	5,050	5,155	5,260	5,370	5,485
Schweiz	3,865	3,880	3,890	3,900	3,915	3,925	3,945	3,970
Finnland	3,335	3,365	3,400	3,435	3,470	3,495	3,525	3,550
Dänemark (m. FärÖer)	3,250	3,290	3,330	3,365	3,395	3,430	3,465	3,495
Norwegen	2,620	2,650	2,680	2,710	2,730	2,755	2,775	2,790
Litauen	2,100	2,110	2,130	2,150	2,175	2,200	2,230	2,255
Lettland	1,550	1,650	1,750	1,780	1,810	1,845	1,857	1,870
Europ. Türkei	1,500	1,500	1,450	1,400	1,190	1,200	1,200	1,200
Estland	1,050	1,070	1,090	1,107	1,110	1,112	1,115	1,117
Andere Länder	1,805	1,810	1,820	1,830	1,840	1,860	1,875	1,890
II. Asien	*1 000,000*	*1 002,000*	*1 006,000*	*1 012,000*	*1 019,000*	*1 025,000*	*1 032,000*	*1 039,000*
China	431,000	431,000	432,000	434,000	436,000	438,000	440,000	441,000
Britischer Besitz	339,000	339,500	340,000	342,000	344,500	345,800	347,500	350,000
(dav. Britisch-Indien [mit Nepal])	(324,000)	(324,500)	(325,000)	(327,000)	(329,500)	(330,800)	(332,500)	(335,000)
Japan	55,700	56,200	56,900	57,600	58,300	59,075	59,950	60,900
Niederländisch-Indien (ohne West-Neu-Guinea)	48,700	49,200	49,500	49,800	50,200	50,500	50,800	51,100
Union der Sowjetrepubliken (asiatisches Gebiet)	28,000	28,000	28,500	29,000	29,600	30,300	31,100	31,900

	Anfang 1920	Anfang 1921	Anfang 1922	Anfang 1923	Anfang 1924	Anfang 1925	Anfang 1926	Anfang 1927	Anfang 1928
e Neben-									
. . . .	21,900	22,200	22,700	23,200	23,700	24,300	24,900	25,400	
cher Besitz	21,500	21,700	22,000	22,200	22,500	22,800	23,000	23,250	
e Türkei . .	13,000	13,000	13,000	12,900	12,250	12,350	12,450	12,550	
Vereinigten v. Amerika	10,500	10,700	10,900	11,050	11,200	11,350	11,500	11,650	
. . . .	9,210	9,310	9,410	9,515	9,620	9,725	9,850	10,000	
änder . . .	21,000	21,000	21,000	21,000	21,000	21,000	21,000	21,000	
ka	*132,000*	*132,000*	*133,000*	*134,000*	*135,000*	*136,000*	*137,000*	*138,000*	*139,000*
Besitz . . .	49,300	49,800	50,500	51,000	51,500	52,000	52,500	53,000	
afrikanische [mit Schutz- atgebieten])	(7,750)	(7,870)	(8,000)	(8,125)	(8,250)	(8,400)	(8,550)	(8,700)	
cher Besitz	35,700	35,750	35,900	36,100	36,300	36,500	36,700	36,900	
. . . . . .	12,880	13,020	13,100	13,300	13,500	13,700	13,900	14,135	
Länder . . .	34,000	34,000	34,000	34,000	34,000	34,000	34,000	34,000	
rika	*210,000*	*213,000*	*216,000*	*219,000*	*222,000*	*226,000*	*229,000*	*232,000*	*235,000*
e Staaten v. a	105,830	107,450	109,100	110,650	112,600	114,200	115,700	117,300	119,000
. . . .	30,800	31,300	31,800	32,300	32,800	33,400	34,000	34,600	
. . . .	14,300	14,300	14,300	14,300	14,300	14,300	14,300	14,300	
Besitz . . .	11,100	11,200	11,350	11,500	11,650	11,800	11,950	12,120	
ada)	(8,600)	(8,700)	(8,850)	(9,000)	(9,150)	(9,300)	(9,440)	(9,610)	
en	8,500	8,700	8,900	9,200	9,550	9,830	10,090	10,350	
n	5,950	6,050	6,150	6,250	6,350	6,450	6,550	6,650	
. . . .	5,500	5,550	5,600	5,650	5,700	5,750	5,800	5,850	
. . . .	3,725	3,755	3,780	3,820	3,860	3,905	3,950	3,985	
. . . .	2,900	3,050	3,150	3,200	3,300	3,370	3,415	3,510	
. . . .	3,100	3,150	3,200	3,250	3,300	3,350	3,400	3,450	
. . . .	2,875	2,900	2,925	2,950	2,975	3,000	3,025	3,050	
. . . .	2,100	2,125	2,150	2,175	2,210	2,250	2,280	2,315	
á	1,925	1,975	2,025	2,075	2,110	2,150	2,200	2,250	
. . . .	1,980	1,990	2,000	2,010	2,030	2,050	2,070	2,090	
. . . .	1,470	1,500	1,530	1,565	1,600	1,640	1,680	1,720	
. . . .	1,475	1,500	1,525	1,550	1,580	1,610	1,635	1,660	
der der Ver. v. Amerika	1,400	1,420	1,450	1,475	1,500	1,525	1,540	1,560	
änder . . .	4,690	4,730	4,780	4,835	4,910	4,985	5,080	5,160	
ralien und n	*8,100*	*8,300*	*8,400*	*8,600*	*8,700*	*8,900*	*9,100*	*9,200*	*9,400*
Besitz . . .	7,450	7,600	7,720	7,850	8,000	8,150	8,300	8,450	
ustralischer und [mit u. Mandat-])	(5,770)	(5,900)	(6,010)	(6,130)	(6,290)	(6,430)	(6,550)	(6,670)	
-Seeland -u.Mandat-])	(1,300)	(1,315)	(1,325)	(1,335)	(1,345)	(1,355)	(1,385)	(1,415)	
inder . . .	670	680	700	715	725	735	750	760	
ktis	*1,14*	*1,14*	*1,14*	*1,14*	*1,14*	*1,14*	*1,14*	*1,14*	
erung	*1 800,000*	*1 806,000*	*1 818,000*	*1 834,000*	*1 851,000*	*1 867,000*	*1 883,000*	*1 898,000*	*1 912,000*

Übersicht 2:

Natürliche Bevölkerungsbewegung

(neueste Daten).

	In Tausenden			In Promille der Bevölkerung		
	Geburten	Sterbefälle	Geburten-überschuß	Geburten	Sterbefälle	Geburten-überschuß
Hongkong (1925)	37	15	22	46,4	19	27,4
Guatemala (1923)	89	36	53	42,4	17,1	25,3
Rio Grande do Sul (1920)	69	24	45	33,6	11,5	22,1
Union d. Sowjetrepubl. [Rußland: 51 Gouvernements, Moskau, Petersburg, Ukraine] (1923)	4 217	2 235	1 982	40,5	21,5	19
Ägypten (1924)	605	344	261	43,3	24,6	18,7
Bulgarien (1925)	197	102	95	37	19,2	17,8
Formosa (1922)	161	95	66	43,3	25,5	17,8
Argentinien (1925)	306	134	172	30,7	13,4	17,3
Südafrika, weiße Bevölkerung (1926)	44	16	28	26,2	9,5	16,7
Ceylon (1926)	207	125	82	41	24,7	16,3
Philippinen (1925)	388	206	182	34	18,1	15,9
Japan (1926)	2 104	1 161	943	34,8	19,2	15,6
Salvador (1925)	57	33	24	35,4	20,3	15,1
Kanada (1925)	241	99	142	25,8	10,6	15,2
Uruguay (1926)	43	18	25	25,4	10,5	14,9
Rumänien (1925)	605	363	242	35,4	21,2	14,2
Niederlande (1926)	177	73	104	23,8	9,8	14
[Staat] São Paulo (1921)	159	93	66	34	20	14
Litauen (1926)	64	34	30	28,5	15,4	13,1
Australien (1926)	133	57	76	22	9,4	12,6
Neu-Seeland (1926)	28	12	16	21,1	8,7	12,4
Chile (1925)	156	109	47	39,8	27,7	12,1
Korea (1922)	595	388	207	33,1	21	12,1
Ver. Staaten von Amerika (1924)	2 645	1 333	1 312	23,3	11,7	11,6
Portugal (1923)	209	140	69	33,9	22,7	11,2
Spanien (1926)	663	421	242	29,9	19	10,9
Italien (1926)	1 096	677	419	27,4	16,9	10,5
Dänemark (1925)	72	37	35	21,1	10,9	10,2
Ungarn (1926)	224	138	86	26,7	16,5	10,2
Norwegen (1926)	55	30	25	19,7	10,6	9,1
Tschechoslowakei (1926)	350	222	128	24,4	15,5	8,9
Finnland (1925)	78	47	31	22,3	13,5	8,8
Deutsches Reich (1926)	1 226	735	491	19,5	11,7	7,8
Lettland (1926)	40	28	12	21,5	14,8	6,7
Schweiz (1926)	72	46	26	18,2	11,7	6,5
Großbritannien (1926)	825	537	288	18,3	11,9	6,4
Irischer Freistaat (1925)	62	44	18	20,8	14,6	6,2
Britisch-Indien, Provinzen (1924)	8 137	6 879	1 258	34,4	28,5	5,9
Belgien (1925)	150	105	45	19,1	13,4	5,7
Schweden (1926)	102	71	31	16,9	11,8	5,1
Österreich (1926)	127	99	28	19,1	14,9	4,2
Estland (1926)	20	18	2	17,7	16	1,7
Frankreich (1926)	766	713	53	18,8	17,5	1,3
Straits Settlements (1926)	34	33	1	34	33	1
Mexiko (1922)	425	455	—30	30	32	—2

Der Geburtenüberschuß von Polen kann im Durchschnitt der letzten Jahre mit etwa 15‰, d[...] von Jugoslawien mit etwa 13,5‰ und der von China mit rund 5‰ angenommen werden.

Übersicht 3:

Wanderbewegung

(neueste Daten)

Auswanderung 1926		
Italien	245.000*)	
dav. nach Übersee	119.000	
Großbritannien und Irland	197.000	nach Übersee
Polen	167.000	
dav. nach Übersee	49.000	
Deutsches Reich	65.000	nach Übersee
Spanien	45.000	„ „
Portugal	33.000	„ „
Rumänien	19.200	„ „
Jugoslawien	15.700	„ „
Tschechoslowakei	12.100	„ „
Schweden	10.200	„ „
Norwegen	9.300	„ „
Finnland	7.100	„ „
Ungarn	5.900	„ „
Dänemark	5.800	„ „
Schweiz	4.950	„ „
Belgien	3.670	„ „
Österreich	3.460	„ „
Niederlande	3.060	„ „

Einwanderung 1926		
Vereinigte Staaten v. Amerika	304.000	
Frankreich	163.000**)	
Kanada (1926/27)	144.000	
Argentinien	135.000	
Brasilien	67.000	
Australien	59.000	
Kuba	32.000	
Mexiko	30.000	
Neu-Seeland	17.900	
Uruguay (1922)	15.400	Zuwanderungsüberschuß
Palästina	13.900	
Südafrika	6.600	

*) Rück- und Einwanderung 170.000. — **) Rückwanderung 41.000.

Anmerkung:

Die Jahreszahlen bei Kanada (1925) und Südafrika (1926) in Übersicht 2 bleiben unverändert! e Angaben über die Bevölkerungsentwicklung erfahren deshalb so weitgehende Änderungen, weil i Südafrika ein Fehler der Berichterstattung ausgemerzt wurde und bei Kanada die Angaben ver-llständigt wurden (in den bisherigen Angaben fehlte die Provinz Quebec).

ERICH OBST:

LITERATURBERICHT*)

Oberrheinische Landschaften. Eine Aufsatzreihe. Sonderheft der „Geographischen Zeitschrift“ anläßlich des 22. Deutschen Geographentages in Karlsruhe, herausgegeben von Prof. Dr. A. Hettner. 120 Seiten mit einigen Skizzen im Text. Verlag B. G. Teubner, Leipzig-Berlin 1927. Kart. M. 3.20.

Diese Festgabe der „Geographischen Zeitschrift“ wird allen Teilnehmern des Karlsruher Geographentages besonders wertvoll, jedem, der die Oberrheinlande bereist, ein sehr willkommener Führer sein. Hettner selbst skizziert in dem Vorwort die geographische Individualität des Oberrheingebiets. H. Schrepfer bietet nach dem üblichen Schema einen landeskundlichen Überblick über den südlichen Schwarzwald. Eine morphologische Studie über den nördlichen Schwarzwald von H. Schmitthenner arbeitet vor allem den Gegensatz der Oberflächengestaltung zwischen dem kristallinen Teil und dem Buntsandsteingebiet heraus. F. Metz ergänzt das Vorausgegangene durch eine siedlungs- und wirtschaftsgeographische Analyse des nördlichen Schwarzwaldes. Der Geologie und Oberflächengestaltung der Gegend von Baden-Baden widmet F. Röhrer einen instruktiven Beitrag. P. Gauß steuert eine landeskundliche Skizze des Stromberg- und Zabergäugebietes bei. Eine kurze morphologische und siedlungsgeographische Darstellung von Odenwald und Neckartal schenkt uns H. Schmitthenner. In die Landeskunde der Südpfalz unter besonderer Berücksichtigung der Morphologie führt D. Häberle ein. Den deutschen Charakter des Saargebietes in Volkstum, Siedlung und Wirtschaft erweist F. Metz. Das Kartenwesen von Baden erläutert M. Walter. Wi[e] eigenartig die Stellung der Oberrheinlande i[m] Rahmen Südwestdeutschlands ist, erläutert Erik[k] Schmitthenner in Form einer trefflichen Unter[-]suchung über Speise und Trank in den Ober[-]rheinlanden. Eine vergleichende Charakteristi[k] der Hauptstädte Mannheim, Karlsruhe, Freibur[g] und Heidelberg entstammt der Feder von M. Ru[-]dolph. Die Entwicklung des Verkehrs und de[n] Verlauf der wichtigen Verkehrswege behandel[t] W. Tuckermann in seinem Beitrag „Die ober[-]rheinische Tiefebene und ihre Randgebiete al[s] Verkehrsland“. Den nicht gerade erfreuliche[n] Stand der Geographie auf den badischen Schule[n] kennzeichnet zum Schluß R. Eichelberger.

Wie wir schon einleitend bemerkten, verdien[t] die von A. Hettner besorgte Schrift stärkste Be[-]achtung. Eine gleich gründliche Orientierun[g] über alle geographischen Probleme der oberrhei[-]nischen Landschaften dürfte schwerlich zu fin[-]den sein.

Beiträge zur oberrheinischen Landes[-]kunde. Festschrift zum 22. Deutschen Geo[-]graphentag, dargeboten vom Ortsausschu[ß] Karlsruhe. Herausgegeben von F. Met[z.] 221 Seiten mit 1 Kunstdrucktafel, 21 Karte[n] und 6 Abbildungen im Text sowie 7 Schalt[-]karten und 2 farbigen Kartenbeilagen. Ver[-]lag Ferdinand Hirt, Breslau 1927. M. 18.—

Mit einem kurzem Wort des Gedächtnisse[s] auf den am 30. August 1844 in Karlsruhe ge[-]borenen Friedrich Ratzel beginnt diese höchs[t] wertvolle Festschrift. Darauf schildert Ministerial[-]direktor Dr. Dr.-Ing. R. Fuchs, Präsident der ba[-]dischen Wasser- und Straßenbau-Direktion Karls[-]ruhe, die Oberrheinfrage als strombautechnische und verkehrsgeographisches Problem. Die geo[-]politischen Belange kommen allenthalben zu Geltung, namentlich bei der Erörterung des fran[-]

*) Die Besprechung des Buches von Schroeder: „Rußland und die Ostsee“ verfaßte Fräulein Anne-Marie Reinold, Institut für historische Geographie und Staatenkunde an der Universität Berlin.

schen Seitenkanals. Die aus der diplomatischen kenküche herausdestillierten zwei gutgeheißenen würfe lehnt Fuchs mit der Kennzeichnung „Sie sind aus Völkerhaß und Blindheit ge-en". — Die südwestdeutsche Stufenlandschaft l den Graben der Rheinebene in ihren Be-nungen zueinander behandelt Heinrich Schmitt-ner. Die morphologische Studie gipfelt in Erkenntnis, daß die Stufenlandschaft in ihren ndzügen weit älter ist als die heutige, wohl diluviale Form der Gebirge; die heute maß-enden Brüche der Rheinebene durchschneiden Stufenlandschaft rücksichtslos. — Albert Pepp-steuert eine Untersuchung über das Strah-gsklima der Rheinebene und des Hochschwarz-des bei. Man erkennt, daß eigentlich nur auf n Hochschwarzwald die Wärmezufuhr eines ges durch direkte Sonnenstrahlung im Jahres-chschnitt wesentlich größer ist als etwa im ddeutschen Tiefland. Innerhalb der Jahres-en sind die Unterschiede am größten im Win-; die Tagesstrahlung ist auf dem Feldberg hwarzwald) gleich 1,8 (in St. Blasien gleich ; in Davos gleich 3,3) Tieflandtagen zu wer-. — Eine kurze, aber wichtige Studie ver-ntlicht M. Walter unter dem Titel: „Die Be-tung der Wüstungsforschung für die Geo-phie". An einer Reihe von Beispielen aus den wird gezeigt, wie infolge verschiedener sachen (Bauernlegen, Überschwemmungen, Un-nst des Bodens u. a. m.) einst bestehende fsiedlungen aufgegeben wurden. Interessant in Ergänzung der Untersuchungen von Mar-in Westfalen die Feststellung, daß auch hier Baden Fälle nachweisbar sind, wo der jetzigen fsiedlung geschlossene Dörfer vorausgegangen l.

uf diese allgemeinen Aufsätze folgt in einem iten Abschnitt eine Darstellung verschiedener rrheinischer Landschaften. H. Schrepfer er-st sich in seiner Darstellung des Kaiserstuhls ein ausgezeichneter Kenner dieses Gebietes. Flußgebiet der Alb im nördlichen Schwarz-d erfährt durch K. Eichelberger eine vorzüg-e Charakteristik seiner Naturgrundlagen und hropogeographischen Struktur. D. Häberle wid-seinen Beitrag "An der Pfälzer Hardt" in er Linie den Winzern dieses Gebietes. Rhein-hessen endlich wird landeskundlich skizziert von F. Knieriem.

Den dritten und letzten Teil der Festschrift füllen einige vorzügliche Städtemonographien: Basel von H. Hassinger, Karlsruhe von F. Metz, Mannheim-Ludwigshafen von W. Tuckermann, Heidelberg von M. Rudolph, Saarbrücken von F. Kloevekorn, die elsässischen Städte von F. Metz.

Im Rahmen dieser kurzen Anzeige ist es naturgemäß nicht möglich, eine erschöpfende Darstellung der inhaltlich so reichen und vorzüglich ausgestatteten Festschrift zu geben. Die oberrheinische Landeskunde hat durch dieses Buch eine wesentliche Förderung erfahren; zusammen mit der oben erwähnten Festgabe von Hettner ist hierdurch für die Oberrheinlande ein einzigartiger Führer entstanden, der wissenschaftliche Gründlichkeit und Lebendigkeit der Darstellung vorbildlich vereint.

Verhandlungen und wissenschaftliche Abhandlungen des 22. Deutschen Geographentages zu Karlsruhe. 7. bis 9. Juni 1927. Herausgegeben vom stellvertretenden Geschäftsführer des Zentralausschusses des Deutschen Geographentags, Prof. Dr. E. Fels. 237 Seiten mit 1 Tafel und 22 Abbildungen. Verlag von Ferdinand Hirt, Breslau 1928. M. 29.—.

Der offizielle Tagungsbericht enthält, wie üblich, den Wortlaut aller Eröffnungsansprachen, eine Darstellung der Verhandlungen und Beschlüsse der Geschäftssitzungen sowie eine Wiedergabe der auf der Tagung gehaltenen wissenschaftlichen Vorträge. Auf Einzelheiten an dieser Stelle einzugehen verbietet der Raum. Um einen Begriff von dem wissenschaftlichen Charakter der Tagung zu bieten, seien wenigstens die Themen der Vorträge hier angeführt:

1. Spieß: Die geographischen Ergebnisse der „Meteor"-Expedition.

2. Schmieder: Die Entwicklung der Pampa als Kulturlandschaft.

3. Waibel: Die Sierra Madre de Chiapas.

4. Tuckermann: Der französische Siedlungsraum in Nordamerika.

5. Mortensen: Die Landschaft Mittelchiles.

6. Mecking: Die Seehäfen Japans in vergleichender Betrachtung.

7. Schmitthenner: Forschungsergebnisse einer Reise durch China 1925/26.

8. Creutzburg: Die Landschaften der Insel Kreta.

9. Walther: Die amtlichen Kartenwerke Badens und die neueren Aufnahmemethoden.

10. Rehbock: Abfluß, Bettbildung und Energiehaushalt der Wasserläufe.

11. Walter: Der Schulgeograph als Heimatforscher.

12. Knödler: Die Besiedlung des nordöstlichen Schwarzwaldes.

13. Peßler: Neue Ziele der deutschen Volkskunde und ihre Bedeutung für die deutsche Schule.

14. Schwarz: Die Statistik im Erdkundeunterricht.

15. Klute: Boden, Vegetation, Siedlung, Volk und Rasse Oberhessens in zeitlicher Entwicklung.

16. Metz: Das Oberrheinland als Ein- und Auswanderungsgebiet.

Wilhelm Winkler: Statistisches Handbuch des gesamten Deutschtums. Herausgegeben im Auftrage der Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung in Leipzig in Verbindung mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft. L II und 704 Seiten mit 48 Skizzen im Text. Verlag Deutsche Rundschau G. m. b. H., Berlin 1927.

Ein lang und sehnlich gehegter Wunsch ist mit der Veröffentlichung dieses Werkes in Erfüllung gegangen. Trotz eines schier aussichtslosen Kampfes zunächst um den Stoff und hernach mit dem Stoff ist es der staunenswerten Ausdauer Wilhelm Winklers gelungeu, ein statistisches Handbuch des gesamten Deutschtums zu schaffen, das auf alle Deutschtumsfragen ziffernmäßig genauen Bescheid gibt. Nach Zielsetzung und Methode muß dieses Werk als ein streng wissenschaftliches bezeichnet werden, und jeder Benutzer wird dankbar dafür sein, daß bei sämtlichen Tabellen die in Frage kommenden Quellen angegeben sind.

Dem ungeheuerlich reichen Inhalt des Werkes im Rahmen einer Besprechung einigermaßen gerecht zu werden, ist sehr schwer. Das Ganze gliedert sich in vier Hauptteile:

1. Bevölkerungsstatistischer Teil (S. 11—354).
2. Wirtschaftsstatistischer Teil (S. 355—508).
3. Kulturstatistik (S. 509—555).
4. Politische Statistik (S. 557—578).

In jedem dieser Hauptteile wird der Stoff systematisch unterteilt und in jedem der so gebildeten Abschnitte das Zahlenmaterial tunlichst für alle Länder und Kontinente zusammengetragen, in denen deutsche Menschen leben. Nicht überall naturgemäß ist diese erstrebte Vollständigkeit erreicht worden. Aber nun, wo mit diesem grundlegenden Werk ein bedeutungsvoller Anfang gemacht worden ist, werden ergänzende statistische Erhebungen gewiß bald folgen. Dem Umfang und der Vollständigkeit nach steht der bevölkerungsstatistische Abschnitt an erster Stelle; er behandelt die Zahl der Deutschen, die Siedlungsweise des deutschen Volkes, Alters- und Geschlechtsgliederung, konfessionelle Gliederung, natürliche Bevölkerungsbewegung, Wanderbewegung und die Bevölkerungsfrage auf deutschem Volksboden. Der wirtschaftsstatistische Teil bringt Zahlenfolgen über Berufsstatistik, Bodennutzung, Grundbesitz- und landwirtschaftliche Betriebsstatistik, Erntestatistik, Viehbesitz, das deutsche Volk in Bergbau, Gewerbe und Industrie, die wirtschaftliche Verknüpfung des deutschen Volkes mit der mitteleuropäischen Umwelt, Volkseinkommen und Steuerleistung des deutschen Volkes. — In der anschließenden Kulturstatistik werden behandelt das deutsche Schulwesen, das Analphabetentum, sonstige Kulturstatistik. — Die politische Statistik endlich gliedert sich in Wahlstatistik und Volksabstimmungen.

Mögen diese dürftigen Angaben genügen, um darzulegen, was dieses hervorragende Buch des Vorstandes des Instituts für Statistik der Minderheitsvölker an der Universität Wien bietet. Wir sagen nicht zu viel, wenn wir behaupten, daß dieses Werk in keinem für Deutschtumsfragen irgendwie interessierten deutschen Hause fehlen darf. Mögen diesem einzigartigen Buch recht viele Neuauflagen beschert sein, damit es stetig vollständiger und vollkommener wird und sich womöglich zu einer statistischen Jahresschau des gesamten Deutschtums entwickelt.

Georg Schreiber: Auslanddeutschtum und Katholizismus. Aschendorffs zeitgemäße Schriften Nr. 18. 35 Seiten. Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung, Münster 1927. M. 0.9[illegible]

er als Gelehrter und Reichstagsabgeordneter annte Verfasser versucht im ersten Teil seiner rift, die Problematik des Auslandsdeutschtums umreißen. Er erblickt die Lösung in einer monisierung der Belange von Mutterland, Auslsdeutschtum und Wirtsstaat. Im zweiten Teil d die praktische Auswirkung dieser Erkenntnis prochen, insbesondere die Notwendigkeit einer ich religiösen Reform des Auslandsdeutschs. Durch seine universale Einstellung scheint Verfasser der Katholizismus zur Betreuung Auslandsdeutschtums besonders berufen.

Um ihrer symptomatischen Bedeutung willen en wir hier noch die in Schreibers Abhandg wiedergegebene Entschließung des 66. Deuten Katholikentages (Dortmund 1927) im Wortt an: „Die 66. Generalversammlung der deuten Katholiken in Dortmund begrüßt alle Maßmen, die geeignet sind, die kirchlich-kultulen Beziehungen zum katholischen Auslandstschtum zu fördern. Sie dankt den Weltestern und den Missionsgesellschaften, die mit viel Hingabe die Seelsorge bei den katholischen slandsdeutschen übernommen haben. Sie ist erdings der Auffassung, daß ein weiterer Aus der Seelsorge, der Schulen, Krankenhäuser, Büchereien, der sozialen und karitativen Einhtungen im katholischen Auslandsdeutschtum wickelt werden muß. Sie legt den größten ert auf die Forderung, daß den kathochen Deutschen im Ausland die Möghkeit gegeben werden muß, die seelrgliche Betreuung durch Priester der utschen Zunge zu empfangen und daß besonderen der Religionsunterricht der Muttersprache erteilt wird. Sie der Überzeugung, daß Abfall von der ttersprache nicht bloß Abfall vom lkstum, sondern auch vielfach relióse Entfremdung bedeutet, daß alle Enttionalisierung vor allem eine schwere eeinträchtigung der christlichen Jugenderziehung darstellt. Sie fordert im eiste einer wahrhaften Völkerversöhng, daß auch den deutschen Volksittern im Auslande ihr religiöses lkstum und ihre kulturelle Eigenart sichert wird."

Bei den engen Beziehungen, die den Deutschen Katholikentag mit dem Heiligen Stuhl verbinden, steht zu hoffen, daß auch der Papst von dieser Entschließung nicht nur erfährt, sondern sie sich zu eigen macht. In diesem Falle böte sich ihm und der gesamten katholischen Welt ein reiches Feld der Betätigung, z. B. in Südtirol, Polen usw. Schreiber stellt ausdrücklich fest, daß sich die katholische Kirche seit Jahrhunderten für den Gebrauch der Muttersprache in der Seelsorge und für den Religionsunterricht eingesetzt habe (S. 26). Warum schweigt jetzt dieselbe Kirche angesichts der tollwütigen Verstöße gegen diese ihre Grundsätze in Südtirol?

Otto Boelitz: Das Grenz- und Auslanddeutschtum, seine Geschichte und seine Bedeutung. 196 Seiten mit einer Karte, vielen Textfiguren und einem Bilderanhang. Verlag von R. Oldenbourg, München-Berlin 1926.

Das Buch des früheren preußischen Bildungsministers ist sicherlich gut gemeint, vermag aber doch nur verhältnismäßig niedrigen Anforderungen zu genügen. Schon die Tatsache, daß Boelitz trotz des andere Erwartungen erweckenden Titels seines Buches nur das Deutschtum jenseits der Reichsgrenzen behandelt, wirkt befremdlich. Im übrigen ist das Ganze stark kompilatorisch gehalten und dringt kaum irgendwo bis zum Kern der Probleme vor. Auch an Fehlern ist kein Mangel. Die Mundarten im flämischen Belgien und in Holland als niedersächsisch zu bezeichnen, ist natürlich falsch; man müßte statt dessen von niederfränkisch (Flamen, große Teile von Holland) oder besser als Gesamtausdruck von niederdeutsch sprechen. Wie man 1926 eine falsche Karte „Verlorenes Gebiet im Osten" (S. 25) bringen kann (Oberschlesien!), bleibt unerfindlich. Anzuerkennen ist das Bestreben von Boelitz, einen leidlich erschöpfenden Überblick über die deutschen Auslandsschulen zu bieten.

Eugen Meyer: Das Deutschtum in Elsaß-Lothringen. Deutschtum und Ausland; Studien zum Auslandsdeutschtum und zur Auslandskultur, herausgegeben von Georg Schreiber, Heft 7. 84 Seiten mit mehreren Bildern. Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung, Münster i. W. 1927. Geh. M. 2.80, gbd. M. 3.60.

Die recht lesenswerte Schrift geht davon aus, daß die Bevölkerung Elsaß-Lothringens nach Sprache und Sitte unzweifelhaft zur deutschen Kulturgemeinschaft gehört, ausgenommen allein eine schmale Zone entlang der alten Reichsgrenze. Nun kommt es freilich bezüglich der politischen Zugehörigkeit nicht allein auf Volkstumszusammenhänge an, sondern entscheidend ist der Kulturwille, das freie individuelle Kulturbekenntnis. Der Menschenschlag in Elsaß-Lothringen ist von besonderer Art:

„Was er well, das hett er net;
Und was er hett, das well er nett."

Wäre aber Frankreich seiner Sache in Elsaß-Lothringen so sicher, wie es vorgibt, so sollte es sich nicht scheuen, die Willensäußerung des deutschen Grenzmarkvolkes durch eine freie, unbeeinflußte Volksabstimmung herbeizuführen. Solange Frankreich diesen Weg nicht zu gehen wagt, bleiben wir dabei, daß die Wegnahme des deutschen Elsaß-Lothringen ein Gewaltakt war und nichts mehr.

Im zweiten Teil behandelt Meyer die historische Entwicklung. Vor unseren Augen ersteht das so kernecht deutsche Elsaß-Lothringen des Mittelalters (bis 1648), wir erleben den Raub durch Frankreich und die Verwelschungsversuche (1648—1871), blicken tief hinein in die Problematik der Jahre 1871—1914 und kommen über die eigentlichen Kriegsjahre endlich zur „Desannexion" von 1918. Frei von jedem Chauvinismus versucht Meyer ein objektives Bild der geschichtlichen Entwicklung zu geben, das auf der deutschen Seite keineswegs immer nur Helligkeit und Glanz zeigt.

Der abschließende Teil (S. 59—84) ist einer Darstellung der gegenwärtigen Not Elsaß-Lothringens gewidmet: Sprachen- und Schulfrage, kirchlich-religiöse Bedrohung, politische Lage und Assimilation, Ziele, Forderungen und Folgerungen. Gerade diese Darstellung wird die Leser unserer Zeitschrift besonders interessieren, weil wir durch Meyer einen vorzüglichen, reich mit Quellenangaben ausgestatteten Einblick in die autonomistische Heimatbewegung gewinnen, die Stellung des Klerus, der Parteien u. a. m. kennenlernen und bis zu dem Punkt geführt werden, wo das elsaß-lothringische Problem über den Rahmen einer innerfranzösischen Frage heraustritt und zu einer außenpolitisch-internationalen werden muß. Der Verfasser hofft, daß ein freies deutsches Elsaß-Lothringen dazu berufen sei, eine Brücke zwischen Deutschland und Frankreich, zwischen beiden großen Nationen und Kulturen zu werden.

Karl Stählin: Elsaß und Lothringen im Ablauf der europäischen Geschichte. Arnold Reimanns Geschichtswerk für höhere Schulen, Teil IV: Landschaftliche Beihefte. 67 Seiten. Verlag R. Oldenbourg, München-Berlin. Kart. M. 1.50.

Die kleine Schrift des Berliner Historikers stellt einen für Schulzwecke hergerichteten Auszug aus seinem großen Werk „Geschichte Elsaß-Lothringens" (R. Oldenbourg, München-Berlin 1920) dar. Für die Leser unserer Zeitschrift wird ernstlich nur das genannte Hauptwerk in Frage kommen; aber auch der vorliegende Auszug offenbart die umfangreiche Sachkenntnis sowie die darstellerische Kraft des Verfassers, der die Geschichte der elsaß-lothringischen Grenzlande so trefflich im universalhistorischen Zusammenhang umreißt. Auch Stählin vermag an Frieden nur zu glauben, wenn dem lang gequälten Elsaß-Lothringen Selbstbestimmung gewährt wird und sich diesseits wie jenseits des Rheins der ernsthafte Wille durchsetzt, den Chauvinismus zu überwinden und zu einer deutsch-französischen Verständigung zu gelangen.

Otto Stolz: Die Ausbreitung des Deutschtums in Südtirol im Lichte der Urkunden. I. Band. Herausgegeben von dem Institut für Sozialforschung in den Alpenländern an der Universität Innsbruck und der Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung Leipzig. 243 Seiten mit einer Karte. Verlag von R. Oldenbourg, München 1927.

Ein mit deutscher Gründlichkeit gearbeitetes Werk von hervorragender wissenschaftlicher Bedeutung liegt hier vor, eine mit großem quellenkritischen Apparat vorgehende historische Studie, die insgesamt 3 Bände umfassen soll. Wenn sich das Ausland Mühe geben will, die objektive Wahrheit über Südtirol zu erfahren, so ist ihm hier die beste Gelegenheit geboten. Zu einer unmittelbaren politischen Propaganda dürfte das

k vielleicht zu spezialistisch sein, aber es darf Vorbild dafür gelten, wie der Wissenschaftler Politiker seines Volkes unantastbar objek- Material als Rüstzeug für den politischen npf zu liefern hat. Und welch reiche Beleh- g erfährt auch der geopolitisch orientierte tsche Geograph aus dieser prächtigen Arbeit! Der vorliegende erste Band behandelt nach r methodischen Einleitung die Geschichte der tsch-italienischen Sprachen-, Völker- und Staa- cheide im Etschtal südlich von Bozen bis rn. Band II und III sollen dann entsprechend übrigen Teile von Südtirol und ihre Deutsch- sprobleme darstellen. Stolz greift im ersten d weit zurück bis in die vorgeschichtliche römische Zeit und gelangt dadurch zu einer r begrüßenswerten Klärung der Ladinerfrage. folgt dann eine Geschichte des Deutschtums diesem Gebiet auf Grund objektiver Zeugnisse die Dauer der Dominanz der Deutschen, d. i. a bis zum 15. Jahrhundert) und subjektiver ege, Aussagen bewußten Deutschtums, für die gezeit. Die textlichen Ausführungen über die wicklung der Volkstumsgrenze erfahren eine zügliche Erläuterung durch die am Schluß gefügte Karte, die allein schon von größtem rt ist (schade, daß die Signaturerklärungen Karte nur im Text zu finden sind, statt auch der Karte zu stehen). Geopolitisch außer- entlich wichtig und aufschlußreich sind vor m § 1 „Geographische Kennzeichnung des nzgebietes" und § 17 „Die sog. natürliche nze Italiens am Hauptkamm der Tiroler Alpen, besondere am Brenner; Geschichte dieser Auf- ung bei den Italienern, Gegenwirkung auf e der Deutschen."

Vir stehen nicht an, das Werk von Stolz en Winklers „Handbuch des Deutschtums" als bedeutendste Erscheinung der Deutschtums- atur im Jahre 1927 anzusprechen. Möchte Buch überall diejenige Verbreitung finden, es wahrhaft verdient. Wie unendlich schade, ein solch fundamentales Werk nicht bereits Jahre früher geschrieben wurde!

l Herre: Die Südtiroler Frage. Entstehung und Entwicklung eines europäischen Problems der Kriegs- und Nachkriegszeit. 430 Seiten mit 1 Karte. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München 1927. Geh. M. 12.—, Leinen M. 16.—

„Der Plan zu diesem Buch ist während eines Aufenthaltes im deutschen Sonnenland entstanden. Der erschütternde Eindruck, den das brutale, mit einem Apparat von Überhebung und Verfälschung umkleidete Entnationalisierungswerk des Faschismus und das stumme Leid der deutschen Bevölkerung Südtirols auf mich machten, führte mich zu dem Entschluß, den beispiellosen Zustand in seinen Voraussetzungen gründlich zu untersuchen und eine wahrheitsgetreue Schilderung davon zu geben."

Mit diesen Worten kennzeichnet Herre die Zielsetzung des vorliegenden Buches, das zweifelsohne zu dem Besten gehört, was wir an Schriften über die Südtiroler Frage besitzen. Wir möchten Herres große Studie als politisches Gegenstück zu Stolz' historischem Meisterwerk bezeichnen.

Herre behandelt kurz die geschichtliche Entwicklung des Deutschtumproblems in Südtirol, bespricht das Entstehen der nationalen Irredenta, das Auftauchen des Gedankens einer italienischen Brennergrenze, um sich dann in der Hauptsache mit dem Südtirol-Problem der Kriegs- und Nachkriegszeit zu beschäftigen. Wir erleben die Besetzung, hören die feierlichen Versicherungen der damaligen Machthaber und verfolgen dann die einzelnen Phasen des Entnationalisierungsprozesses unter den Faschisten. Herre bemüht sich dabei — und das trägt eine besondere Note in das Buch hinein —, den Zusammenhang der Südtirol-Frage mit den großen Problemen der Weltpolitik aufzudecken. Gerade hierbei erweist er sich wahrhaft als Meister und bietet dem Geopolitiker ungemein viel Neues und Interessantes. Zum Schlusse betont der Verfasser, daß es sich seiner Meinung nach für uns Deutsche viel weniger um die Brennergrenze als um den kulturellen Schutz, die kulturelle Autonomie der deutschen Minderheit südlich des Brenners handelt. Wird dieser gewährt, so könne Südtirol ähnlich wie Elsaß-Lothringen eine Brücke zwischen hüben und drüben werden.

In seiner gesamten Darstellung ringt sich Herre zu strengster Sachlichkeit durch und verschweigt demgemäß keineswegs die Fehler, die das alte Österreich in Südtirol begangen hat (S. 46, 49,

52). Um so wirkungsvoller sind die erschütternden Anklagen, die Herre mit Recht gegen das Wüten des Faschismus in Südtirol erhebt. Dem Buche ist die schöne Sprachenskizze von Tirol beigegeben, die der leider zu früh verstorbene Dr. Marian Sidaritsch in der Wiener Kartographischen Zeitschrift veröffentlichte.

Ostdeutscher Heimatkalender 1928. Herausgegeben vom Deutschen Ostbund E. V., bearbeitet von E. Ginschel und Dr. F. Lüdtke. 160 Seiten mit zahlreichen Bildern. Verlag Deutscher Ostbund E. V., Berlin 1928.

Der nun schon im 7. Jahrgang stehende ostdeutsche Heimatkalender präsentiert sich auch dieses Mal wieder in gewohnter Reichhaltigkeit. Aus der großen Fülle der dem Zweck entsprechend ausnahmslos populär gehaltenen Aufsätze führen wir hier nur die folgenden an:

A. Eichler, Deutsches Leben in Kongreßpolen und Wolhynien.

J. Brönner-Höpfner, Das deutsche Memelland.

C. Ahrens, Pommern als Grenzmark.

W. Hämpel, Der Weinbau im Posener Lande.

A. Warschauer, Die historischen Grundlagen für das Deutschtum im Posener Lande.

W. Rochlitz, Die Auswirkung des Friedensvertrages auf den deutschen Osten.

Theodor Rudolph: Ist Danzig Militär- und Marinestützpunkt Polens? 20 Seiten mit einer Kartenskizze. Westpreußischer Verlag A.-G., Danzig o. J. (1927?).

Die inhaltvolle Flugschrift behandelt zunächst die Rechtsstellung der Freien Stadt Danzig unter Anführung aller wichtigen Friedensbestimmungen, namentlich der Artikel über die militärischen Rechte Polens in Danzig. Während die Botschafterkonferenz die diesbezüglichen Forderungen Polens ablehnte, zeigte sich der Völkerbundsrat dem polnischen Begehren weit gefügiger und legalisierte wiederholt die polnischen Anmaßungen. Obwohl die politischen und wirtschaftlichen Grundlagen der Freien Stadt Danzig militärische Berechtigungen Polens in Danzig verbieten, droht die Freie Stadt Danzig infolge der Taktik des Völkerbundsrates mehr und mehr ein Militär- und Marinestützpunkt Polens zu werden. Die Schrift appelliert an den Gerechtigkeitssinn des Völkerbundsrates, da sonst Friede, Recht und Freiheit im Weichselmündungsgebiet ernsthaft bedroht sind.

Rudolf Heberle: Die Deutschen in Litauen. Schriften des Deutschen Ausland-Instituts Stuttgart. A. Kulturhistorische Reihe Band 19. 159 Seiten mit einer Reihe von Kartenskizzen. Ausland und Heimat Verlags-Aktiengesellschaft, Stuttgart 1927. M. 6.—

Dieses ungemein gründlich gearbeitete Buch verdient um so mehr Anerkennung, als wir bislang über das Deutschtum gerade in Litauen nur sehr mangelhaft orientiert waren. Heberle bringt zunächst eine Geschichte des litauischen Deutschtums (unter Ausschluß des Memelgebietes), um sich dann der Erörterung demographischer Tatsachen zu widmen: Zahl der Deutschen (40 bis 50000, nicht 29—30000, wie es in der amtlichen litauischen Statistik heißt), räumliche Verteilung, Gliederung nach Geschlecht, Alter und Familienstand, Konfessionen, Berufen usw., Bevölkerungsbewegung, Wanderungsbewegung. Das dritte Kapitel behandelt die wirtschaftliche Lage des deutschen Bauerntums in Litauen, wobei die Folgen der litauischen Agrarreform besonders hervorgehoben werden. Eine Beschreibung des geistigen Lebens und der politischen Probleme sowie ein Versuch der Typologie des Deutschtums in Litauen bilden den Schluß. — Eine erstaunliche Fülle gewiß nicht leicht zu beschaffenden Materials ist in diesem allen Dingen wahrhaft auf den Grund gehenden Buch verarbeitet worden. Wir danken es Heberle, daß wir heute vom Deutschtum in Litauen mehr Einzelheiten wissen als von vielen anderen Ländern mit deutschen Minderheiten. Möge das Werk von Heberle dazu beitragen, daß die von den Deutschen in Litauen so heiß ersehnte kulturelle Personal-Autonomie (als Gegenstück zu der von den Memelländern begehrten Territorial-Autonomie) recht bald zur Tat werde.

Hermann Rüdiger: Das Deutschtum an der mittleren Donau (Ungarn, Südslawien, Rumänien). Zweite, ergänzte Auflage. Das Grenz- und Auslandsdeutschtum, Vorträge der Akademischen Ortsgruppe München des Vereins für das Deutschtum im Auslande; herausgegeben in derem Auftrage von Prof. Dr. Hans Nawiasky. Heft 4

32 Seiten mit einer Kartenskizze. Dr. Franz A. Pfeiffer-Verlag, München 1927.

Nach einer kurzen Einleitung über die geographischen und geschichtlichen Grundlagen des Deutschtums an der mittleren Donau behandelt Rüdiger nacheinander die deutschen Siedlungen in Ungarn, Südslawien und Rumänien. Die Folgen der „Friedens"verträge für das Deutschtum werden klar herausgearbeitet, die politische, kulturelle und wirtschaftliche Lage jeder deutschen Minderheit dargestellt. Wie mustergültig die Organisation des Deutschtums in Rumänien ist und wie stark die deutsche Bewegung dort anwächst (S. 22/23), tritt aus der kleinen Schrift mit wohltuender Kraft entgegen. Die Abhandlung, die am Schluß ein wertvolles Schrifttumverzeichnis enthält, verdient durchaus Anerkennung. Bei einer Neuauflage würde es sich empfehlen, die beigefügte Karte klarer zu gestalten und ihr einen Maßstab beizufügen.

Gerhard Engelmann: Siebenbürgen und seine Sachsen. Wissenschaftliche Beilage zum Jahresbericht der Öffentlichen Höheren Handelslehranstalt und Wirtschaftsoberschule i. E. zu Plauen i. V. auf das Schuljahr 1926 und 1927. 30 Seiten. Plauen i. V. 1927.

Wer immer sich gründlich mit den siebenbürgischen Sachsen beschäftigen will, greife zu dieser ebenso tiefschürfenden wie anschaulich gestalteten Studie. Eine physiographische Einleitung macht uns vorzüglich mit dem Lebensraum dieser großen deutschen Siedlung bekannt. Darauf folgt eine Darstellung der deutschen Einwanderung nach Siebenbürgen und eine ausführliche Beschreibung des historischen Schicksals der deutschen Siedler bis hin zur Gegenwart: Kampf mit Türken und eigenen Fürsten, Ringen mit den Habsburgern und den Magyaren, unter der Herrschaft der Rumänen, das Auswanderungsproblem bei den Sachsen. — Eine große Fülle von Material hat der Verfasser zu meistern verstanden. In jedem der klar aufgebauten und wohlabgerundeten Kapitel spürt man die große Sachkenntnis und die darstellerische Geschicklichkeit des Verfassers. Wir wünschen gerade dieser Schrift die weiteste Verbreitung.

Jahrbuch der Deutschen in Rumänien für das Jahr 1928. Herausgegeben vom Deutschen Kulturamt in Hermannstadt. 48 Seiten. Verlag der Krafft & Drotleff A.-G., Hermannstadt.

Die leider sehr eng gedruckte Schrift enthält in kürzester Form alle wichtigen Angaben statistischer, historischer, politischer und bibliographischer Art über den Staat Rumänien (S. 1—17) und das Deutschtum in Rumänien (S. 18—37). Der treffliche Abschnitt über das Deutschtum bringt neben einer Jahreschronik sehr gut orientierende Abhandlungen über die politische und Volksorganisation, die wirtschaftliche Organisation, die kulturelle Organisation, Kunst, Wissenschaft und Literatur, Kirche und Schule, Hochschulwesen, Zeitungen und Zeitschriften, Anschriften der wichtigsten Stellen und Persönlichkeiten, Bibliographie des Deutschtums in Großrumänien. Ein kurzer Schlußabschnitt „Vom Deutschtum in aller Welt" (S. 38—47) enthält neben einer Weltstatistik des Deutschtums u. a. eine interessante Chronik des Weltdeutschtums.

Die Schrift ist außerordentlich zu begrüßen. Wir stimmen dem Verlag durchaus zu, der in seiner Anzeige kaum übertreibt: „Wenn man über jeden Staat und seine deutsche Minderheit alljährlich so erschöpfendes Material hätte, so wäre ein guter Überblick über das gesamte Ausland und Auslandsdeutschtum leicht zu gewinnen."

Georg Leibbrandt: Die deutschen Kolonien in Cherson und Bessarabien.

J. A. Malinowsky: Die deutschen katholischen Kolonien am Schwarzen Meer. Berichte der Gemeindeämter über Entstehung und Entwicklung dieser Kolonien in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Schriften des Deutschen Auslandinstituts, Stuttgart; Reihe C: Dokumente des Auslandsdeutschtums. Ausland und Heimat Verlags-Aktiengesellschaft, Stuttgart 1926, 1927.

„Dokumente des Auslandsdeutschtums" in des Wortes bestem Sinne. Auf den Erlaß des Vorsitzenden der „Fürsorgekomität der deutschen Ansiedler in Rußland", des Staatsrats E. von Hahn, vom Jahre 1848 gehen die hier gesammelten Berichte der Schulzenämter und Schullehrer zurück. Entstehung, Namengebung, Schicksal und derzeitige Lebensverhältnisse werden von jeder einzelnen Kolonie beschrieben. Wir erfahren

dadurch von den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Problemen der deutschen Siedler in Südrußland in einer Ausführlichkeit, wie wir es leider für andere Teile des Auslanddeutschtums nur ausnahmsweise wissen. Für die Geschichte des Deutschtums stellen die beiden Schriften (197 bzw. 36 Seiten) eine wichtige Quelle dar.

Herbert Kraus: Das Recht der Minderheiten. Materialien zur Einführung in das Verständnis des modernen Minoritätenproblems. Stilkes Rechtsbibliothek Nr. 57. 365 Seiten. Verlag von Georg Stilke, Berlin 1927.

Kraus bietet in diesem Buche eine in wortgetreuer Wiedergabe gehaltene Zusammenstellung der wichtigsten modernen Staatsverträge, Noten, Eingaben, Entschließungen usw., die irgendwie mit dem Minderheitenproblem zusammenhängen. Jede einzelne Urkunde wird ausführlich kommentiert. Als Nachschlagewerk wird diese wichtige Veröffentlichung daher vielfach unentbehrlich sein.

Kurt Grunwald: Das Recht der nationalen Minderheiten und der Völkerbund. Staatsbürger-Bibliothek 143/144. 87 Seiten. Volksvereins-Verlag, M.-Gladbach 1926.

Der Verfasser spricht vom Wesen der Nation, vom nationalen Gedanken im Wandel der Zeiten, über Minderheitenrecht und Souveränität und wendet sich schließlich einer etwas breiteren Erörterung des Rechtes der Minderheiten zu. Die Arbeit ist im wesentlichen kompilatorisch, kann aber als Einführung in das Minderheitenproblem durchaus empfohlen werden. Das Suchen der ganzen Welt nach neuen Formen staatlichen Gemeinschaftslebens verschiedener Nationalitäten tritt recht scharf hervor. Grunwald schließt mit den Worten Eduard Sprangers an die Leipziger Studentenschaft: „Vereinigt euch mit uns zur Schöpfung eines übernationalen gemeinsamen Willens, der eine neue Epoche der Völkergemeinschaft heraufführe, eine Epoche, in der die Völker Ziel der Politik sind, nicht Mittel; eine Epoche der Ideen, nicht der Waffen."

Hermann Plettner: Das Problem des Schutzes nationaler Minderheiten. Eine Studie seiner allgemeinen ideengeschichtlichen, politischen und formaljuristischen Grundlagen nebst einer ausgewählten Darstellung der Stellungnahme des geltenden Rechts. 108 Seiten. Verlag Hermann Sack, Berlin 1927.

Der Inhalt dieser sehr gründlichen Untersuchung erhellt bereits zur Genüge aus der folgenden Disposition:

I. Das Nationalitätsprinzip als Problem der modernen Politik.

II. Friedliche Mittel der Verwirklichung des Nationalitätsprinzips.

III. Das formaljuristische Grundproblem der Organisierung des Auslebens der nationalen Eigenart im Rahmen des Staatsverbandes.

IV. Die Stellungnahme des geltenden Rechts.

Plettner empfiehlt die Organisierung der Minderheit als Selbstverwaltungskörper des öffentlichen Rechts mit Rechtspersönlichkeit. Hierfür ist die Anlage eines Nationalkatasters auf Grund eines freien, individuellen Bekenntnisses erforderlich. Die Rechte einer Minderheit dürfen nur an Gruppen mit bestimmter Mindestkopfzahl gewährt werden, um chaotische Zersplitterung zu vermeiden. — Interessant ist (Teil III) die Gegenüberstellung von Staaten mit formalem, aber tatsächlich nicht verwirklichtem Minderheitenschutz (zum Beispiel Polen) und Staaten mit wirklich durchgeführtem, aber juristisch nicht festgelegtem Minderheitenschutz (zum Beispiel Deutschland).

Osteuropäische Länderberichte. Bd. I: Polen, Sowjet-Rußland, Lettland, Estland, Litauen. Bd. II: Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien. Herausgegeben in Verbindung mit der Industrie- und Handelskammer Breslau vom Osteuropa-Institut in Breslau. Schriften der Industrie- und Handelskammer Breslau, Heft 4—9. Verlag von M. und H. Marcus, Breslau 1927. Bd. I geh. M. 18.—, Ganzleinen M. 20.—. Bd. II geh. M. 7.50, Ganzleinen M. 9.—.

Drei ausgezeichnete Kenner Osteuropas haben dieses vorzügliche Werk verfaßt: Dr. Curt Poralla-Berlin, Privatdozent Dr. Hans-Jürgen Seraphim-Breslau und Professor Dr. Alexander Bilimovič-Laibach (früher Kiew). Bd. I enthält die Darstellung von Polen (Poralla, S. 1—158), Sowjet-Rußland (Seraphim, S. 161—272), Lettland und Estland (Seraphim, S. 273—402) und Litauen (Poralla, S. 403—463). Bd. II ist Rumänien (Seraphim, S. 1—55), Bulgarien (Seraphim, S. 57—103)

nd Jugoslawien (Bilimović, S. 105—198) gewidmet. Schon daraus erhellt, welch große Verdienste sich besonders **Seraphim** um das Zustandekommen dieses höchst begrüßenswerten Werkes erworben hat.

Die Verfasser haben sich die Aufgabe gestellt, ine Analyse der Handelspolitik zu geben, zahlenmäßig den Außenhandel darzustellen und die nternationale Verflechtung der Wirtschaftsgebiete ufzudecken. Man darf sagen, daß dieses Ziel voll nd ganz erreicht ist. Zu bedauern bleibt höchtens, daß der Wirtschaftsraum als solcher und eine Naturausstattung (Lage, Boden, Klima usw.) urchweg zu kurz weggekommen ist. Das allen inzeldarstellungen in wesentlich übereinstimmender Form zugrunde gelegte Schema der Disosition möge an dem Beispiel Rumäniens eriutert werden:

I. Bevölkerungsproblem.
II. Kaufkraft und Kaufbedürfnis der Bevölkerung.
III. Die Landwirtschaft.
IV. Die Industrie.
V. Der Außenhandel.
VI. Treibende Kräfte der Handelspolitik.
VII. Die Zollpolitik.
VIII. Handelsvertragspolitik.

Eine erstaunliche Fülle von Material, vor allem irtschaftsstatistischer Art, ist in diesem Werk usammengetragen und verarbeitet worden. Die eichen Quellenbelege stempeln die Untersuchung ls eine streng wissenschaftliche, die aber durch ie gewonnenen Erkenntnisse über Zustände und ntwicklungstendenzen für den Praktiker nicht inder von Belang ist. Industrielle und Kaufeute, die sich für Osteuropa interessieren, werden ie „Länderberichte" einfach nicht entbehren önnen. Den Geopolitiker wird u. a. die Darellung der Agrarreformen in Polen, Lettland, stland und Litauen (S. 26—28, 287—290, 13—415), die ausgezeichnete Charakterisierung es russischen Industrieproblems (S. 191—207), e durch den Weltkrieg und die Agrarreform edingte völlige Strukturänderung der rumäschen Volkswirtschaft (S. 12—17) u. a. m. teressieren.

chroeder, Herbert: **Rußland und die Ostsee.** Ein Beitrag zum Randstaatenproblem. 277 Seiten. Verlag von G. Loeffler, Riga 1927.

Eine breit angelegte geopolitische Untersuchung, die auch hinsichtlich der Methode bemerkenswert ist. Nach der geographischen, verkehrsgeograpischen und historischen Seite wird dem Problem nachgegangen; die wirtschaftlichen Ausführungen, die den größeren Teil des Buches ausmachen, stützen sich auf sorgfältige Auswertung der russischen, besonders aber der baltischen Statistiken. Da der Verfasser lediglich die wirtschaftlichen Verhältnisse der Vorkriegszeit betrachtet und die Statistiken der letzten normalen Wirtschaftsjahre vor 1914 zugrunde legt, wird die Arbeit der politischen Sphäre entrückt und bildet eine wertvolle wissenschaftliche Unterlage für alle, die sich über das durch den Kriegsausgang so aktuell gewordene Problem ernsthaft klar werden wollen. Dabei verleugnet der Verfasser — sua res agitur — den Balten nicht, die sehr flüssig geschriebenen historisch-politischen Kapitel über den Kampf um das dominium maris Baltici und den Charakter der Ostsee als eines germanischen Meeres lassen deutlich seine blutmäßig bedingte persönliche Stellungnahme erkennen. Doch die objektive Betrachtung der wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands bis 1914 kommt zu dem gleichen Ergebnis: **Die Ostseestraße ist für Rußlands Wirtschaft nicht lebensnotwendig.** Darüber können die relativ hohen Zahlen der Aus- und Einfuhr — ca. 30% der Gesamtaus- und -einfuhr — nicht hinwegtäuschen. Einmal stieg die Bedeutung der Landesgrenzen, auch der asiatischen, von Jahr zu Jahr. Die Ausfuhr, deren Hauptgegenstände Getreide und Holz naturgemäß Ausfuhrstraßen suchen, die in nicht zu großer Entfernung von dem Produktionsgebiet liegen, fand im Schwarzen und im Nördlichen Eismeer ihre natürlichen Ausfalltore. (In diesem Zusammenhange gewinnt die Tatsache an Interesse, daß der Waldreichtum des Nordens, der die nicht mehr steigerungsfähigen baltischen Produktionsgebiete mehr und mehr in den Schatten stellte, schon in der Vorkriegszeit die Bedeutung von Archangelsk gegenüber den baltischen Häfen erhöhte. Damit entfällt ein von russischer Seite vorgebrachtes Hauptargument für die Notwendigkeit des Besitzes der baltischen Häfen.) Auch die

Wichtigkeit der Ostsee als russische Einfuhrstraße, die von jeher ihren Wert als Ausfuhrstraße überwog, sank mit der steigenden Bedeutung der Einfuhr über die Landgrenze und wird noch weiter sinken, je mehr es Rußland gelingen wird, sich zur Autarkie zu entwickeln, wozu alle Vorbedingungen gegeben sind.

Der Wert des Schroederschen Buches liegt einmal in den fleißigen statistischen Zusammenstellungen, dann in der technisch geglückten Anwendung der geopolitischen Untersuchungsmethode, letzten Endes aber darin, daß es erkennen läßt, daß das Problem „Rußland und die Ostsee“ von Europa aus zu betrachten sei. Nicht Rußland braucht unbedingt die Ostsee, sondern das Ostseegebiet bedarf in weit höherem Maße Rußlands, um seine naturgegebene Aufgabe als Mittler zwischen Europa und Rußland erfüllen zu können, eine Aufgabe, die aber seine Erhaltung als selbständiges von Rußland unterschiedliches geopolitisches Individuum erfordert. Anne-Marie Reinold.

Karl Nötzel: Die russische Leistung. Wissen und Wirken; Einzelschriften zu den Grundfragen des Erkennens und Schaffens, herausgegeben von Privatdozent Prof. Dr. E. Ungerer, 45. Band. 114 Seiten. Verlag G. Braun, Karlsruhe 1927. M. 2.40.

Ein gedankenreiches Buch, das das Wesen der russischen Geistesart und ihrer spezifischen Auswirkung zum Gegenstand hat. Der Russe hat keinen bedeutenden Gedanken von sich aus zuerst gedacht und auch keine große Erfindung gemacht; trotzdem wirkt er so machtvoll auf das Abendland und gerade auf dessen beste Vertreter ein. Um diese Bedeutung des Russen auf rein geistigem und auf praktisch-politischem Gebiet zu untersuchen, geht Nötzel von der „seelenerweckenden“ Eigenart des russischen Landes aus und schildert den Einfluß der geographischen, geschichtlichen und religiösen Raumschicksale auf die Formung der russischen Seele. Die spezifisch russische geistige Leistung besteht nach Nötzel vor allem darin, daß der Russe, seiner Veranlagung gemäß, ohne eigene Gedanken zu finden, schon bestehenden abstrakten Begriffen (die dem Westeuropäer nur „Begriffe“ sind) Erlebnis- und Gefühlsinhalt verleiht.

Am stärksten und reinsten vermag er sich i[n] der Erzählungskunst auszuleben, wo er rein ge[-] fühlsmäßig z. T. Probleme aufdeckt, die der West[-] europäer erst wesentlich später verstandesmäßi[g] behandelt (z. B. das Verbrechen als soziale Er[-] scheinung). Auf praktisch-politischem Gebiet kan[n] sich der Russe nach Nötzel rühmen, daß er di[e] Gedanken zur Gesellschaftsreform, die im Abend[-] land als abstrakte Deduktionen entstanden, mi[t] naiver Lust zum Neuschaffen, und auch hier seh[r] stark von Gefühlen getragen, in die Tat umzu[-] setzen versuchte. Nötzel sieht im Bolschewismu[s] ein Gesellschaftsexperiment größten Stils, das de[r] ganzen Menschheit zeitraubende und opferreich[e] Umwege erspart, indem es die ganze Welt auf[-] klärt, daß eine gesellschaftliche Neuregelung ohn[e] Anerkennung des geistigen Wesens des Mensche[n] ein Unding ist.

Die an Umfang geringe, an Gedanken und An[-] regungen sehr reiche Schrift Nötzels verdien[t] weite Verbreitung. Sie wird an ihrem Teile daz[u] beitragen, die Raumgebundenheit russische[n] Wesens klarzustellen und zu beweisen, daß ma[n] aus der spezifisch russischen Geistigkeit geboren[e] Ideen nicht willkürlich in beliebige andere Welt[-] gegenden verpflanzen kann.

Boris Brutzkus: Die Lehren des Marxis[-] mus im Lichte der russischen Revo[-] lution. 90 Seiten. Verlag Hermann Sack[,] Berlin 1928. M. 3.50.

Der ehemalige Professor an der Landwirtschaft[-] lichen Hochschule in Petersburg, jetzt Mitglie[d] des Russischen Wissenschaftlichen Instituts i[n] Berlin, ist unseren Lesern als Verfasser des grund[-] legenden Buches „Agrarentwicklung und Agrar[-] revolution in Rußland“ (Verlag H. Sack, Berli[n] 1926) bereits bekannt. In der vorliegenden Schrif[t] gibt Brutzkus eine Reihe von Aufsätzen in deut[-] scher Sprache heraus, die schon 1922 in Rußlan[d] veröffentlicht wurden. Es handelt sich um ein[e] kritische Auseinandersetzung mit dem Marxismu[s] und seinen wirtschaftspolitischen Dogmen. De[r] Marxismus hat wohl die Struktur der kapitalisti[-] schen Gesellschaft untersucht, hat aber im Grund[e] kein System für das sozialistische Zukunftsgebild[e] geschaffen. Die wenigen Andeutungen, die di[e] ältere marxistische Literatur in dieser Beziehung aufweist, gipfeln in der Forderung nach Ab[-]

chaffung des Marktes und der Marktpreise sovie nach planvoller staatskapitalistischer Wirtchaftsführung. Die Einhaltung dieser Grundsätze at strengste Rechnungsführung zur Vorausetzung; sie basiert auf der Annahme, daß man lle Belange der Gütererzeugung und des Gütererbrauchs rechnerisch exakt erfassen kann. Diese heoretisch so einfache Voraussetzung erweist sich n der Praxis als gänzlich unerfüllbar. In der apitalistischen Welt trifft das privatwirtschaftiche Risiko eine Auswahl und sorgt mehr oder ninder vollkommen für Wirtschaftlichkeit der Internehmungen. Nicht einmal das Arbeitskalkül er sozialistischen Wirtschaft bietet hierfür einen Ersatz; die Bürokratie schließt jedes persönliche Risiko aus und ertötet damit den Antrieb des Einzelnen und der Gesellschaft zu einer gesunden Wirtschaftlichkeit.

Man beachte, daß diese Thesen 1922 vorgeragen wurden! Brutzkus hat sich also nicht nur ls scharfer Denker, sondern fast als Prophet erwiesen. Der Übergang zur „Neuen Ökonomischen Politik" mit freiem Innenhandel, Markt und Marktpreisen schließt faktisch das Geständnis der Bolchewisten in sich ein, daß ein reiner und radialer Sozialismus-Marxismus schlechterdings undurchführbar ist.

Große Sowjet-Enzyklopädie. Hauptredakteur O. J. Schmidt, Moskau 1926/27 (russisch).

Überall hat sich das Weltbild, hat sich die politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Struktur der Staaten im Verlauf der großen Weltriegskatastrophe derartig geändert, daß die Neuestaltung der „Bücher des Wissens" unbedingt rforderlich geworden ist. Rußland verfügte bisang nicht über ein eigenes Lexikon (wenngleich ine russische Ausgabe des deutschen „Brockaus" existierte); man wird daher wohl begreien, daß die Herren des neuen Rußland den Wunsch hegten, diese Lücke auszufüllen und ein igenes bolschewistisches Lexikon zu schaffen. Daß ein solches den Standpunkt des dialektischen Materialismus zu vertreten hat, versteht sich ebenso von selbst wie das Streben des amtlichen Rußland, vor das russische Volk und die Welt mit einem Lexikon zu treten, umfangreicher als lles bisher Dagewesene, ausgestattet mit einer fast verschwenderisch zu nennenden Fülle von Tafeln, Karten, Skizzen usw. Wenn je, so erlebt sich Sowjetrußland in diesem Riesenwerk als das eurasiatische Land der unbegrenzten Möglichkeiten.

Wir sind mit einiger Skepsis an die Durchsicht der bisher erschienenen acht Bände herangegangen, aber wir gestehen freimütig ein, daß wir über die Gediegenheit und Gründlichkeit der sachlichen Darstellung, die Ausführlichkeit der Stichworte, die geradezu vorbildliche Erläuterung des Wortes durch Bild und Karte angenehm überrascht sind. Die ersten Fachleute, über die Rußland verfügt, vielfach Männer von anerkanntem Weltruf, haben sich als Mitarbeiter um den hochverdienten Prof. O. J. Schmidt geschart und ein Werk geschaffen, das als ein unentbehrliches Hilfsmittel für das Studium der Sowjetunion bezeichnet werden muß. Selten sehen wir so klar wie in dem vorliegenden Staatslexikon, wie sich die Welt im Auge des Russen von heute wiederspiegelt, nirgends sonst finden wir so erschöpfende Angaben über Natur, Wirtschaft, Bevölkerung, Staat, Geschichte und Kultur des neuen Rußland.

Auf Einzelheiten können wir an dieser Stelle naturgemäß nicht sehr eingehen. Immerhin wollen wir anführen, daß der geographischen Darstellung von Asien 27 Seiten (zu je 2 Spalten) eingeräumt worden sind; an Beigaben erscheinen 6 farbige Karten und 12 Bildertafeln! Oder ein anderes Beispiel: Die Erörterung des Problems „Bagdadbahn" umfaßt 6 Spalten, wohingegen deutsche Lexika hierfür im allgemeinen nur einige wenige Zeilen bereitzustellen pflegen. — Jeder geographische Länderartikel schließt mit der Geschichte das Landes unter besonderer Betonung der Revolutionsgeschichte und der Parteiverhältnisse. Das entspringt selbstverständlich wiederum den politischen Tendenzwünschen der Bolschewiken, aber es ist nicht abzustreiten, daß man vielerlei Auskunft erhält, die sonst schwer zu beschaffen ist, und daß man auch hieraus, mit der nötigen Vorsicht studiert, sehr viel lernen kann.

Die bisher erschienenen 8 Bände zu je 25 bis 27 Druckbogen bringen noch nicht einmal die ersten drei Buchstaben des russischen Alphabets

zum Abschluß. Das Werk dürfte daher wohl die ursprünglich geplante Zahl von 30 Bänden nicht unwesentlich überschreiten. Nach Erscheinen einer größeren Zahl weiterer Bände werden wir auf die Sowjet-Enzyklopädie zurückkommen.

Illustrierte Geschichte der russischen Revolution. Herausgegeben von A. Astrow, A. Slepkow und J. Thomas mit Beiträgen zahlreicher führender Bolschewisten. 591 Seiten mit 225 Bildern. Neuer deutscher Verlag (Willi Münzenberg), Berlin 1928.

Bereits in Nr. 11, Jahrgang 1927, der „Zeitschrift für Geopolitik" haben wir die ersten Hefte der „Illustrierten Geschichte der russischen Revolution" kurz erwähnt. Heute liegt nun das vollständige Werk vor. Es beginnt mit einer Darstellung der ökonomisch-sozialen Situation von 1905, behandelt ausführlich die Revolution von 1905, die Übergangszeit bis 1917 und dann besonders eingehend die Ereignisse dieses Revolutionsjahres. Von dem ursprünglichen Plan, mit gleicher Ausführlichkeit die Periode der Bürgerkriege und der allmählichen Stabilisierung darzustellen, sind die Herausgeber abgekommen. Sie streifen diese Zeit nur kurz und beleuchten am Schluß durch Zahlenreihen den Aufschwung der sowjetrussischen Volkswirtschaft. Die von vielen Augenzeugenberichten, Dekreten, Beschlüssen, Aufrufen usw. unterbrochene Schilderung der historischen Vorgänge beschränkt sich ganz grob auf Äußerlichkeiten. Es ist ein Film in Worten, Plakaten und Bildern, aber ein schlechter Film, denn er läßt die inneren Zusammenhänge kaum oder gar nicht ahnen. Der an Phrasen gewöhnte Bolschewikenfreund wird sich berauschen an den vielen Kraftworten, der Verhöhnung des politischen Gegners aus dem bürgerlichen Lager (der „dumme Zar", die „tristen Menschewiki" u. a. m.), dem vielen proletarischen Mord und Totschlag, den er auf den ausschließlich tendenziös zusammengestellten Bildern gewahrt; der suchende Mensch, der die russische Revolution in ihren Wurzeln zu erfassen wünscht, wird diese „Geschichte" einigermaßen enttäuscht aus der Hand legen. Die russischen Kommunisten pflegen sonst bessere Ware zu liefern.

W. Pokrowski: Geschichte Rußlands (in Lieferungen). Übersetzt von Alexandra Ramm, redigiert und herausgegeben von Wilhelm Herzog. C. L. Hirschfeld Verlag Leipzig 1927.

Der Moskauer Historiker Prof. W. Pokrowsk hat eine Geschichte Rußlands von seinen Anfängen bis zur Gegenwart verfaßt, ein Werk das in Rußland selbst eine Auflage von mehreren hunderttausend Exemplaren erlebte. Vielleich gründet sich dieser große Erfolg u. a. auch darauf, daß Pokrowski ein ausgesprochener Vertreter der materialistischen Geschichtsauffassung ist unc füglich von den Machthabern im neuen Rußlanc weitreichende Förderung erfährt. — Ein endgültiges Urteil über das Werk zu fällen, ist z. Z. nicht gut möglich, da von der hier angezeigten deutschen Ausgabe bisher erst 2 Lieferungen (zu je 1 Druckbogen) vorliegen. Wir erwähnen das im Erscheinen begriffene Werk vor allem deswegen schon heute, weil bereits in den ersten Abschnitten das Bestreben des Verfassers erkennbar ist, die Zusammenhänge zwischen Geschichte und Boden, Klima sowie weiteren geographischen Faktoren herauszuarbeiten. Eine ausführliche Würdigung des Gesamtwerkes dürfen wir uns für später vorbehalten.

G. Gerschuni: Die Konzessionspolitik Sowjetrußlands. 133 Seiten. Verlag R. L. Prager, Berlin 1927. M. 4.80.

Bei einem Staat, in dem wie bei Sowjetrußland Wirtschaft und Politik aufs innigste verkoppelt sind, ist es begreiflich, daß die Darstellung eines wirtschaftlichen Sonderthemas einen breiten Unterbau benötigt. So bietet Gerschun in der vorliegenden Schrift einen Abriß de russischen Staats- und Wirtschaftsgeschichte sei dem Brester Vertrag (1918) und weist nach, wi die jeweilige politisch-wirtschaftliche Situatio die Konzessionspolitik beeinflußt hat. Deutlich tritt der Kampf der russischen Doktrinäre un die Verwirklichung ihrer Ideen und das allmäh liche Abweichen der Staatslenker von dieser ideologischen Forderungen hervor. Der Zwang der rauhen Wirklichkeit läßt eben für gewisse bolschewistische Utopien keinen Raum übrig. In einem Schlußabschnitt behandelt der Verfasse auch die Konzessionspraxis: rechtliche Grundlagen der Konzessionen, Verwaltung des Konzessionswesens, statistische Ergebnisse aus de

onzessionspraxis. Im ganzen sollen (August 1925) o Konzessionen bestehen und zwar

Handelskonzessionen	26
Konzessionen im Bereich der Verarbeitungsindustrie	17
Bergbaukonzessionen	13
Landwirtschaftliche Konzessionen	13
Transport- u. Verkehrskonzessionen	12
Waldkonzessionen	6
Sonstige	3
Gesamtzahl	90

eutschland, England und Amerika zusammen ürften annähernd 60% aller Konzessionen in länden haben. Über das in den Konzessionen nvestierte Kapital fehlen begreiflicherweise geaue Angaben.

Das im ganzen recht wertvolle Büchlein leidet twas unter der Fülle der stehengebliebenen ruckfehler.

. Radò: Führer durch die Sowjetunion. Herausgegeben von der Gesellschaft für Kulturverbindung der Sowjetunion mit dem Auslande. XCII und 898 Seiten mit zahlreichen Karten, Plänen und Skizzen. Neuer deutscher Verlag, Berlin 1928. M. 14.—.

Ein sehr gründlich bearbeiteter und recht gut usgestatteter Reiseführer, wie er für das moerne Rußland in gleicher Vollständigkeit und üte bisher nicht vorlag. In einer Einführung ird ein Überblick über Land und Leute, Staatsufbau und Geschichte (vom bolschewistischen tandpunkt), Volkswirtschaft, Reisetechnik und ollwesen geboten. Der dann folgende Hauptteil ehandelt die wichtigsten Reiserouten durch entralrußland, Nordrußland, Wolgagebiet, Nordaukasien, die Krim, den Ural, Sibirien, den ernen Osten und Kasakstan, weiterhin durch ie Ukraine, Weißrußland, Aserbeidschan, Georien, Armenien, Usbekistan und Turkmenistan. n der auch in den deutschen Reisehandbüchern blichen Form werden bei jeder Siedlung alle ichtigen Tatsachen geographischer, historischer, irtschaftlicher und sozialer Art angeführt und lle kunstwissenschaftlich bemerkenswerten Ercheinungen erläutert. Die Kurorte sind mit beonderer Sorgfalt behandelt, die Ausflugsmöglicheiten allenthalben angedeutet.

Der Eindruck, den dieser neue Führer durch die gesamte Sowjetunion hinterläßt, ist ein denkbar günstiger. Bolschewistische Propaganda fehlt natürlich nicht gänzlich, aber sie tritt weit zurück hinter dem Bestreben, dem Besucher der Sowjetunion die Reise zu erleichtern und ihm in allen Teilen des Riesenreiches ein verläßlicher Führer zu sein. Die Zahlenangaben entsprechen durchweg dem neuesten Stand der amtlichen russischen Statistik. Für den Geographen wird die Fülle von Stadtplänen, wirtschafts- und verkehrsgeographischen Skizzen besonders wertvoll sein.

Michael Smilg-Benario: Der Zusammenbruch der Zarenmonarchie. 302 Seiten mit 75 Abbildungen und 2 Karten. Amalthea-Verlag, Zürich-Leipzig-Wien 1928.

Vor den meisten anderen Schriften zum gleichen Thema zeichnet sich Smilg-Benarios Darstellung dadurch aus, daß überall durch gewissenhaftes Quellenstudium und Quellenvergleich die wirklichen Tatsachen von haltlosen Gerüchten geschieden werden. Ernsthaftestes Streben nach Sachlichkeit, deutliches Kennzeichnen dessen, was z. Z. unbedingt noch als problematisch anzusprechen ist, bilden den Vorzug dieses schlichten und doch so gehaltvollen Buches. Die Darstellung beschränkt sich auf die Ereignisse vom Ausbruch der zweiten Revolution (Februar 1917) bis zur Abdankung des Zaren und seines Bruders Michael. Die breite Grundlage, auf der sich die Schilderung der geschichtlichen Vorgänge erhebt, gibt einen guten Überblick über die Grundursachen der mählich sich vorbereitenden Revolution, die Parteienbildung, den Kampf der Meinungen und Stimmungen am Zarenhofe u. a. m. In bezug auf die Februarrevolution vertritt Smilg-Benario mit allem Nachdruck die Auffassung, daß es sich von Anfang an um eine soziale Bewegung handelte, die eine Lösung der 1905 beiseite geschobenen Probleme begehrte. Das russische Bürgertum, das von einer nationalen Bewegung zur siegreichen Fortführung des Krieges träumte, hat ebensowenig wie die zaristischen Hofkreise die Zeichen der Zeit begriffen; sein Versuch, die bäuerlich-proletarische Revolution gleichsam im letzten Augenblick abzufangen, mußte infolgedessen scheitern, die Entwicklung Rußlands von der Zarenmonarchie zur Sowjetrepublik war unvermeidlich geworden.

René Fülöp-Miller: Der Heilige Teufel. Rasputin und die Frauen. VII und 440 Seiten mit einem Titelbild und 93 Abbildungen. Verlag von Grethlein & Co., Leipzig-Zürich 1927. M. 16.—.

Was alle Schriften dieses ungemein fruchtbaren Verfassers auszeichnet, gilt auch von dem vorliegenden Rasputin-Buch: gegründet auf sehr gediegenem Quellenstudium, getragen von dem Drang nach Erkenntnis der Wahrheit, beseelt durch tiefe Liebe zum Gegenstand und eine bewundernswert plastische Sprache. So erleben wir Rasputin und mit ihm die ganze Welt des russischen Zarismus und blicken in ein grandioses Sittengemälde, ohne dessen Kenntnis die russische Revolution schlechthin unverständlich bleiben muß. Ob es gut und notwendig war, das bigott-sinnliche Verhältnis Rasputins zu den Frauen in dieser Breite und Ausführlichkeit zu behandeln, bleibe dahingestellt. Gewiß, der Käuferkreis für das Buch mag dadurch nicht unerheblich erweitert worden sein, das Niveau des Werkes leidet aber m. E. darunter. Weniger wäre in diesem Falle wohl mehr gewesen. Aber man stoße sich nicht an diesen Dingen, die jeder einzelne womöglich anders beurteilt. Als Ganzes ist und bleibt das Rasputin-Buch eine große Leistung. Erst durch Fülöp-Millers Werk wird uns klar, daß Rasputin weder absolut böse noch ausschließlich gut, weder schlechthin Wüstling noch ein Heiliger war; als kraftstrotzender, reicher Mensch, begnadet mit vielen Vorzügen, verdammt zu vielen Schwächen, widerspruchsvoll und kompliziert erscheint er bisweilen fast als das ins Leidenschaftliche potenzierte Abbild des russischen Menschen. Und gewiß konnte ein solcher Mensch nur in Rußland zu einem Einfluß gelangen, der ihm fast weltpolitische Bedeutung verlieh.

Anna Wyrubowa: Glanz und Untergang der Romanows. 382 Seiten mit 29 Abbildungen. Amalthea-Verlag, Zürich-Leipzig-Wien 1928.

Das Buch enthält die Erinnerungen einer Frau, die der Familie Nikolaus II. nahestand wie wenige. Anna Wyrubowa war die Tochter des Chefs der kaiserlichen Privatkanzlei; seit ihrer Jugend in Verbindung mit dem Zarenhof, wurde sie nach ihrer ersten Dienstleistung als Hoffräulein (1905) intime und einzige Freundin der Zarin und blieb dies auch, als sie nicht mehr offiziell im Hofdienst stand. Bis zu ihrer Gefangennahme nach der Märzrevolution war sie stets in der engsten Umgebung der Zarenfamilie, deren Freuden und Leiden sie teilte. Schwere Schicksale harrten ihrer in der Gefangenschaft.

Dank ihrer Stellung gewann die Verfasserin einen tiefen Einblick in das Leben der letzten Zarenfamilie und deren Umgebung. Da die Wyrubowa nur das beschreibt, was sie selbst erlebt hat, so kann sie allerdings von der großen Politik der Zeit nicht eben viel berichten; gerade die wichtigsten Vorgänge (Ausbruch des Krieges, Übernahme des Oberbefehls durch den Zaren, seine Abdankung) vollzogen sich ja so, daß die nächsten Angehörigen des Zaren von den Tatsachen überrascht wurden. Indessen als liebevolles Gemälde des zaristischen Hofes mit allen seinen Strömungen und Stimmungen wird das flott geschriebene, gut ausgestattete Buch gewiß hier und da willkommen sein. Der Verfasserin wird man, auch wenn ihre Darstellung oft stark subjektiv gefärbt ist, die menschliche Hochachtung gewiß nicht versagen. Für die Beurteilung des russischen Kaiserpaares sind die im Anhang (S. 301—372) wortgetreu mitgeteilten Briefe recht wichtig.

Valeriu Marcu: Lenin. Dreißig Jahre Rußland. 356 Seiten mit zahlreichen, teilweise unveröffentlichten Bildern. Paul List Verlag, Leipzig 1927. Geh. M. 6.—, Leinen M. 9.—.

Ein Buch, das von der ersten Seite ab ungemein fesselt und das man „verschlingt" wie einen spannenden Roman. Dabei meidet der Verfasser eigentlich jedes nicht aus der Sache selbst stammende Pathos und gründet seine Darstellung auf einwandfreiem Tatsachenmaterial, das oftmals nüchtern dargeboten wird und dennoch wie von einem mächtigen Feuer durchglüht erscheint. Meisterhaft hat es Marcu verstanden, aus all dem vielen Rohmaterial eine Plastik herauszumeißeln, die einem den großen russischen Revolutionär nahebringt und verständlich erscheinen läßt. Die Hinrichtung seines geliebten Bruders Alexander macht bereits den jungen Lenin zum Revolutionär. Jahre der Vorbereitung auf die ungestüm be

ehrte Tat folgen: als Verbannter in Sibirien, s Heimatloser und immer einsamer Werdender Westeuropa. Ein Zufall läßt Lenin dann nach ußland zurückgelangen und zum Führer des roßen Umsturzes werden. Als Diktator immer ieder nur auf das Praktische gerichtet; schlau nd rücksichtslos, heute verdammend, was er estern gutgeheißen hat; doktrinär auf der einen eite, aber zugleich von einer Anpassungsfähigeit an die Gegebenheiten des realen russischen ebens, die ihn selbst die schwierigsten Situaonen immer wieder meistern läßt.

Dem Verfasser ist Lenin ein Heros, der Heros nserer Zeit. Gelegentliche Einseitigkeiten ercheinen daher entschuldbar, dürfen aber nicht bersehen werden (schiefe Beurteilung der Stolyinschen Reform, Verspottung von Lenins Gegnern . a. m.). Trotzdem schätzen wir das Buch von Marcu wegen seiner innerlichen Geschlossenheit nd der in großen Zügen objektiven Darstellung er letzten drei Jahrzehnte russischer Geschichte och ein. Wer die Welt eines Lenin mit all der ülle von sozialer und politischer Problematik ründlich kennenlernen will, der greife zu dem uch in der äußeren Ausstattung vorzüglichen Buch von Marcu.

René Fülöp-Miller: Lenin und Gandhi. 306 Seiten mit 105 Abbildungen. Amalthea-Verlag, Zürich - Leipzig - Wien 1927. Geh. M. 9.—, Leinen M. 12.—.

Noch stehen wir im Banne von Fülöp-Millers roßem Werk „Geist und Gesicht des Bolschevismus" (Amalthea-Verlag 1926), und schon ieder gilt es, ein ungemein aufschlußreiches, on tiefem Miterleben getragenes, überaus fesselnes und glänzend ausgestattetes Buch desselben erfassers anzuzeigen. Lenin und Gandhi! Grunderschieden diese beiden Menschen, grundverschieen ihr Wollen und Wirken; bei alledem aber och wieder zum Vergleich einladend, denn in inem Punkte besteht Übereinstimmung: Lenin vie Gandhi erstreben die endgültige Befreiung er bislang Unterdrückten, und beide erheben ich in dem von ihnen entfesselten Kampf zu llgemein menschlicher Größe. Der Verfasser neint sogar, daß beide am dringlichsten den eist unserer Zeit verkörpern.

Mit dem Lebensbild von Lenin beginnt dieses großartige Buch (S. 15—150). Wir erkennen von der ersten Seite an, wie sehr dieser große Revolutionär aus dem individuellen Schicksal des russischen Volkes, aus den Bedingtheiten spezifisch russischer Verhältnisse hervorgegangen ist; wir werden freilich auch bald gewahr, wie einzigartig dieser dämonische Mensch sich aus der Masse des ihm seelisch gleichgestimmten Volkes heraushebt. Das Motto seines mit heißem Herzen geführten Kampfes für die Befreiung der russischen Bauern und Arbeiter lautet: „Gewalt gegen Gewalt." Mit Tolstois Philosophie der Liebe vermag dieser unbändige Tatmensch nichts anzufangen; glühend sein Haß gegen die Unterdrücker, unauslöschlich sein fester Wille zum Handeln, zur Gewalt. Nichts kennzeichnet die geistige Struktur eines Lenin so treffend wie jene Worte an Gorki: „Ich kenne nichts Schöneres als die Appassionata, ich könnte sie jeden Tag hören. Es ist eine erstaunlich überirdische Musik. Mit Stolz und vielleicht kindischer Naivität denke ich jedesmal, wenn ich diese Klänge vernehme, es sei doch wunderbar, was die Menschen vollbringen können. Aber ich kann Musik nicht oft hören, sie geht mir auf die Nerven. Ich möchte liebenswürdige Dummheiten reden und diesen Leuten die Köpfe streicheln, die inmitten einer schmutzigen Hölle solche Schönheiten schaffen können. Heute aber ist nicht die Zeit, den Menschen die Köpfe zu streicheln; heute fallen die Hände nieder, um die Schädel zu spalten, erbarmungslos zu spalten, obwohl der Kampf gegen jede Gewalt unser letztes Ideal ist — das ist eine höllisch schwere Aufgabe."

Wie ganz anders das Wesen und Wirken Gandhis (S. 153—287). Ein klein gewachsener Mann von unansehnlicher Gestalt, bekleidet nur mit einem Lendenschurz aus grobem, selbstgewebtem „Khaddar", sein Gesicht bar aller Schönheit, verhärmt und kränklich; aber unter der tief durchfurchten Stirn leuchten große, braune Augen, die in ihrer eigenen Sprache davon reden, wie sehr der Mahatma das Leben und Leiden seines Volkes durchschaut. Ein Heiliger ist er, Gandhi, ein Asket, ein leidenschaftlicher Apostel der Liebe, unfähig sogar, seinen ärgsten Peinigern anders als mit verzeihender Liebe zu begegnen. Er will die Parias befreien, die Kastengegensätze

überhaupt beseitigen, sogar Hindus und Mohammedaner zusammenführen, um am Ende die so geeinte indische Nation aus den Fesseln der Fremdherrschaft zu lösen; aber er verabscheut zutiefst die Anwendung jeglicher Gewalt. Ob er in Südafrika den Befreiungskampf der dortigen Inder organisiert und leitet, ob er in Indien selbst an der Verwirklichung seiner größten Lebensziele arbeitet, immer und überall bleiben ihm Milde, Güte und Liebe oberstes Gebot. Oft ist der Vergleich mit Jesus angestellt worden, und es ist wohl wahr, daß neben Christus nur Gandhi unter allen Volksführern das große „Du sollst deinen Nächsten lieben als dich selbst" so tief erlebt, so wahrhaftig vorgelebt hat. Die Wiedererweckung des altindischen Textilhausgewerbes, die Nichtteilnahme an allen von den Engländern eingerichteten Ämtern, Schulen usw. (Non-Cooperation) sind die äußerlichen Mittel seiner Taktik; der wirklich treibende Faktor aber ist die Liebe, die das indische Volk mit allen seinen Kasten und Religionsgruppen einigen und die landfremden Bedrücker am Ende entwaffnen soll.

Karl Anton Rohan: Die Aufgabe unserer Generation. Zeit- und Streitfragen der Gegenwart, eine Sammlung von Schriften zur politischen und kulturellen Tagesgeschichte, herausgegeben von Dr. Karl Hoeber. XVII. Band. 27 Seiten. Verlag J. P. Bachem G. m. b. H. Köln 1926.

Eine geistvolle Analyse des geistigen Lebens, das dank des Kriegserlebnisses die heutige junge Generation erfüllt: religiös eingestellt, die Wirklichkeit des Übersinnlichen bis zur Neigung für Okkultes bejahend, abhold jeder toten Tradition, Gegner der Demokratie, statt dessen hinneigend zu einer Berufs-Ständevertretung; erfüllt noch von partikularistischem Nationalismus, aber doch schon ahnend jene Gemeinsamkeit von Schuld, die früher oder später zur Bejahung des Europa-Gedankens führen muß. „Wer, ganz im Nationalen wurzelnd, doch so weit frei wird, den Gegensatz zu diesem Nationalen mitzusehen, mitzuerleben, als dazugehörig und notwendig zu begreifen, der hat den ersten Schritt zum Europäer gemacht, der baut mit an der großen Kuppel der Übernation von morgen, an Europa."

Man braucht nicht mit jeder These des Prinze[n] Rohan einverstanden zu sein, wird aber trotzde[m] die kleine anregende Schrift mit Interesse un[d] Nutzen lesen.

Absichtlich haben wir in dieser Besprechun[g] auf die Wiedergabe biographischer Einzelheite[n] ganz verzichtet. Ein solches Buch läßt sich j[a] überhaupt nicht aus Besprechungen kennenlerne[n], es verlangt gelesen zu werden. Der Verfasser, d[er] sich auf tiefschürfendem Quellenstudium stüt[zt] und einen vorzüglichen Stil schreibt, hat [e]s meisterhaft verstanden, die beiden großen Per[-]sönlichkeiten in ihrer Wesenheit zu erfassen un[d] sie als Ausdruck unserer schwer ringenden Ze[it] darzustellen: „Gemessen an dem Maß von Le[-]nins und Gandhis Werk, wird späteren Zeite[n] die Bedeutung unserer Gegenwart vor Auge[n] treten; die Unzulänglichkeit dieser beiden Mä[n-]ner wieder wird die tragischen Mängel unsere[r] Epoche zeigen, die sich die Erreichung des Un[-]erreichbaren, die konkrete Verwirklichung uralte[r] Utopien, zur Aufgabe gemacht hatte."

Meyers geographischer Handatlas. VII. neu bearbeitete und vermehrte Auflage. 101 Haup[t-] und 115 Nebenkarten mit alphabetische[m] Namenverzeichnis und einem Nachtrag. Ve[r-]lag des Bibliographischen Instituts, Leipzi[g] 1928. Leinen M. 26.—.

Bei der Anzeige der VI. Auflage haben wi[r] in dieser Zeitschrift bereits auf die mannigfache[n] Vorzüge dieses handlichen und vorzüglich red[i-]gierten Atlasses hingewiesen. Die jetzt vorliegend[e] Neuauflage stellt eine nicht unwesentliche Ve[r-]mehrung und Verbesserung des längst übera[ll] beliebten Werkes dar. Die Zahl der Hauptkarte[n] ist von 92 auf 101, die der Nebenkarten vo[n] 110 auf 115 gestiegen, eine ganze Anzahl vo[n] Blättern ist neu bearbeitet und neu gestochen wo[r-]den. Wir begrüßen namentlich die Hinzunahm[e] von 16 Kärtchen zur Wirtschaftsgeograph[ie] Deutschlands und vier ebensolcher für Europ[a]. Auch das neueingefügte Blatt 66a „Ostchin[a] und Korea" sowie die wesentliche Vergrößerun[g] des Blattes 67 „Japan" wird allen Freunden d[es] „Meyer" willkommen sein. Alles in allem erwei[st] sich die „Böse Sieben" als ein wesentlicher For[t-]schritt. Wir können diesen Handatlas den Lese[rn] unserer Zeitschrift nur wärmstens empfehlen.

ns Slanar: Atlas für Hauptschulen, Mittelschulen und verwandte Lehranstalten. 72 Seiten mit vielen Haupt- und Nebenkarten. Deutscher Verlag für Jugend und Volk G. m. b. H., Wien-Berlin-Leipzig-New York 1928.

Dieser nach wissenschaftlicher Durcharbeitung l Reproduktionstechnik gleich mustergültige ße österreichische Atlas sollte auch bei uns ht viel Aufmerksamkeit finden. Köstlich und bildlich die Verbindung von Karte und Flugd bei den Heimatskarten, trefflich die Erızung der sehr sorgfältig und geschmackvoll ırbeiteten Hauptkarten durch Bilder zur Morologie und Kartenskizzen zur Siedlungsgeoaphie (Blatt 22!). Überhaupt verdienen die ılreichen Nebenkarten uneingeschränkte Anernnung, wenngleich gelegentlich hierdurch der hmen eines Schulatlasses fast überschritten rd (Blatt 26). Nur ganz vereinzeit haben wir rbesserungswünsche vorzutragen. Auf Blatt 32 (Industrie und Bergbau Deutschlands) sind die Kalibergwerke im Hannoverschen beinahe völlig übersehen worden; ebenso sind die Magnesitvorkommen am Zobten (Schlesien) nicht eingetragen. Auf demselben Blatt würde sich bei der Sprachkarte eine Revision der Darstellung des Weichselkorridors empfehlen; Kaschuben und Masuren können den Polen nicht ohne weiteres gleichgesetzt werden. Daß bei einer Neuauflage die Weltkarten in Merkator-Projektion durch flächentreue Karten ersetzt werden sollten, bezeichnet der Verfasser selbst im Vorwort als wünschenswert. Bei der Darstellung des Meeresreliefs würden in einer Neuauflage die Ergebnisse der „Meteor“-Expedition zu berücksichtigen sein.

Die wenigen Worte der Kritik sollen und wollen den unbestreitbaren Wert des Atlasses von Slanar nicht verkleinern. Slanar hat Vorzügliches geleistet und vielfach Wege eingeschlagen, die für die deutsche Atlas-Kartographie vorbildlich sind.

erantwortlich sind: Professor Dr. K. Haushofer, München O. 27, Kolberger Str. 18 / Professor Dr. E. Obst, Hannover, charnborststraße 14 / Studienrat Dr. H. Lautensach, Hannover, Freiligrathstraße 9 / Professor Dr. Maull, Frankfurt/Main, ranz Rückerstraße 23 / A. Ball, Berlin W 9, Linkstr. 25 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Spamersche Buchdruckerei in Leipzig



MITTEILUNGEN DES VERLAGES

■ Soeben wurde ausgegeben: *Bergwirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft.* Eine Programmschrift von *Max Krahmann.* 8⁰, XVI und 184 Seiten. Leinen M. 10.—

Mit diesem Werk betritt der Verlag ein neues Gebiet neben der Geopolitik: das der Bergwirtschaft. Die Programmschrift weist Ziele, Wege und Vorarbeiten zur Gründung einer internationalen, aber in Deutschland zentralisierten Arbeitsgemeinschaft nach, deren Ziel die Gründung eines Internationalen Instituts für Bergwirtschaft, ähnlich dem Internationalen Institut für Landwirtschaft in Rom ist.

■ *Hans Kohn / Geschichte der Nationalen Bewegung im Orient*, eines meiner großen und international bedeutsamen Verlagswerke, ist im wesentlichen fertiggestellt und wird kurz nach Ostern versandt. Wer sich überhaupt mit der Freiheitsbewegung des Ostens in irgendeiner Weise befaßt, muß dies erstaunlich vielseitige, inhaltsreiche und gut durchgearbeitete Werk besitzen. Durch den für die Bezieher geltenden Vorzugspreis (M. 20.—) wird es ihm ermöglicht. Der Berechtigungsschein lag dem Prospekt bei, den ich im Märzheft verteilte.

■ Auf den Prospekt über die Zeitschrift „*Die Auslese*“, der diesem Heft beiliegt, weise ich besonders hin.

■ Aus dem Inhalt der „Europäischen Revue“, Aprilheft, 1/1928:

Wilhelm, Goethe und Laotse — Rohan, Adel — Ligetti, Forum und Heim — Jung, Die Struktur der Seele — Jakob, Brief einer Tänzerin — Montague, Einer, der auf sich vergaß — Gothein, Der Niedergang der Meistbegünstigung.

Berlin-Grunewald, Anfang April 1928. *Kurt Vowinckel Verlag GmbH.*